

Rückkehr zum Autoritarismus? Vormoderne, Moderne und Postmoderne im postsozialistischen Europa: Beiträge für die 19. Tagung Junger Osteuropa-Experten

Apelt, Beate (Ed.); Hahn, Irene (Ed.)

Konferenzband / conference proceedings

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Apelt, B., & Hahn, I. (Hrsg.). (2011). *Rückkehr zum Autoritarismus? Vormoderne, Moderne und Postmoderne im postsozialistischen Europa: Beiträge für die 19. Tagung Junger Osteuropa-Experten* (Arbeitspapiere und Materialien / Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, 115). Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-442593>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Forschungsstelle Osteuropa Bremen
Arbeitspapiere und Materialien

Nr. 115 – September 2011

Rückkehr zum Autoritarismus?

**Vormoderne, Moderne und Postmoderne im postsozialistischen
Europa**

Beiträge für die 19. Tagung Junger Osteuropa-Experten

Herausgegeben von
Beate Apelt und Irene Hahn

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Klagenfurter Straße 3, 28359 Bremen, Germany
phone +49 421 218-69601, fax +49 421 218-69607
<http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de>

Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa, Bremen
Nr. 115: Beate Apelt und Irene Hahn (Hg.)
Rückkehr zum Autoritarismus?
Vormoderne, Moderne und Postmoderne im postsozialistischen Europa

Beiträge für die 19. Tagung Junger Osteuropa-Experten

September 2011
ISSN: 1616-7384

Die Tagung wird veranstaltet von: Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, Berlin, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Europäische Akademie Berlin und Kompetenznetz Institutionen und institutioneller Wandel im Postsozialismus (KomPost).

Die Veranstalter danken der Otto Wolff-Stiftung herzlich für die finanzielle Unterstützung.

Sprachredaktion: Sophie Hellgardt (deutschsprachige Beiträge); Uta Protz (englischsprachige Beiträge)

Layout/Satz: Matthias Neumann

Umschlag nach einem Kunstwerk von Nicholas Bodde

Die Meinungen, die in den von der Forschungsstelle Osteuropa herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung der Forschungsstelle Osteuropa sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Opinions expressed in publications of the Research Centre for East European Studies are solely those of the authors.

This publication may not be reprinted or otherwise reproduced—entirely or in part—without prior consent of the Research Centre for East European Studies or without giving credit to author and source.

© Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2011

<p>Forschungsstelle Osteuropa Publikationsreferat Klagenfurter Str. 3 28359 Bremen – Germany phone: +49 421 218-69601 fax: +49 421 218-69607 e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de internet: http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de</p>

Inhalt

Geleitwort	7
<i>Agnieszka Balcerzak</i>	
»Es gibt keine Freiheit ohne die Zwerge!« – Das Kulturphänomen Orange Alternative und sein Wandel seit den 1980er Jahren in Polen	8
<i>Mensur Bašić</i>	
Die Debatte um das Vertragswerk von Dayton und die postjugoslawische Erinnerungskultur	10
<i>Björn Buß</i>	
Politischer Parallelismus in Mittel- und Osteuropa: Ergebnisse einer statistisch-vergleichenden Analyse	12
<i>Ewa Dąbrowska</i>	
Steuerung der wirtschaftlichen Entwicklung in einer undemokratischen institutionellen Ordnung. Sachpolitik oder Manipulation?	14
<i>Hella Dietz</i>	
Niepokorni – die »Unbeugsamen«. Eine soziologische Analyse der Entstehung des Komitees zum Schutz der Arbeiter	16
<i>Rosanna Dom</i>	
Sehnsucht nach der Sowjetunion. Die russophone Minderheit in Moldova.....	17
<i>Nadja Douglas</i>	
»Entföderalisierung« als Faktor im Prozess des Demokratieabbaus in der Russischen Föderation	19
<i>Regina Elsner</i>	
Die Russische Orthodoxe Kirche – Stütze des neuen Autoritarismus?	22
<i>Evgeniya Gataulina</i>	
The Role of Non-State Actors in Protecting the Rights of Orphans in the Russian Federation.....	24
<i>Sonja Grimm and Lisa Maria Groß</i>	
Democracy Assistance, Conditionality and Supervision: EU Democracy Promotion on the Western Balkans	26
<i>Denis Gruber</i>	
Lebensführung und Vulnerabilität frauengeführter Haushalte in Russland	28
<i>Matthias Guttke</i>	
Justitia im Würgegriff der Exekutive. Probleme der Rechtsstaatlichkeit in der Ukraine	30
<i>Konstantin Kaminskij</i>	
Stalin 2.0. Restalinisierung und Destalinisierung in den russischen Massenmedien 2005–2011.....	32

Sören Keil

Democratization the European Way?

Zur Rolle der Europäischen Union in Bosnien-Herzegowina, Kosovo und Mazedonien 33

Eduard Klein

Die korrupte Universität: Über den Versuch, Korruption bei der Studienplatzvergabe

in Russland und der Ukraine erfolgreich zu bekämpfen 35

Janis Kluge

Über die Unsicherheit von Eigentumsrechten im Autoritarismus..... 37

Ina Kubbe

Politische Korruption in Europa 39

Robert Kusche

Die extreme Rechte in Russland.....41

Iveta Leitane

Hypokrisie, Kommunitarismus und Autoritarismus in

den schwachen Demokratien des Postsozialismus 44

René Lenz

Bologna an die Wolga: deutsche Organisationen als Mittler zwischen

der Russischen Föderation und dem Europäischen Hochschulraum 46

Maria Lichtenegger

Stalin und der Große Vaterländische Krieg.

Autoritarismus im russischen Kino seit 1991..... 48

Diana Lindner

Kollektive Identität und Spracheinstellungen der Mischsprachensprecher in Belarus51

Julia Lis

Antiwestliche Stereotype in der Orthodoxie im Balkan 53

Michael Mayer und Yury Ovseenko

Die Rückkehr des Autoritarismus in Russland aus Sicht der Rechtsstaatlichkeit und

Korruptionsprävention..... 55

Inna Melnykovska

Explaining the Dynamics of Post-Soviet Hybrid Regimes from the Perspective of

Political Economy: Business Clans and Institutional Change in Ukraine and Russia 57

Elisabeth Militz

Zivilgesellschaftliche Freiräume in Umwelt-NGOs in Aserbaidshan. Eine Netzwerkanalyse..... 59

Birgitte Beck Pristed

Neue Russische Buchkultur –

Die Rückkehr der Sammelwerke und des monumentalen Buchdesigns61

Hannes Püschel

Versammlungsrecht und Versammlungsfreiheit in Georgien:

die kodifizierte Angst vor der (Konter-)Revolution? 63

Nele Quecke

Funktionen von dominanten Parteien in postsowjetischen autoritären Systemen. Kasachstan und die Russländische Föderation im Vergleich	65
--	----

Peter Rassek

»Das preußische Geschäft«: Die Geheimdiplomatie Adam Jerzy Czartoryskis gegenüber Preußen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts	66
--	----

Miriam Schmitz

Interethnische Kooperation und Unterwanderung vorherrschender Machtverhältnisse in populären Musikformen in der Republik Makedonien	68
--	----

Ina Shakhrai

The Impact of External Factors on Political Regime Development: The Case of Belarus	70
---	----

Adam Slaby

Nationalistisches <i>agenda setting</i> und dessen Einfluss auf die Qualität der Demokratie in der Tschechischen Republik.....	72
---	----

Kateryna Stetsevykh

Ukrainische Literatur und Politik: Analyse eines zwiespältigen Verhältnisses	73
--	----

Claudia Stubler

Die Situation der Roma-Minderheit in der Tschechischen Republik	75
---	----

Maria Tagangaeva

Unter neuer Herrschaft? Burjatische Künstler heute	78
--	----

Alexander Vorbrugg

Zivilgesellschaft (regierbar) machen? Das Konzept der Zivilgesellschaft in der Praxis einer deutschen politischen Stiftung in der Ukraine	80
--	----

Orsolya Vorzsák

Szekler Identitätskonstruktionen in Lehr- und Reisebüchern des 19. Jahrhunderts	82
---	----

Ruben Werchan

Belarus, Russland und der soziale Faktor.....	83
---	----

Susann Worschech

Imitierte Zivilgesellschaft zwischen Demokratisierung und Re-Autokratisierung.....	85
--	----

Agnieszka Zagańczyk-Neufeld

Postkommunistische Kontingenzerfahrung und Kontingenzbewältigung	88
--	----

Alphabetisches Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	91
---	----

Alphabetisches Verzeichnis der Organisatorinnen und Organisatoren der 19. Tagung Junger Osteuropa-Experten.....	94
--	----

Aktuelle Publikationen der Forschungsstelle Osteuropa	95
---	----

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa	97
--	----

Geleitwort

Zwanzig Jahre nach der Auflösung des »sozialistischen Lagers« und der proklamierten Demokratisierung werden autoritäre Strukturen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vieler Staaten wieder verstärkt als Alternative wahrgenommen. Autoritäre Entwicklungsmodelle erscheinen nicht nur vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise einerseits und chinesischer Wirtschaftserfolge andererseits attraktiver und gelten zumindest in mehreren zentralasiatischen Staaten als fest verankert. Sie profitieren ebenso von krisenhaften Demokratieerfahrungen und der Sehnsucht nach stabilen, starken Staaten. Die viel propagierte Vorbildfunktion westlich-liberaler Demokratien scheint erschüttert. Wie sind die diversen Entwicklungspfade zu erklären? Dieser Frage widmet sich die 19. Tagung Junger Osteuropa-Experten im interdisziplinären Dialog. Die Vielfalt der Perspektiven auf Historie, Entstehung, Wirkungsweisen, komplexe Zusammenhänge und Konsequenzen unterschiedlicher gesellschaftlicher Organisationsformen spiegelt sich in den Beiträgen dieses Bandes.

Die JOE-Tagungen finden regelmäßig seit 1996 statt. Organisiert wurden sie anfangs vom Bundesinstitut für internationale und ostwissenschaftliche Studien in Köln. Die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde begleitet die Tagungen seit Beginn. Seit 2001 gehört die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen zu den Mitveranstaltern. Zum zweiten Mal ist in diesem Jahr auch das 2010 gegründete Kompetenznetz »Institutionen und Institutionenwandel im Postsozialismus« (KomPost) an der Ausrichtung der Veranstaltung beteiligt. Seit 2005 finden die Tagungen an der Europäischen Akademie Berlin statt.

Die Tagung bietet einem ausgewählten Kreis von ExamenskandidatenInnen, DoktorandInnen und jüngeren Promovierten verschiedener Disziplinen die Gelegenheit, ihre laufenden Forschungsvorhaben vorzustellen und intensiv zu diskutieren. Über den wachsenden Anteil von NachwuchswissenschaftlerInnen aus den Staaten Osteuropas freuen wir uns sehr.

Wir wünschen den TeilnehmerInnen der 19. JOE-Tagung ebenso fruchtbare Diskussionen wie bisher und hoffen, dass der vorliegende Band dazu beiträgt, den Erfahrungsaustausch auch über den engeren Kreis der unmittelbar Beteiligten hinaus zu fördern.

Wir danken der Otto Wolff-Stiftung für die finanzielle Unterstützung, ohne die diese Tagung nicht möglich gewesen wäre.

Beate Apelt und Irene Hahn

»Es gibt keine Freiheit ohne die Zwerge!« – Das Kulturphänomen Orange Alternative und sein Wandel seit den 1980er Jahren in Polen

Das Ziel des präsentierten Beitrags ist die Darstellung der Geschichte und des Wandels eines der interessantesten polnischen Kulturphänomene der vergangenen dreißig Jahre – der alternativen künstlerischen Protestbewegung Orange Alternative, deren Geschichte Anfang der 1980er Jahre, d. h. während des Kriegszustandes in Polen, begann. In dieser Zeit malte »Major« Waldemar Fydrych – Autor des »Manifests des sozialistischen Surrealismus« – die ersten Zwerge-Graffitis in Wrocław. Von diesem Tag an erschienen die Zwerge regelmäßig in Wrocław auf Farbflecken, die regierungsfeindliche Parolen bedeckten und den Beginn der oppositionellen »taktischen Kunst« kennzeichneten. Später sprangen sie von den Hauswänden und Mauern auf die Straßen anderer polnischer Großstädte wie Warschau oder Łódź über und die »surrealistische Revolution« nahm ihren Lauf. In den 1980er Jahren erlebte vor allem Wrocław als Geburtsstätte der Bewegung einen wahren Ansturm der »Zwerge«, z. B. erschienen am 1. Juni 1988 rund 20.000 »Zwerge« in Wrocław, marschierten fröhlich durch die Stadt und skandierten: »Es gibt keine Freiheit ohne die Zwerge!« Die Bürgermiliz war ratlos. Was hätte sie denn machen sollen? 20.000 »Zwerge« verhaften?

Als eine gewaltlose Protestbewegung verschwand die Orange Bewegung nach der Wende von 1989 aus dem öffentlichen Raum Polens, 2001 erlebte sie mit der Rückkehr Fydrychs aus Frankreich ein Revival. Der »Major« beobachtete die Entwicklung einer »traurigen Demokratie« in Polen und schrieb sein »Manifest der wirtschaftlichen Kunst«, um dem allgegenwärtigen »Theater des Geldes«, der omnipräsenten Korruption und der Globalisierung einen surrealistischen Strich durch die Rechnung zu machen. Seitdem versucht die Bewegung, der offiziellen Welt in Polen und im Ausland einen kritischen und desillusionierenden Spiegel vorzuhalten, z. B. 2004 während der Orangen Revolution in der Ukraine und ganz nach dem Motto des polnischen Satirikers Stanisław Jerzy Lec: »Der Sinn verliert oft seine Aktualität, der Unsinn nie.«¹

In dem präsentierten Beitrag soll aus ethnologischer Sicht veranschaulicht werden, wie der Wandel der Bewegung auf politischer und gesellschaftlicher, in erster Linie aber auf kultureller Ebene vollzogen wurde. Es soll gezeigt werden, dass Kraft und Originalität der Orangen Alternative darin liegen, dass sie sich den Problemen der grauen Wirklichkeit, der Leere und Unklarheit des öffentlichen Lebens in der Volksrepublik Polen sowie im heutigen Polen in humorvoller und distanzierter Weise annimmt. Die Formen und Praxen des Protests sind bis heute sehr differenziert und einfallsreich und stark vom Surrealismus geprägt. Auch die Hauptprotestform der Bewegung – die karnevalesken, spielerischen Happenings – schöpft aus der surrealistischen Tradition des politischen Straßentheaters und des Theaters des Absurden. Humor ist dabei das Hauptwerkzeug des Protests im Rahmen der geschaffenen orangen »städtischen Folklore« und die Zeichen- und Bildsymbolik der Bewegung ist stark mit Widerstand und gesellschaftlicher Kritik verbunden. Mittels dieser Werkzeuge entstand eine alternative künstlerische Protestbewegung, die inzwischen zum künstlerischen Erbe der Welt gehört – »etwas Einzigartiges, das erste Phänomen seiner Art«,² um es mit den Worten des polnischen Regisseurs Andrzej Wajda auszudrücken – und bis heute den urbanen Raum in Polen zu kontrollieren versucht.

1 Zitiert nach: Fydrych, Waldemar/Misztal, Bronisław (2008): Pomarańczowa Alternatywa – Rewolucja Krasnoludków. The Orange Alternative – Revolution of the Dwarves. Die Orange Alternative – Revolution der Zwerge. Warszawa, S. 119.

2 Zitiert nach: Gourgaud, Nicole (1993): De l'agit-prop au happening: Alternative Orange [Vom Agitprop zum Happening: Die Orange Alternative]. Dissertationsschrift, vorgelegt unter der Leitung von Jean Verdeil am Institut

Das präsentierte Thema basiert auf den Ergebnissen der am Institut für Volkskunde/Europäische Ethnologie der LMU München vorgelegten Masterarbeit über den Wandel der Orangen Alternative seit den 1980er Jahren. Da die Orange Alternative ein sehr komplexes kulturwissenschaftliches Phänomen darstellt, bezieht sich die theoretische und die terminologische Kontextualisierung des Themas auf soziale Bewegungen und kollektive Aktionen, das Konzept des Widerstandes sowie Aktionskunst und Straßentheater. Den methodischen Bezugsrahmen bildet die auf Michel Foucault und Sigfried Jäger gestützte Diskurs- und Dispositivanalyse, ergänzt durch halbstrukturierte narrative Leitfadeninterviews.

Mensur Bašić

Die Debatte um das Vertragswerk von Dayton und die postjugoslawische Erinnerungskultur

Seit dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme und den damit verbundenen Staatsneugründungen sind dieselben darum bemüht, eine möglichst bruchlose Nationalgeschichte nachzuweisen, um den eigenen Staat sowohl nach außen als auch nach innen zu legitimieren. Dabei sind manche Ereignisse für das nationale historische Gedächtnis konstitutiv, während andere Ereignisse vergessen werden.¹ Gemäß Brunnbauer seien in historischen Umbruchzeiten die Kämpfe um die Deutungshoheit der Vergangenheit besonders intensiv und die Nutzung der Geschichte als politische Machtressource augenscheinlich.² Insbesondere die sogenannten nationalen Führer im ehemaligen Jugoslawien bedienten sich Ende der 1980er Jahre historischer Halb- oder Unwahrheiten, um ihre kurzfristigen Ziele zu erreichen. In der damaligen Medienlandschaft wurde die sogenannte »Geschichtspolitik« von oben<<³ sichtbar.⁴ Zu Recht verweisen zeitgenössische bosnisch-herzegowinische Historiker auf die bedeutende Rolle der objektiven Historiographie für die Aufarbeitung der Geschehnisse und die im Vertragswerk von Dayton beabsichtigte Wiederherstellung des multiethnischen Zusammenlebens in Bosnien-Herzegowina. Unter einer objektiven Historiographie verstehen sie eine ethnozentrische Geschichtsschreibung, deren Aufgabe es ist, die Leiden anderer Ethnien stärker zu berücksichtigen und die überwiegend friedliche Koexistenz hervorzuheben. Doch gerade die Erinnerung an dieses multiethnische Zusammenleben widerspricht den langfristigen Bestrebungen der neuen Staaten. Sie setzen auf eine verstärkte Erinnerung der sogenannten ethnonationalen Erfolge und Leiden. Dies ist keineswegs ein Phänomen der letzten zwanzig Jahre, sondern ein bis heute andauerndes grundsätzliches Problem der stark ethnozentrisch ausgerichteten Erinnerungskulturen im ehemaligen Jugoslawien.⁵ Für die aktuelle Forschung bleibt die Frage offen, inwieweit es für die Kunst möglich ist, die jeweils national geprägte öffentliche Debatte zu öffnen und sich dem Diktat der offiziellen Erinnerung zu entziehen. Einvernehmen herrscht darüber, dass im postjugoslawischen Raum eine pluralistische Erinnerungskultur, welche die Gemeinsamkeiten der Geschichte betont und damit Toleranz sowie Miteinander begründen würde, unzureichend ausgeprägt sei.⁶

Der Titel des Vortrags, *Die Debatte um das Vertragswerk von Dayton und die postjugoslawische Erinnerungskultur*, basiert auf der Überlegung, dass die durch das Vertragswerk von Dayton angestrebte Wiederherstellung des multiethnischen Zusammenlebens in Bosnien-Herzegowina einer unterstützenden pluralistischen Erinnerungskultur bedarf, die die Gemeinsamkeiten der Ethnien sowohl in der Geschichte als auch in der Gegenwart stärker betonen, die eigenen jüngsten Verbrechen verarbeiten und damit Toleranz und Miteinander begründen sollte. Obwohl das Vertragswerk von Dayton versucht, ein multiethnisches Miteinander wiederherzustellen, kann Erinnerungskultur jedoch nicht durch einen Vertrag bestimmt werden und wird ausschließlich durch die betroffene Gesellschaft geprägt.

1 Brunnbauer, Ulf: Vorwort, in: Kuljić, Todor: *Umkämpfte Vergangenheiten. Die Kultur der Erinnerung im postjugoslawischen Raum*, Bonn 2010, S. 7.

2 Brunnbauer: Vorwort, S. 7.

3 Jilge, Wilfried; Troebst, Stefan: Zur Einführung: Staatssymbolik und Geschichtskultur im neuen Osteuropa, in: *Osteuropa*, 7/2003, S. 908.

4 Kurspahić, Kemal: *Prime Time Crime: Balkan Media in War & Peace*, Washington D. C. 2003, S. 11–24.

5 Brunnbauer: Vorwort, S. 10ff.; Mit einem stärkeren Fokus auf Kulturschaffende: Oswald, Anne von; Schmelz, Andrea; Lenuweit, Tanja: Einleitung, in: Oswald, Anne von; Schmelz, Andrea; Lenuweit, Tanja (Hg.): *Erinnerung in Kultur und Kunst. Reflexionen über Krieg, Flucht und Vertreibung in Europa*, Bielefeld 2009, S. 10ff.

6 Kuljić, Todor: *Umkämpfte Vergangenheiten. Die Kultur der Erinnerung im postjugoslawischen Raum*, Bonn 2010, S. 47.

Ausgehend vom aktuellen Forschungsstand untersuchte der Vortragende im Zuge seiner Forschungsarbeit unter anderem, welche Geschichtsbilder und Erinnerungen durch die unzureichend beachteten Filmschaffenden aus dem ehemaligen Jugoslawien vermittelt und reaktiviert werden. Versuchen sie, ein multiethnisches Leben aufrechtzuerhalten oder wirken sie dem entgegen? Wie verarbeiten und vermitteln sie die jüngste Vergangenheit, das Vertragswerk von Dayton, die gesellschaftliche Situation sowie das Schicksal der Flüchtlinge und Vertriebenen? Wird die ethnozentrische Erinnerungskultur bestätigt oder handelt es sich doch um eine differenziertere Erinnerungskultur, deren unterschiedliche Träger aus den Bereichen Politik, Wissenschaft, Presse sowie Kultur unterschiedliche Ziele verfolgen?

Er kam zu dem Ergebnis, dass sich – obwohl die betrachteten bosnisch-herzegowinischen, kroatischen und serbischen Filmindustrien Anfang der 1990er Jahre durch die Zerfallskriege und durch nationalistische Regimes mit schwierigen Rahmenbedingungen konfrontiert waren – neben einer Spielfilm-szene, die die Politik der Machthaber unterstützte oder das Leiden der eigenen Bevölkerung in den Mittelpunkt setzte, eine länderübergreifende Spielfilmszene herausbildete, die die Probleme innerhalb der eigenen Gesellschaft thematisiert und die Bevölkerung bei der Aufarbeitung der Vergangenheit unterstützt. Die analysierten Filme beziehen sich dabei nicht lediglich auf die direkten kriegerischen Auseinandersetzungen, sondern vielmehr auch auf deren Folgen in den Nachkriegsgesellschaften, die länderübergreifende Parallelen aufweisen. Die rege und vielschichtige Zusammenarbeit der serbischen, kroatischen und bosnisch-herzegowinischen Filmindustrie zeugt von einer weitreichenden kulturellen Zusammenarbeit und stellt eine positivere gesellschaftspolitische Entwicklung seit Dayton dar als der aktuelle Forschungsstand vermuten ließ. Durch das Evozieren von Gegenerinnerungen zeichnet sich eine sukzessive Abkehr vom ethnonationalen Standpunkt und einer ethnozentrischen Erinnerungskultur ab.

Björn Buß

Politischer Parallelismus in Mittel- und Osteuropa: Ergebnisse einer statistisch-vergleichenden Analyse

In welcher Beziehung das Mediensystem eines Landes zu dessen politischem System steht, wird in der als Standardwerk zu bezeichnenden Arbeit von Siebert et al. (1956) zur Ausgangsfrage ihrer ideengeschichtlichen Überlegungen zu Mediensystemtypen gemacht. Mit dem Autoritarismus- und dem Sowjetkommunismus-Modell identifizieren die Autoren zwei undemokratische Mediensysteme, wobei letzteres bis zum Ende des Kalten Krieges trotz des Mangels an empirischen Belegen als treffende Beschreibung der Medien in den Ländern des sowjetrussischen Einflussbereiches angesehen wurde. Die Medien waren durch die herrschende kommunistische Partei und ihnen nahe stehende Organisationen kontrolliert, zielten mit ihrer Berichterstattung funktional auf die Systemunterstützung und oblagen einer staatlichen Zensur.

Das Medien-Politik-Verhältnis wird in neueren Mediensystemtypologien u. a. in der Dimension des Politischen Parallelismus beschrieben (Seymour-Ure 1974; Blumler/Gurevitch 1995, Hallin/Mancini 2004). Vereinfacht ausgedrückt beschreibt das Konzept, dass sich im Mediensystem parallele Strukturen zum politischen System herausbilden. Historisch lässt sich dies für westeuropäische Staaten mit der Entstehung der Presse und deren Nähe zu politischen Parteien begründen. Der Politische Parallelismus lässt sich analytisch in fünf Dimensionen beschreiben: Medieninhalte, Eigentümerstrukturen, Einstellungen von Medienschaffenden, Mediennutzung und Rundfunkregulierungsmodelle.

Vor dem Hintergrund dieses Konzepts und der gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Transformation der mittel- und osteuropäischen Staaten hin zu demokratischen Staaten stellt sich der vorliegende Beitrag die folgende Frage: Lässt sich das Konzept des Politischen Parallelismus auf die acht im Jahr 2004 der Europäischen Union beigetretenen Staaten (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn, Slowenien) übertragen?

Drei Ziele sollen dabei verfolgt werden: 1. Versuch der Klassifikation der Staaten in bisherige Mediensystemtypologien durch Anwendung der vergleichenden Methode; 2. die statistisch begründete Beschreibung der Medien-Politik-Beziehung und 3. ein Beitrag zur politik- und kommunikationswissenschaftlichen Osteuropaforschung in Hinblick auf die Veränderungen der Mediensysteme seit 1989.

Der theoretische Ansatz des Politischen Parallelismus wird in Anlehnung an bisherige Arbeiten statistisch-quantitativ untersucht (Van Kempen 2006, 2007 für westeuropäische Staaten). In diesem Beitrag wird nur eine Dimension des Politischen Parallelismus – der Zusammenhang zwischen Mediennutzung und Parteipräferenz auf der Individualebene – untersucht. Als Datenbasis dient die Befragung der European Election Studies 2004, durch die repräsentative Daten für die untersuchten mittel- und osteuropäischen Staaten vorliegen. Es wurde in der Befragung die Mediennutzung von journalistischen Presse- und Fernsehangeboten berücksichtigt, weshalb sich nur Rückschlüsse auf eine Parallelität in diesen beiden Mediengattungen und der Parteineigung der Bürger ziehen lassen.

Als Ergebnis lässt sich festhalten, dass sich der Grad des Politischen Parallelismus in den mittel- und osteuropäischen Staaten unterschiedlich ausgestaltet: In der Tschechischen Republik, Ungarn, Estland und der Slowakei bestehen ähnliche Parallelen zwischen Medien und Parteien. Keine Parallelität kann in Polen und Slowenien festgestellt werden.

Literatur

- Blumler, Jay G./Gurevitch, Michael (1995 [1975]): *The Crisis of Public Communication*. London/New York: Routledge.
- Hallin, Daniel C./Mancini, Paolo (2004): *Comparing Media Systems. Three Models of Media and Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Seymour-Ure, Colin (1974): *The Political Impact of Mass Media*. London: Constable.
- Siebert, Fred S./Peterson, Theodore/Schramm, Wilbur (1956): *Four Theories of the Press. The Authoritarian, Libertarian, Social Responsibility and Soviet Communist Concepts of what the Press should be and do*. Urbana/Chicago: University of Illinois Press.
- Van Kempen, Hetty (2006): *Press-Party Parallelism and Its Effects in Sweden. A Longitudinal Study. 1979–2002*. In: *Scandinavian Political Studies*, 29. Jg., Nr. 4, S. 407–422.
- Van Kempen, Hetty (2007): *Media-Party-Parallelism and Its Effects. A Cross-National Comparative Study*. In: *Political Communication*, 24. Jg, Nr. 3, S. 303–320.

Ewa Dąbrowska

Steuerung der wirtschaftlichen Entwicklung in einer undemokratischen institutionellen Ordnung. Sachpolitik oder Manipulation?

Die zurzeit in den Sozialwissenschaften dominierende institutionelle Perspektive auf die Ökonomie sieht Institutionen als Quasideterminanten der wirtschaftlichen Entwicklung. Ineffiziente Institutionen tragen demnach die Schuld am Scheitern der Marktmechanismen. Autoritarismus, unsichere Eigentumsrechte, ein aufgeblähter Staatssektor und korrupte Bürokraten werden als Hauptbestandteile der etwa in Russland anzutreffenden neopatrimonialen institutionellen Ordnung identifiziert, die die wirtschaftliche Entwicklung im Lande behindern.¹ Die vor der Finanzkrise eingeleitete Modernisierungsagenda für die russische Wirtschaft, die zunächst vor allem eine Restrukturierung des Finanzsystems beinhaltet, kann in dieser Interpretation kaum mehr als einen Manipulationsversuch bedeuten. Das Wort Manipulation wird in diesem Kontext zweifach ausgelegt. Zum einen wird die Marktwirtschaft »manipuliert«, indem die finanziellen Ressourcen konzentriert werden, um industriepolitische Maßnahmen einzuleiten. Zum zweiten suggeriert der Begriff, dass die russische Öffentlichkeit »manipuliert« werde, indem ihr vorgegaukelt werde, dass die einzuführenden Maßnahmen der ganzen Gesellschaft zugute kämen. Hingegen profitiere von den mittels der Unterdrückung des Finanzsystems (sogenannter »finanzieller Repression«, die Zinsschranke, Einschränkung der Konkurrenz im Bankensektor, Beschränkungen im internationalen Kapitalverkehr und sehr niedrige oder negative Realzinsen umfasst) generierten Gewinnen nur eine gesellschaftliche Gruppe (Industrielle mit guten Kontakten zur Politik).² Angesichts der traditionell konservativen Politik der Zentralbank und des Finanzministeriums ist es dabei noch nicht klar, ob eine solche »Unterdrückung« tatsächlich angestrebt ist.

Abseits des orthodoxen Institutionalismus interessieren sich Entwicklungsökonominnen für die Frage, wie die Ökonomie »manipuliert« werden soll, um wirtschaftliche Entwicklung zu generieren. Industriepolitik und die Beschränkung des Finanzsystems (positiv interpretierte »finanzielle Repression«) gehören zum bewährten Repertoire von Maßnahmen, die der wirtschaftlichen Entwicklung förderlich sind, wenn sie kompetent ausgeführt werden. Sie sollen von einer Investitionen fördernden Geld- und Finanzpolitik begleitet werden, so die Entwicklungsökonominnen. Die Verwendung dieser Maßnahmen bedeutet aber nicht automatisch, dass die auf diese Weise beschleunigte Entwicklung ein öffentliches Gut sei, d. h. dass alle Bürger von ihr profitierten. Erst Umverteilungsmaßnahmen machen sie zu einem solchen Gut. In einer solchen Perspektive könnte die russische Modernisierungsagenda durchaus erfolgreich sein, wenn sie von einer weniger inflations- und stärker wachstumsorientierten Geld- und Finanzpolitik begleitet wird, wenn langfristige Investitionen institutionell gefördert und die Finanzmärkte maßvoll reguliert werden. Diese Optik unterschätzt indessen die Gefahr, dass die nominell der Entwicklung dienenden Institutionen und Regulierungen zu Korruptionszwecken missbraucht werden können. Andererseits ist eine solche Art der Entwicklungspolitik nur dann denkbar, wenn den wirtschaftlichen Akteuren das Vertrauen entgegengebracht wird, dass sie die ihnen bereitgestellten finanziellen Ressourcen auch tatsächlich effektiv investieren werden.

Die beiden theoretischen Sichtweisen werden als Narrative verstanden, die in den russischen Debatten rund um die Modernisierung sowie in den offiziellen Dokumenten der für die Geld- und Finanzpolitik sowie die Regulierung des Finanzsektors zuständigen Institutionen aufgedeckt werden können. Auch die öffentlichen Äußerungen der in die Politikberatung involvierten Ökonomen, der die Modernisierungsagenda gestaltenden Politiker sowie der Vertreter der betroffenen Branchen enthalten Elemente der beiden skizzierten Lesarten. Die Analyse fokussiert die Fragen der erwünschten Zinssatzhöhe,

1 Zan, Hans van (2008), *Russia's Development Problem. The Cult of Power*, Palgrave Macmillan.

2 Shaw, Edward (1973), *Financial Deepening in Economic Development*, Oxford University Press: New York.

der Refinanzierung der Kreditinstitute durch die Zentralbank, der Verwendung der finanziellen Ressourcen aus dem Reserve- und dem Wohlfahrtsfonds für die Investitionen im Inland sowie der Regulierung des internationalen Kapitalverkehrs. Da die Finanzkrise eine »Manipulation« der üblichen Marktmechanismen und das partielle Abkommen von der orthodoxen makroökonomischen Politik seitens der Zentralbank und des Finanzministeriums verlangte, ist der sie begleitende Diskurs besonders aufschlussreich im Hinblick auf die Frage, ob das Entwicklungsparadigma eine Chance hat, sich in der russischen Modernisierungspolitik durchzusetzen, oder ob die Angst vor einer Verschwendung der Investitionsressourcen und vor Inflation weiterhin eine Rechtfertigung für eine konservative Geld- und Finanzpolitik bieten wird.

Hella Dietz

Niepokorni – die »Unbeugsamen«.

Eine soziologische Analyse der Entstehung des Komitees zum Schutz der Arbeiter

Die Entstehung des Komitees zum Schutz der Arbeiter (KOR) ist nur eine von vielen polnischen Protestbewegungen gegen den Staatssozialismus – Bewegungen, deren Entstehung auf den ersten Blick nicht schwer zu erklären scheint, da die Regimeskepsis in Polen groß, die Stellung der katholischen Kirche stark und die politischen Gelegenheitsstrukturen günstig waren. Die Entstehung des KOR war dennoch, so die Ausgangsthese meines Vortrages, ein unwahrscheinliches Ereignis; denn der Erfolg der Opposition verdeckt die Tatsache, dass Opposition noch kurze Zeit zuvor hoffnungslos schien, solange sie nicht den gesamten Einflussbereich der Sowjetunion erfasste,¹ dass also die Erfolgsaussichten trotz der KSZE-Schlussakte, der wirtschaftlichen Abhängigkeit des polnischen Regimes von westlichen Krediten und des Vorbilds der sowjetischen Dissidenten höchst unsicher, die zu erwartenden Kosten jedoch immer noch (relativ) hoch waren: Oppositionelle Aktivität ging regelmäßig mit dem Verlust des Jobs und damit nicht nur der beruflichen Lebenschancen, sondern auch der Alterssicherung einher, die Aktivisten verloren einen Gutteil ihrer sozialen Kontakte, weil Bekannte sich aus Angst vor Repressionen zurückzogen, und sie wurden des Öfteren Opfer von Prügelattacken »unbekannter Täter«, sie wurden schikaniert und immer wieder für 48 Stunden verhaftet.²

Anstatt also die Entstehung des KOR als *Reaktion* von rationalen »Bewegungsunternehmern« auf günstige Gelegenheitsstrukturen anzusehen, wie es die in den USA entwickelten neueren Theorien sozialer Bewegungen tun,³ schlage ich eine andere Lesart vor: Die Aktivisten des KOR haben sich an Protest- und Hilfsaktionen *trotz* unsicheren Nutzens und erwarteter Kosten beteiligt, weil sie nicht allein durch den *Erfolg* der Protestaktionen motiviert wurden, sondern auch dadurch, dass ihnen diese Aktionen ermöglicht haben, eine Identität als »Unbeugsame« zu etablieren und zu bestätigen, die sich in Anlehnung an Webers Protestantische Ethik genauer beschreiben lässt als eine Form der durch soziale Beobachtung gestützten Selbstprüfung.⁴

Diese soziologische Rekonstruktion ist wiederum nicht allein von historischem Interesse, weil sie zugleich zur Grundlage für weitergehende Fragen nach möglichen Kontinuitäten von Denkmustern und Praktiken dieser »Generation der Unbeugsamen« über den Bruch von 1989 hinweg dienen kann. Als Beispiele können etwa Michniks Versuch eines Dialogs mit Vertretern des Regimes, aber auch die Reaktion der ehemaligen Unbeugsamen auf die populistischen Initiativen der neunziger Jahre dienen.

1 Kolakowski, Leszek (1971): Hope and Hopelessness. Survey. 17 (80), 37–52.

2 Lipski, Jan-Józef (1985): KOR. A History of the Workers' Defense Committee in Poland, 1976–1981, Berkeley u. a.: University of California Press, S. 29; Friszke, Andrzej; Paczkowski, Andrzej (2008). Niepokorni. Relacje członków i współpracowników Komitetu Obrony Robotników zebrane w 1981 roku, Kraków: Znak, S. 47, 57 f., 263.

3 McCarthy, John D.; Zald, Mayer N. (1977): Resource Mobilization and Social Movements: A Partial Theory. American Journal of Sociology. 82 (6), 1212–1241.

4 Andreas Pettenkofer hat dieses Argument für radikalen Protest ausgearbeitet, der in Abwesenheit politischer Gelegenheitsstrukturen stattfindet (2010: Radikaler Protest. Zur soziologischen Theorie politischer Bewegungen. Frankfurt a. M.: Campus). Im Falle des KOR lassen sich zwar Gelegenheitsstrukturen identifizieren, die wesentlich zum *Erfolg* der Bewegung beitragen, aber dennoch nicht ausreichen, um auch die *Mobilisierung* der Aktivisten zu erklären.

Rosanna Dom

Sehnsucht nach der Sowjetunion. Die russophone Minderheit in Moldova

In den Interviews¹ begründeten viele Befragte ihre Sehnsucht nach der Sowjetunion erstens mit einschneidenden Erfahrungen sozialer und ökonomischer Entbehrungen, die z. T. seit zwanzig Jahren ihren Alltag prägen; zweitens mit der Einschränkung der Reisefreiheit im postsowjetischen Raum, die durch die neuen Staatsgrenzen entstanden ist; drittens mit der verloren gegangenen Völkerfreundschaft und dem abhanden gekommenen respektvollen Umgang der Menschen untereinander; viertens mit den seit 1991 immer wieder erfahrenen Enttäuschungen über die politische Elite des Landes. In den Interviews wurden Begriffe wie Demokratie oder Freiheit mit wirtschaftlicher Ausbeutung, Rechtlosigkeit, Chaos, Instabilität, Unsicherheit und Armut assoziiert. Moldova wurde als zerstörter, verarmter, korrupter, fremder (weil die Eliten ihn, so die Befragten, nicht mehr als moldauischen, sondern als rumänischen Staat definieren) und vor allem in ländlichen Gegenden als inexisterter Staat wahrgenommen. Demgegenüber hoben sie die allgegenwärtige Präsenz des sowjetischen Staates in ihrem früheren Alltag positiv hervor. Darüber hinaus fühlten sich die Befragten aus urbanen Räumen als Angehörige der »nationalen Minderheiten« häufig wie BürgerInnen zweiter Klasse (sie sprachen teilweise von physischen Bedrohungen in der Periode zwischen 1988 und 1994), deren Minderheitenrechte der Staat nicht genügend beachte.

Weitergabe der Sehnsucht an die postsowjetische Generation

Auch die Befragten der postsowjetischen Generation, die die Sowjetunion aus eigener Erfahrung nicht mehr kennt, verband wenig mit Moldova. Immer wieder gaben VertreterInnen dieser Generation an, dass sie keine Heimat besäßen. Obwohl sie sich für die Sowjetunion kaum interessierten, wichen ihre Vorstellungen von Staatlichkeit und Staatsbürgerschaft häufig nur wenig von denen ihrer Eltern oder Großeltern ab. So konnte auch unter ihnen eine Sehnsucht nach einem allumsorgenden und strengen Staat festgestellt werden.

Sehnsucht der russischen politischen Elite nach dem untergegangenen Imperium

Vor allem unter russischen politischen AkteurInnen wird die Sehnsucht nach der Sowjetunion in dem Wunsch nach Restauration der ehemaligen Grenzen ausgedrückt. So wird im Hinblick auf das wieder erstarkte Russland unter Putin und Medvedjev die Hoffnung gehegt, Russland könne das Machtvakuum, das die Sowjetunion hinterlassen hat, in Zukunft füllen. Folglich entstünde, nach Einschätzung der Befragten, ein eurasisches Imperium, das slawisch dominiert und zentralistisch (von Moskau aus) organisiert sein werde. Als politische Form wird die »souveräne Demokratie« des Kreml-Chefideologen Vladislav Surkov favorisiert.

Fazit

Ausgehend von der Annahme, dass Gemeinschaftsbildung auch ein mnemotechnischer Prozess ist und dass Haltungen in der Gegenwart durch Erinnerungen aus der Vergangenheit mitbedingt sind, spielt die kollektive und kommunikative Erinnerung in Bezug auf die Sehnsucht nach der Sowjetunion eine wichtige Rolle. Die negative Erinnerung an die Umbruchphase ist ein zentraler Bestimmungsfaktor

1 Die Analyse geht auf die Auswertung von 41 Befragten in Einzel- und Gruppeninterviews zurück, die während eines Forschungsaufenthaltes in Moldova 2010 geführt wurden.

für die überwiegend positive Erinnerung an die Sowjetunion. So wird die Republik Moldau trotz des offiziell staatsbürgerlichen Nationsverständnisses von den nichtmoldauischen Bevölkerungsgruppen tendenziell als ethnischer, z. T. diskriminierender Nationalstaat im Gegensatz zur Sowjetunion wahrgenommen. Die Legitimität des moldauischen Staates steht in den Augen vieler Angehöriger der Minderheiten auf fragilem Boden, weil sie im unionsweiten Referendum von 1991 für den Erhalt der Sowjetunion gestimmt hatten, das in ihrer Erinnerung an die Umbruchphase eine wichtige Rolle einnimmt.² Darüber hinaus wird Moldova im Gegensatz zur Sowjetunion als schwacher Staat wahrgenommen, der wenig anzubieten hat und nicht attraktiv genug ist, um eine enge Beziehung zu ihm aufzubauen. Verstärkt wird dies dadurch, dass die zugeschriebenen kulturellen Eigenschaften der Befragten nicht in das dominante, kulturell fundierte Nationsverständnis der regierenden Elite passen.

Die Sehnsucht der russischen Elite in Moldova nach einer Wiederherstellung eines eurasischen Imperiums, das slawisch dominiert ist, ist eine Folge der als kollektives Trauma empfundenen Statusinversion Ende der 1980er Jahre, als sie von einer privilegierten Bevölkerungsgruppe zu einer vor allem Anfang der 1990er Jahre benachteiligten und unwillkommenen degradiert wurden.³

Die Sehnsucht nach der Sowjetunion ist aber auch auf die (Erwartungs-)Haltung gegenüber dem Staat zurückzuführen, die aus der kommunistischen Periode herrührt und an die postsowjetische Generation weitergegeben wurde. Diese definierte sich damals in einem hohen Ausmaß über die Befriedigung von sozialen Ansprüchen angesichts nichtexistenter demokratischer Partizipationsmöglichkeiten.⁴ Für das postsowjetische Russland weist David Anderson nach, dass die Menschen Staatsbürgerschaft weitgehend mit sozialen Rechten gleichsetzen (Recht auf Arbeit, Bildung und medizinische Versorgung) und kaum auf politische Rechte und die Menschenrechte rekurrieren.⁵ Da in dem demokratisch und marktwirtschaftlich orientierten unabhängigen Moldova ein solches paternalistisches Staatsverständnis zum einen nicht vorgesehen ist, zum anderen aber der hochverschuldete Staat kaum die Ressourcen für ein Minimum an Sozialpolitik besitzt, wird die Sehnsucht nach einem autoritären, allumsorgenden Staat fortbestehen.

2 76,4 % stimmten für den Erhalt der Sowjetunion. Sechs Republiken boykottierten das Referendum, u. a. auch die Republik Moldau, dennoch wurde auch in Moldova abgestimmt.

3 Šornikov, Petr, *Pokušenie na status. Ėtnopolitičeskie processy v Moldavii v gody krizisa 1988–1996*, Chișinău 1997; Skvorčova, Alla, *The Cultural and Social Map of Moldova. A Bipolar or Dispersed Society?*, in: Kolstø, Pål (Hg.), *National Integration and Violent Conflict in Post-Soviet Societies. The Cases of Estonia and Moldova*, Lanham u. a. 2002, S. 159–196.

4 Verdery, Katherine, *Transnationalism, Nationalism, Citizenship, and Property: East Europa since 1989*, in: *American Ethnologist* 25 (1998) 2, S. 291–306, S. 232.

5 Anderson, David, *Bringing Civil Society to an Uncivilised Place: Citizenship Regimes in Russia's Arctic Frontier*, in: Hann, Chriss, Elizabeth Dann (Hg.), *Civil Society: Challenging Western Models*, London 1996, S. 103–104, S. 105; Caiazza, Amy, *Mothers and Soldiers: Gender, Citizenship, and Civil Society in Contemporary Russia*, New York u. a. 2002.

Nadja Douglas

»Entföderalisierung« als Faktor im Prozess des Demokratieabbaus in der Russischen Föderation

Einleitung

Obwohl Russland de jure eine Föderation ist, die laut Verfassung auf dem Prinzip der territorialen Selbstregierung beruht, sind föderale Elemente de facto in den letzten Jahren immer weiter abgebaut bzw. vollständig eliminiert worden.

In diesem Beitrag soll es um die Auswirkungen ausgewählter föderaler Reformen auf die politischen Entwicklungen im Spannungsfeld von Demokratisierung und autoritären, antimodernen Tendenzen im heutigen Russland gehen. Zu analysieren sind die immer deutlicher werdenden Diskrepanzen zwischen Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit als Indikator für den Zustand des Föderalismus in Russland sowie die Konsequenzen, die sich daraus für die Demokratie und Gesellschaft ergeben.

Gefragt wird nach dem zu beobachtenden Rezentralisierungstrend. Genauer: Inwiefern impliziert »Entföderalisierung« eine Zunahme autoritärer Strukturen sowie den Abbau demokratischer Elemente? Ausgangspunkt für die Analyse ist das in der Föderalismusforschung verbreitete Argument der Korrelation zwischen föderalem und demokratischem Fortschritt. Im Umkehrschluss würde dies bedeuten, dass aus den zu beobachtenden »Entföderalisierungstendenzen« auch auf einen damit einhergehenden Demokratieabbau geschlossen werden kann.

Indikatoren für »Entföderalisierung«

Die größte Herausforderung für den heutigen russischen Staat liegt einigen Autoren zufolge nicht, wie man aufgrund seiner multiethnischen Struktur annehmen könnte, in der Gefahr von Sezession und staatlicher Desintegration, sondern in der Gefahr der Entföderalisierung und Zentralisierung (vgl. z. B. Ross 2007: 109).

Cameron Ross nennt vier Faktoren, die er für eine Konsolidierung der Entföderalisierung in Russland verantwortlich macht:

1. der hohe Grad von sozioökonomischen, verfassungsrechtlichen und politischen Asymmetrien;
2. der Konflikt zwischen sich widersprechenden Verfassungen;
3. das problematische Erbe ethnoföderaler Strukturen, die von der UdSSR auf die RF übertragen wurden;
4. die Verletzung föderaler und demokratischer Prinzipien durch Putin (vgl. *ibid.*: 109).

Auswirkung föderaler Reformen

Einführung föderaler Bezirke: Die Einführung der sieben föderalen Bezirke schuf Institutionen, die so nicht von der Verfassung vorgesehen sind und die kaum auf die Festigung der föderalen Strukturen abzielen. Nikolai Petrov spricht von der »Sicherheitsdimension der föderalen Reformen« (vgl. Petrov 2005: 13), denn die Verbindungen zwischen den Macht- und Sicherheitsstrukturen und den föderalen Reformen, in diesem Falle der Einführung der föderalen Bezirke, waren nicht zufällig, sondern beabsichtigt und vielschichtig. Petrov zufolge sind die föderalen Reformen und die Umstrukturierung der

Sicherheitsbehörden unterschiedliche Erscheinungen eines identischen Bemühens, die Strukturen der Macht in der Russischen Föderation neu zu definieren (vgl. Petrov 2005: 8).

Parteiengesetz: In Art. 3 der russischen Verfassung heißt es, dass das multinationale Volk Träger der Souveränität und einzige Quelle der Staatsgewalt in der Russischen Föderation ist. 2001 wurde jedoch mit dem novellierten Parteiengesetz die Gründung von Parteien auf »berufsständischer, ethnischer, nationaler oder religiöser Grundlage« verboten (Art. 9,3). Mit diesem Verbot wurde die politische Repräsentation und Meinungsäußerung ethnischer, nationaler und anderer Minderheiten in den Regionen deutlich geschwächt und das Bestreben der Zentralregierung deutlich, das Parteiensystem zu zentralisieren (vgl. Nußberger/Marenkov 2007: 3).

Abschaffung der Direktwahl der Gouverneure: 2004 wurde die Abschaffung der Direktwahl der Gouverneure beschlossen. Die Gouverneure werden seitdem auf Vorschlag des Präsidenten von den Regionalparlamenten gewählt. Die regionalen Parlamente stimmen den Nominierungen durch den Präsidenten meist vorbehaltlos zu, was durchaus problematisch ist. Dass die Verfassung keine genauen Angaben über den Modus der Formierung der regionalen Exekutivorgane macht, bedeutet nicht, dass der föderale Präsident auf die Regierungsbildung in den Regionen Einfluss ausüben darf. Andernfalls hätte die Verfassung den Präsidenten ausdrücklich dazu ermächtigt, bei der Regierungsbildung gegenüber den Regionalparlamenten dieselben Rechte auszuüben wie bei der Regierungsbildung auf nationaler Ebene gegenüber der Duma. (vgl. Luchterhand: 104/105). Es handelt sich hierbei nicht nur um eine Diskrepanz zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit, sondern um einen regelrechten Verfassungsverstoß nach Art. 15, 2.

Konsequenzen für die gesellschaftliche Entwicklung

Die dargelegten Auswirkungen föderaler Reformen und der erkennbare Trend hin zur »Entföderalisierung« verdeutlichen die im russischen System derzeit vorherrschende Diskrepanz zwischen formal fortbestehenden föderalen Institutionen auf der einen und die Aushöhlung ihrer Kompetenzen durch eine mangelhafte, weil nicht gewollte und nicht gelebte föderale Kultur auf der anderen Seite. Infolgedessen werden durch den fortgesetzten antimodernen Entföderalisierungsprozess Anspruch und Wille zur Modernisierung und zum demokratischen Fortschritt konterkariert. Die lineare Beziehung zwischen Föderalismus und Demokratie kann, obwohl sie auch im Umkehrschluss durchaus zutreffen mag, vor dem Hintergrund des russischen Beispiels nicht als selbstverständlich angesehen werden.

Literatur

- Benz, Arthur. »Föderalismus und Demokratie. Eine Untersuchung zum Zusammenwirken zweier Verfassungsprinzipien« *polis* Nr. 57 (2003). <http://www.fernuni-hagen.de/imperia/md/content/politikwissenschaft/polis57.pdf>
- Chepikova, Ksenia, Olaf Leisse. »Russlands Simulierter Föderalismus. Regionalpolitik unter Putin und Medvedev« *Osteuropa*. Vol. 60.1 (2010): 15–26.
- Deryugin, Alexander, Galina Kurlyandskaya. "The Russian Federation" in: Shah, Anwar. *The Practice of Fiscal Federalism: Comparative Perspectives*. Montréal: Published for Forum of Federations by McGill-Queen's University Press. 2007: 236–261.
- Elazar, Daniel Judah. *Exploring Federalism*. Tuscaloosa: University of Alabama Press. 1987.
- Gelman, Vladimir. 'Leviathan's return: the policy of recentralisation in contemporary Russia' in: Ross, Cameron, and Adrian Campbell. *Federalism and Local Politics in Russia*. London; New York: Routledge. 2008: 1–25.
- . »Der subnationale Autoritarismus in Russland« in: *Russland-Analysen* 191 (2009): 2–5. <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen191.pdf>

- Golosov, Grigorii. *Political Parties in the Regions of Russia. Democracy Unclaimed*. Boulder, Co.: Lynne Rienner Publishers. 2004.
- Heinemann-Grüder, Andreas. »Ein Schritt Vorwärts, zwei Zurück. Vom Ethnoföderalismus zum »Russland der Russen« in: *Osteuropa*. 57.11 (2007): 135–162.
- . 'Federal discourses, minority rights, and conflict transformation' in: Ross, Cameron, Adrian Campbell (ed.). *Federalism and Local Politics in Russia*. London; New York: Routledge. 2008: 54–82.
- . *Föderalismus als Konfliktregelung*. Osnabrück: Dt. Stiftung Friedensforschung. 2009.
- Konyuchova, Irina A. *Sovremennyyi Rossiiski Federalizm i Mirovoi Opyt: Itogi Stanovlenia Perspektivy Razvitiya*, Moskva: Izdatel'skii dom Gorodes. 2004.
- Linz, Juan, Alfred C. Stepan. *Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe*. Baltimore: Johns Hopkins University Press, 1996.
- Luchterhand, Otto. »Russland auf dem Weg in den Scheinföderalismus« in *Wostok* Nr. 1 (2005): 102–105.
- Nußberger, Angelika, Dmitry Marenkov. »Wahlgesetz als Steuerungsmechanismus: Zu den neuen rechtlichen Grundlage der Duma-Wahlen im Dezember 2007« in *Russland-Analysen* Nr. 146 (2007): 2–5. <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen146.pdf>
- Petrov, Nikolai. "The Security Dimension of the Federal Reforms" in: Reddaway, Peter, Robert W. Ortung. *Dynamics of Russian Politics: Putin's Reform of Federal-Regional Relations*. Vol. II. Lanham: Rowman & Littlefield. 2005: 7–32.
- Ross, Cameron. 'Russia's multinational federation: from constitutional to contract federalism and the "war of laws and sovereignties"' in: Burgess, Michael, John Pinder (ed.) *Multinational Federations*. London: Routledge, 2007: 108–127.
- Sakwa, Richard. 'Federalism and democracy in the Russian Federation' in: Burgess, Michael, Alain Gagnon. *Federal democracies*. London: Routledge. 2010: 202–229.
- Slider, Darrell. "Russian Federalism: Can It Be Rebuilt from the Ruins?" in: *Russian Analytical Digest* Nr. 43 (2008): 2–4. <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/details.cfm?lng=en&id=56388>
- Snyder, Jack L. *From Voting to Violence: Democratization and Nationalist Conflict*. New York: Norton. 2000.
- Watts, Ronald L. *Comparing Federal Systems*. Montréal: Queen's University Press. 2008.
- Watts, Ronald L. 'Comparative reflections on federalism and democracy' in: Burgess, Michael, Alain Gagnon. *Federal democracies*. London: Routledge. 2010: 325–344.
- Wiest, Margarete. *Russlands schwacher Föderalismus und Parlamentarismus: der Föderationsrat*. Münster [u. a.]: LIT, 2003.

Regina Elsner

Die Russische Orthodoxe Kirche – Stütze des neuen Autoritarismus?

Seit einigen Jahren wird in Russland eine Rückkehr zum Autoritarismus in Politik und Gesellschaft beobachtet. Der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) wird in diesem Zusammenhang eine diese Tendenz fördernde Rolle zugeschrieben. Sie suche seit den späten 1980er Jahren die Nähe zum starken Staat, gewähre den jeweiligen politischen Eliten widerspruchsfrei die Instrumentalisierung theologischer Topoi zur politischen Argumentation und schwäche gesellschaftliche Modernisierungsbestrebungen durch eine Idealisierung vergangener (autoritärer) Zeiten.¹ Besonders in Fragen der Meinungs- und Gewissensfreiheit hat die Kirche verstärkt die Unterstützung durch den »starken Staat« gesucht. Der Staat reagierte auf diese Anliegen positiv, entweder durch entsprechende Gesetzgebungen, etwa im Bereich der Religionsfreiheit,² oder durch die Beschränkung von Versammlungsfreiheit oder künstlerischer Meinungsfreiheit auf lokaler Ebene.³ In der Tat ist es zunächst naheliegend, dass die streng hierarchisch strukturierte orthodoxe Kirche mit theologischen Paradigmen wie einem Theozentrismus, der Priorität von Gemeinschaft und Einheit vor dem Individuum und Pluralisierung sowie einer starken Ausrichtung an der Tradition nur schwer Motor für Demokratie und Liberalisierung sein kann. Bei entsprechender Nähe zu der führenden Elite werden diese Paradigmen in erster Linie deren autoritäre Mechanismen stärken.

Unter den Bedingungen der gegenwärtigen postsowjetischen Gesellschaft steht die theologische Identität der ROK verstärkt im Spannungsfeld zwischen Historizität und dem Anpassungsdruck durch die moderne Gesellschaft. In vorhandenen Untersuchungen zur Konfrontation der Orthodoxie mit gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Prozessen und Strukturen kommt jedoch die Wahrnehmung theologischer Geltungsansprüche häufig zu kurz. Es ist davon auszugehen, dass sich die kirchliche Position nicht auf soziopolitische oder historische Einflüsse und Interessen reduzieren lässt. Bei der Frage nach den theologischen Wurzeln der Argumentationsmodelle, mit welchen sich die ROK in den letzten zwei Jahrzehnten zu modernen Werten und der Situation der modernen Welt positioniert hat, zeigt sich, dass die Auseinandersetzungen in grundlegenden theologischen Spannungsfeldern verortet werden können.

Für die Frage nach dem Verhältnis der Orthodoxie zu autoritären Strukturen ist zu untersuchen, inwieweit solche autoritären Strukturen und ein traditionalistisches, hierarchisches Weltbild in der russischen Orthodoxie theologisch so fest verwurzelt sind, dass eine stabile soziopolitische Argumentation darauf aufbauen kann.

Auf der Ebene der theologischen Paradigmen zeigt sich, dass eine eindimensionale Auslegung orthodoxer Theologie zu Gunsten autoritärer Strukturen nicht legitim ist. So kann einerseits die Tendenz zu hierarchischen und vormodernen Gesellschaftsformen durch Theozentrismus, Einheitsvorstellungen und Traditionsorientierung begründet werden. Andererseits kann gleichzeitig eine an der Person

1 Vgl. u. a.: Irina Karazuba: *Pravoslavie blagoslovljaet otstalost'*. In: Harvard Business Review, März 2011. <http://www.hbr-russia.ru/issue/66/2505/> (letzter Aufruf 23.08.2011); Anatolij Černjaev: *Patriarchalnaja ideologija. Včityvajas' v slova predstojatelja RPC*. In: *Nezavisimaja gazeta* 02.02.2011. <http://religion.ng.ru/printed/250825> (letzter Aufruf 23.08.2011).

2 Gerd Stricker: *Das neue Religionsgesetz in Rußland. Vorgeschichte, Inhalt, Probleme, Befürchtungen*, in: *Osteuropa*, 7/1998, S. 689–709.

3 Vgl.: Material des Sacharow-Museums zur Ausstellung »Vorsicht, Religion«: http://www.sakharov-center.ru/museum/exhibitionhall/religion_notabene/ (letzter Aufruf 29.08.2011); *Pis'mo svjatejšego patriarcha Alexija mëru Moskvu J.M. Lužkovu po povodu idei provedenija v stolice gej-parada*. <http://www.patriarchia.ru/db/text/97802.html> (letzter Aufruf 29.08.2011).

orientierte Ethik und in der Trinitätslehre und der Pneumatologie gründende Offenheit für Pluralität vertreten werden.

Auf der Ebene der offiziellen Lehre zum Staat-Kirche-Verhältnis lässt sich zunächst eine relative Neutralität gegenüber den konkreten Formen der staatlichen Ordnung feststellen, solange die Staatsgewalt nicht versucht, »sich durch Ausweitung ihrer Grenzen bis zur vollen Autonomie gegenüber Gott und der von ihm geschaffenen Ordnung der Dinge selbst zu verabsolutieren«.⁴ Allerdings sind die Idealvorstellungen vom Staat-Kirche-Verhältnis und der symphonischen Nähe zwischen Kirche und Staat geprägt von einer Idealisierung vormoderner monarchischer Staatsordnungen, was zu einer theoretisch-theologisch kaum hinterfragten Nähe zu autoritären Herrschaftsformen führt.

Bei dem Einsatz kirchlich-theologischer Topoi für (kirchen-)politische Interessen werden alternative theologische Argumentationsmodelle meist, gezielt oder unwissend, ignoriert. Rückschlüsse auf die grundlegende Disposition der russischen Orthodoxie in ihrem Verhältnis zu modernen Gesellschaftsmodellen, etwa im Sinne einer Stärkung autoritärer Strukturen im aktuellen Russland, sind darum schwerlich zu ziehen. Es lassen sich jedoch deutlich die Strategien der jeweiligen Akteure erkennen.

4 Die Grundlagen der Sozialdoktrin der Russisch-Orthodoxen Kirche. Deutsche Übersetzung mit Einführung und Kommentar. Thesing, Josef; Uertz, Rudolf (Hrsg.), St. Augustin 2001, III.2., S. 23.

Evgeniya Gataulina

The Role of Non-State Actors in Protecting the Rights of Orphans in the Russian Federation

One of the aspects central to the construction of democracy in Eastern Europe after the regime changes in the 1980s was the active incorporation of international human rights standards into national legislation. Russia ratified the UN Convention on the Rights of the Child (CRC) in 1990 and adopted new laws in favour of children's rights shortly after, e.g. the Family Code of the Russian Federation in 1995 and the Law on Basic Guarantees of the Rights of the Child in the Russian Federation in 1998. However, the partial non-implementation and inconsistent application of already adopted laws along with the still remaining deficiencies in Russian legislation and inadequate responses to the recommendations made by the UN Committee on the Rights of the Child have led to 'a very significant gap between legal and actual behaviour of many state agencies' (Grugel/Peruzzotti 2007:205). Among the deficiencies affecting orphans, to name but one group of children seriously affected by the shortcomings in the legal framework and system, are: the absence of sufficient support and preventive measures for families at risk, the absence of effective forms of deinstitutionalization, the interest of core state agencies to keep a high number of children in institutions, and the rash and unsystematic implementation of new reforms and state programs (Obshchestvennii Sovet 2007; The Coalition of Russian NGOs 2007; UNICEF 2007; Williams/Baranova 2007). The consequences have been disastrous. Although the number of children in Russia has dramatically decreased, from 38 million in 1991 to 27 million in 2006 (UNICEF 2007), about 748,000 of them are deprived of parental care today (Golovan 2008); about 90% of them are so-called 'social orphans'.¹

Non-governmental actors, applying a set of complex strategies, assist the government in addressing this serious state of affairs. Based on detailed analysis of four non-state actors in Russia—EveryChild (an international NGO), Love's Bridge/'Zashchita' (a cooperation between a national and an international NGO), 'Pravo rebenka' (a national NGO) and 'Kitezh' (a national voluntary group)—this paper concludes that currently there exist four general strategies that are being applied to protect the rights of orphans in Russia: first, the strategy to prevent children being separated from their families; second, the strategy to develop alternative forms of upbringing; third, the strategy to promote and monitor children's rights; and fourth and last, the strategy to raise public awareness.

The main aim is to prevent children from being separated from their parents, which entails the development of innovative social services for families in critical situations and the provision of accommodation for mothers in need. If, after all, it becomes impossible for a child to stay with its family, non-state actors can offer alternative forms of care, such as upbringing in a family-group (EveryChild), a foster family ('Kitezh'/'Orion'), or a family-like 'democratic flat' ('Zashchita'). By contrast to the care provided by traditional 'state institutions' (baby/child orphanages), these alternative forms of care have two defining characteristics: first, great attention is being paid to the training and monitoring of those taking on the upbringing of a child,² and second, all decisions are being taken in the best interest of the child, combining strict educational objectives with individual psychological support, intended to strengthen a child's resilience and to prepare it for independent adult life.³

1 Throughout the post-war era the number of orphans was lower in the USSR, counting approximately 600,000 at any one time.

2 By contrast, the state only provides insufficient training for and monitoring of foster families, resulting in about 5% of children placed in foster families by the state being returned to orphanages every year (interview with Kozlova 2010; Golovan 2007).

3 The following figures illustrate the ineffectiveness of state orphanages in their present form: 40% of orphans brought up in state orphanages become alcohol or drug addicts, 40% come to engage in criminal activities, and 10% commit suicide (<http://www.theharborspb.org/about/>).

In the absence of adequate state care, NGOs have come to play a key role in the upbringing of orphans in Russia, also by developing NGO networks, promoting cooperating with international partners, and exerting influence on key political actors (e.g. 'Pravo rebenka').

To conclude, non-state actors are central to ensuring that the rights of orphans in Russia are being protected as determined by the CRC. Unfortunately, however, the government's unwillingness to cooperate with NGOs and its general inertness has meant that that NGO have been prevented from achieving greater results.

Bibliography

- Golovan, Alexei (2008): *The Deinstitutionalization of Children-Orphans in Russia and the Development of Alternative Family Forms*. Retrieved August 31, 2011 (http://www.agence-adoption.fr/home/IMG/pdf/A._GOLOVAN_Paris_22_10_08.pdf).
- Grugel, Jean/Peruzotti, Enrique (2007): 'Claiming Rights under Global Governance: Children's Rights in Argentina'. In: *Global Governance*, 13 (2007), 199–216.
- Kozlova, Svetlana Michailovna, Chairman of 'Zashchita' (the public charitable fund of the region of Perm responsible for sustainable economic regulation of social protection) (2010): telephone interview, July 09, 2010.
- Obshchestvennii Sovet (2007): *Recomendatsii Obshchestvennogo Soveta pri Ministerstve Obrazovaniya i Nauki Rossiiskoi Federatsii*. Retrieved August 31, 2011 (<http://mon.gov.ru/str/os/>).
- The Coalition of Russian NGOs (2005): *Alternative Report 2005 by the Coalition of Russian NGOs*. Retrieved August 31, 2011 (<http://www.crin.org/Alternative-reports/index.asp>).
- UNICEF (2007): *Situation Analysis of Children in the Russian Federation 2007*. New York: UNICEF.
- Williams, Christopher/Baranova, Zoya (2007): 'Child Welfare and Prevention. The Case of Social Orphanages in Post-Soviet Russia: A Review of Western Literature'. In: *Vestnik Udmurtskogo Universiteta*, 9 (2007), 65–76.

Sonja Grimm and Lisa Maria Groß

Democracy Assistance, Conditionality and Supervision: EU Democracy Promotion on the Western Balkans

Research Question

Faced with manifold state failures, the international community continues to look for effective means to promote institution- and state-building in societies under threat. The Western Balkans, where external actors contributed substantially to peace-, state- and democracy-building, provides a good case study to assess the success and failure of external contributions to state-rebuilding. The EU was one of the key actors active in this process and particularly assisted with the political reform processes, the provision of foreign aid and the supervision of state-building. However, it remains unclear under which conditions the EU was best able to use instruments as different as assistance, conditionality and supervision in the respective post-war societies. Despite extensive external investment in post-conflict transition and the development of democratic political institutions (Grimm 2010: 349–363; 147–166), experts continue to criticize that there has not been an adequate acceptance and internalization of democratic norms and rules to date (Grandits 2007; Sterbling 2003; Zakošek 2008). This paper argues that the impact of external democracy promotion cannot be fully understood without taking external-internal interactions into account. Indeed, actor-centred transition literature (Colomer 1991, 1995; Higley/Burton 1987, 1989; Przeworski 1991: 51–99) has identified domestic political actors as the key actors in transition processes, disregarding whether these play according to democratic rules or not. However, as external promoters of democracy enter into contact with domestic political actors, one can assume that this interaction has effects upon the actions domestic political actors take. This does not mean, though, that the influence of external promoters of democracy necessarily has to be all but positive, as most studies assume. Rather, external promoters of democracy may well distort democratic decision-making, weaken the legislative, push for ‘technical’ reforms, and discourage the democratic commitment of both the political elites and the population. The question that arises from this is the question that this paper seeks to answer: How does the mode of interaction of external and domestic actors influence the consolidation of democratic behaviour of the post-conflict societies on the Western Balkans?

Paper Outline

The paper proposes a typology of instruments used by external actors to promote democracy in transition societies, taking especially the role of domestic actors and their impact on the success or failure of this undertaking into account. The key focus hereby is on the interaction between external and internal actors in dealing with these instruments. Further, this paper investigates under which conditions the various instruments work best, such as domestic open- and willingness for reform, the absence of domestic veto players, or the presence of existing support for democracy. Here, the paper takes the conditions specific to a post-conflict society into account.

The paper argues that the EU is no longer simply ‘external’ to democratization, but has become itself a leading actor in post-war democratic transition. As a result, conflicts have emerged, as the EU has come to be both an ‘external’ and ‘internal’ actor, assuming the two roles at one and the same time. This may explain the lack of success when it comes to the promotion of democracy as well as the resilience of anti-democratic behaviour in the Western Balkan states.

Theoretical Framework

The paper presents the analytical framework of the project *The Impact of the European Union as Democracy Promoter in the Post-Conflict Societies of South Eastern Europe*.

The paper is rooted in transition studies, democracy promotion studies, EU integration studies and includes insights from peace- and conflict studies. It critically engages with current research on post-conflict democratization and sets out an original framework for the study of 'internal' and 'external' actors within this context.

References

- Colomer, Josep M. (1991): "Transitions by Agreement. Modelling the Spanish Way". In: *American Political Science Review*, Vol. 85, No. 4, pp. 1283–1302.
- Colomer, Josep M. (1995): "Strategies and Outcomes in Eastern Europe". In: *Journal of Democracy*, Vol. 6, No. 2, pp. 74–86.
- Grandits, Hannes (2007): 'The Power of "Armchair Politicians". Ethnic Loyalty and Political Factionalism among Herzegovinian Croats'. In: Bougarel, Xavier/Helms, Elissa/Duijzings, Ger (eds.): *The New Bosnian Mosaic. Identities, Memories and Moral Claims in a Post-War Society*, Aldershot: Ashgate, pp. 101–122.
- Grimm, Sonja (2010): *Erzwungene Demokratie. Politische Neuordnung nach militärischer Intervention unter externer Aufsicht*, Baden-Baden: Nomos.
- Higley, John/Burton, Michael G. (1987): "Elite Settlements". In: *American Sociological Review*, Vol. 52, No. 3, pp. 295–307.
- Higley, John/Burton, Michael G. (1989): "The Elite Variable in Democratic Transitions and Breakdowns". In: *American Sociological Review*, Vol. 54, No. 1, pp. 17–32.
- Przeworski, Adam (1991): *Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Sterbling, Anton (2003): »Eliten in Südosteuropa. Rolle, Kontinuitäten, Brüche«. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 10/11, pp. 10–17.
- Zakošek, Nenad (2008): 'Democratization, State-building and War: The Cases of Serbia and Croatia'. In: *Democratization*, Vol. 15, No. 3, pp. 588–610.

Denis Gruber

Lebensführung und Vulnerabilität frauengeführter Haushalte in Russland

Nicht nur der Zusammenbruch des Sowjetstaates und die Einführung einer marktwirtschaftlichen Ordnung sind Begleiterscheinungen der russischen Transformationsperiode, sondern auch Krisen unterschiedlicher Art (politische Krisen, wirtschaftliche Krisen mit einer radikalen Verschärfung in den Jahren 2008 bis 2010, Finanzkrisen mit dem Höhepunkt im August 1998). Der Fokus bisheriger sozialwissenschaftlicher Untersuchungen lag zumeist auf der Analyse postsozialistischer Transitions- und Transformationsforschung, auf deren Prozessen, Problemen und Perspektiven. Weitgehend ausgeklammert blieben in bisherigen Untersuchungen die Analyse der Lebensführung von Akteuren (individuelle Akteure, Paarbeziehungen, Familien, private Haushalte) und empirische Untersuchungen zum Zusammenhang von Krisenauswirkungen auf die Lebensführung von privaten Haushalten. Offen bleibt die Frage, was mit der Lebensführung in einem kapitalistischen System russischen Typs geschieht, in dem während einer durch Vulnerabilitätskontexte gekennzeichneten Transformationsperiode ohnehin eine Reihe früherer sozialer Sicherheiten (die dem sowjetischen Wohlfahrtsstaat inhärent waren) weggebrochen sind und es durch die »Krise« zu einem drastischen Anstieg von Arbeitslosigkeit, zu verstärkter Kurzarbeit, großen Lohneinschnitten und Einkommensverlusten gekommen ist.

In diesem Forschungsprojekt werden die Lebensführung und Vulnerabilitätskontexte »frauengeführter Haushalte« in vier russischen Städten (St. Petersburg, Samara, Iwanowo und Petrosawodsk) während und nach der Weltwirtschafts- und Finanzkrise von 2008/10 untersucht. Der Vulnerabilitätskontext frauengeführter Haushalte wird verstanden als Konglomerat von Trends (z. B. saisonale Beschäftigungsmöglichkeiten, Produktionsschwankungen, Preisschwankungen, temporäre Arbeitsmigration, veränderte Ressourcenentwicklung und -ausstattung), Schocks (z. B. Krankheiten, Todesfälle von Haushaltsmitgliedern) und Krisen (z. B. Wirtschafts- und Finanzkrisen, politische Krisen). Lebensführung wird als Balance von widersprüchlichen Anforderungen und Ansprüchen in der postsozialistischen Periode definiert (vgl. Kudara 2000:82). Jürgens (2002:80) folgend kann Lebensführung einerseits in ihrer »hochflexiblen Ausprägung« als Ressource (infolge einer situativen oder strategischen Lebensführung) wirksam werden, andererseits kann sie jedoch auch »in ihrer traditionellen Variante« zur Restriktion werden und spontanen Adaptionen an den »Flexibilitätsimperativ des Erwerbslebens« entgegenstehen. In dieser Untersuchung ist es eines der Hauptziele, danach zu fragen, wie die Weltwirtschafts- und Finanzkrise von 2008/10 die Lebensführung von frauengeführten Haushalten in Russland veränderte und welche Anpassungsleistungen durch Haushalte im Zeitalter von postsozialistischer Transformation und Marktwirtschaft russischen Typs infolge der »Krise« erbracht werden mussten (bzw. nicht erbracht werden konnten). Dabei werden Probleme angesprochen, die eng mit der Diskussion über die Prekarisierung der Arbeitswelt und die anhaltende Deregulierung und Re-Kommodifizierung von Arbeit und Beschäftigung im Zusammenhang stehen. Hierbei soll herausgestellt werden, welchen Vulnerabilitäten und Risikopotentialen urbane russische Haushalte ausgesetzt sind und wie sie durch die Verfolgung von Strategien versuchen, ihre Lebensführung in den Griff zu bekommen, um »Sicherheit« im Alltag zu generieren. Im Kern geht es darum aufzuzeigen, wie Haushalte 20 Jahre nach dem Systembruch ihre Lebensführung im postsowjetischen Russland bestreiten, welche »Kapitalformen« (ökonomisches, humanes und soziales Kapital) sie verwenden, kompensieren und austauschen sowie darum zu klären, ob frauengeführte Haushalte in der Lage sind, langfristige Lebensführungsstrategien trotz Krisenphänomenen zu planen und zu verfolgen. Ein weiteres Ziel der Studie besteht darin, unterschiedliche Typen von Lebensführung herauszustellen und frauengeführte Haushalte hinsichtlich ihrer unterschiedlichen Strategien zu vergleichen.

Um die Lebensführung und Vulnerabilität von frauengeführten Haushalten zu untersuchen, wurden eine Reihe von Forschungsmethoden angewendet. 87 leitfadengestützte halbstandardisierte Interviews

mit Frauen stellen die primäre Datenquelle dar. Weiterhin wurden ethnographische Interviews mit vier Zwei-Erwachsenen-Haushalten ohne Kinder, drei Interviews mit Zwei-Erwachsenen-Haushalten mit Kindern und fünf Interviews mit Frauen geführt, die älter sind als die Zielgruppe dieser Forschung (älter als 45 Jahre). Um quantitative Daten zu sammeln, wurde ein Fragebogen für Teilnehmer der quantitativen Studie (insgesamt 335 Frauen nahmen an dem Online-Fragebogen teil) sorgfältig ausgearbeitet. Weiterhin wurden statistische Daten wie der *Russian Longitudinal Monitoring Survey*, demographische Jahrbücher Russlands, Daten von *Goskomstat* und der letzte *Allrussische Zensus* (2010) in die Arbeit eingebettet. Die Analyse des Datenmaterials erfolgte mit computergestützten Auswertungsprogrammen (MAXQDA, SPSS).

Matthias Guttke

Justitia im Würgegriff der Exekutive. Probleme der Rechtsstaatlichkeit in der Ukraine

Dem Verfassungsrechtler Dieter Suhr (1975; 1976) zufolge läuft das Rechtsstaatlichkeitsprinzip darauf hinaus, die Bindung an die Objektivität des in der Verfassung gesetzten Buchstabens sozialtechnisch zu verwirklichen: »Als wirkliche Achtung der Menschen vor ihrem *Werk*, das ihre Selbstachtung durch wechselseitige Anerkennung freiheitlich organisiert« (1975, 362; Hervorhebung i. O.). Obwohl das in Art. 1 der ukrainischen Verfassung definierte Rechtsstaatlichkeitsprinzip diesem Anspruch auch Rechnung trägt, wird das verfassende Wort in der Ukraine seit ihrer Unabhängigkeit immer wieder politisiert und damit in den Bereich der subjektiven Beliebigkeit hineingezogen (vgl. Nußberger/von Gall 2010; Nußberger 2010). Der politische Wille, eine unabhängige Justiz zu fördern, war im Laufe der letzten 20 Jahre daher nur äußerst schwach ausgeprägt. Stattdessen pflegten politische Akteure in den eigenen Machtinteressen dienendes rein instrumentelles Verhältnis zur dritten Gewalt im Lande. Bis heute liegt es politischen Entscheidungsträgern in der Ukraine fern, Macht an eine unabhängige Justiz zu delegieren. Vielmehr setzen Vertreter der Exekutivorgane nach wie vor darauf, eine von ihnen abhängige Judikative in den Dienst des eigenen politischen Machtausbaus und -erhalts zu stellen, weshalb ein am Gemeinwohl bzw. auch an demokratischen Grundprinzipien orientiertes institutionelles Gleichgewicht mit *checks and balances* und einer von den politischen Akteuren unabhängigen Justiz in der Ukraine nicht erstrebenswert erscheint (vgl. Lange/Reismann 2009). Gängige Praxis ist es daher auch, die durch die Verfassung vorgegebenen Rahmenbedingungen für die Politik, so sie denn den politischen Akteuren in Hinblick auf Abwägungen wie Maximierung und Sicherung von Macht, Einfluss und (im)materiellen Gütern als störend erscheinen, nach und nach anzupassen. Die Verfassung wird so zum verlängerten Arm der Politik (vgl. Boss 2010).

Unter Präsident Viktor Janukovyč hat die politische Einflussnahme auf das ukrainische Justizwesen wieder zugenommen (vgl. u. a. von Gall 2011). Daher wird auch nach dem aktuellen Freedom House Rating die Rechtsstaatlichkeit in der Ukraine heute mit einem schlechteren Wert angegeben als noch vor zehn Jahren. Dies hängt z. B. mit einer politisch motivierten Richterbesetzung des Verfassungsgerichts zusammen, das sich z. B. im September 2010 als Akteur im politischen Machtkampf überdeutlich positioniert hat, indem es sich den Konsolidierungsbestrebungen und Partikularinteressen einer dominierenden politischen Couleur gebeugt und das Verfahren der Verfassungsreform von 2004 mit 17 von 18 Stimmen nahezu einstimmig als verfassungswidrig erklärt hat. Damit ist in der Ukraine am Parlament und an der Öffentlichkeit vorbei am 30. September 2010 kurzum die Verfassung aus dem Jahre 1996 wieder in Kraft gesetzt worden. Mit dieser folgenschweren Entscheidung des von der Präsidialadministration stark abhängigen Verfassungsgerichts kehrt die Ukraine zu einer präsidentiell-parlamentarischen Republik mit einer starken Position des Präsidenten zurück. Viktor Janukovyč gewinnt damit nicht nur eine Fülle von Kompetenzen und Vollmachten, die im Zuge der Verfassungsreform von 2004 zugunsten des Parlaments und der Regierung verlagert worden waren, er verfügt nun auch noch über eine Mehrheit in der *Verchovna Rada*. Die Präsidialexekutive war seit 1991 wohl nie mächtiger als heute. Viktor Janukovyč wird es nun auch leichter fallen, an die für die Kučma-Jahre charakteristischen Bestrebungen, einen *Superpräsidentalismus* zu etablieren, anzuknüpfen.

Weitere von der Exekutive vorgegebene Mechanismen, die eine unabhängige Justiz in der Ukraine verhindern, ergeben sich aus einer Analyse des neuen Justizgesetzes vom 27. Juli 2010. Trotz einiger positiver Momente, z. B. in Bezug auf eine stärkere Immunisierung der Richter gegen Korruption, schlägt die Venedig-Kommission zahlreiche Nachbesserungen vor (vgl. Venice Commission 2010). Besonders kritikwürdig ist in diesem Zusammenhang die politisch motivierte Marginalisierung des Obersten Gerichts der Ukraine, das in der Orangen Revolution eine wichtige Rolle spielte, indem es u. a. die

Stichwahl Janukovyč-Juščenko wegen Wahlfälschung für ungültig erklärt hatte. Des Weiteren ist der Oberste Justizrat nach wie vor direkt von der Exekutive abhängig. Im Obersten Justizrat befinden weiterhin Mitglieder der Exekutive über die Besetzung und Zuteilung von Richterposten. Hinzu kommt, dass die Vertretung des Generalstaatsanwalts im Obersten Justizrat eine massive Bedrohung der Unabhängigkeit der Richter darstellt (vgl. von Gall 2011).

Solange aber die Exekutive eine eigenständige und unabhängige Judikative verhindert und dieselbe in dieser Würgegriff-Situation, aus der heraus sie sich selbst nicht verteidigen kann, immer wieder in den Dienst kurzfristiger machtpolitischer Erwägungen stellt, wird das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die ukrainische Justiz auf einem erschreckend niedrigen Niveau bleiben; politische Stabilität und das Funktionieren staatlicher Institutionen und damit eine Konsolidierung des ukrainischen Regierungssystems werden ausbleiben.

Literatur

- European Commission for Democracy through Law (Venice Commission) (2010): Joint Opinion on the Law on the Judicial System and the Status of Judges of Ukraine vom 18.10.2010 ([http://www.venice.coe.int/docs/2010/CDL-AD\(2010\)026-e.pdf](http://www.venice.coe.int/docs/2010/CDL-AD(2010)026-e.pdf)).
- Von Gall, C. (2011): Neues Justizgesetz – alte Probleme. In: Ukraine-Analysen Nr. 87 vom 22.02.2011 (<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen87.pdf>).
- Boss, E. (2010): Stabile Instabilität, dynamische Blockade. Das politische System der Ukraine. In: Osteuropa Nr. 60, Heft 2–4, 77–88.
- Guttke, M. (2011): Wie die derzeitige politische Elite der Ukraine das Projekt »Rechtsstaat« vollends diskreditiert. In: Ukraine-Nachrichten vom 22.02.2011 (<http://www.ukraine-nachrichten.de/3053/wie-derzeitige-politische-elite-ukraine-projekt-rechtsstaat-vollends-diskreditiert>).
- Lange, N./Reismann, A. (2009): Die politische Dauerkrise und Probleme der ukrainischen Verfassungsordnung. In: Ukraine-Analysen Nr. 64 vom 10.11.2009 (<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen64.pdf>).
- Nußberger, A. (2010): Die Ukraine – ein streitbarer Rechtsstaat. In: Ukraine-Analysen Nr. 76 vom 08.06.2010 (<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen76.pdf>).
- Nußberger, A./von Gall, C. (2010): Rechtsstaat ohne Masterplan. Recht und Gerichtswesen in der Ukraine. In: Osteuropa Nr. 60, Heft 2–4, 89–104.
- Suhr, D. (1975): Bewusstseinsverfassung und Gesellschaftsvertrag. Berlin.
- Suhr, D. (1976): Entfaltung der Menschen durch die Menschen. Zur Grundrechtsdogmatik der Persönlichkeitsentfaltung, der Ausübungsgemeinschaften und des Eigentums. Berlin.

Konstantin Kaminskij

Stalin 2.0. Restalinisierung und Destalinisierung in den russischen Massenmedien 2005–2011

Dem vorliegenden Beitrag liegen zwei Überlegungen zugrunde.

1. Im Unterschied zum Leninkult, der von Stalin kreiert und nach Lenins Tod als zentrales Ideologem der sowjetischen Kultur propagiert wurde, war der Stalinkult lediglich zu Lebzeiten Josef Stalins ein integraler Bestandteil der sowjetischen Propagandamaschinerie und wurde in der Geheimrede Nikita Chruschtschew auf dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 als Personenkult verurteilt. Damit erwies sich der Stalinkult als Modell ideologischer Konsolidierung kommunistischer Regime als nur sehr begrenzt funktionsfähig, wenngleich einzelne seiner Strukturelemente in die Ideologie der osteuropäischen und ostasiatischen Parteidiktaturen des 20. Jahrhunderts integriert wurden.¹

2. Der authentische sowjetische Stalinkult der 1930er bis 1950er Jahre war seiner Struktur nach sprichwörtlich totalitär. Er durchdrang alle Lebensbereiche der Sowjetbürger und duldet keine alternativen ideologischen Modelle und Geschichtsentwürfe an seiner Seite. Selbst der Leninkult fungierte lediglich als eine Art semantischer Kitt für Stalins Monopol der Machtkommunikation.² Paradoxerweise figuriert der Stalinismus gemäß den Aussagen seiner Apologeten in den russischen Medien der letzten Jahre, so sie zu Wort kamen, als ideales Gegenkonzept zur (aus ihrer Sicht) gescheiterten liberal-demokratischen Entwicklung Russlands nach 1990. Der Stalinkult wird auf diese Weise selbst zur totalen Alternative all dessen stilisiert, was im 21. Jahrhundert in Russland schiefgelaufen sein soll, wobei in der Medienöffentlichkeit alternative Images von Stalin und der russischen Geschichte des 20. Jahrhunderts produziert werden.

Im Folgenden soll die multimediale Renaissance des Stalinkults als ideologische Alternative zur heutigen Entwicklung Russlands untersucht werden. Dazu sollen einige mediale Großereignisse in ihrer rhetorischen Struktur und ihren ideologischen Implikationen analysiert werden. Als Ausgangspunkt soll die skurrile Fernsehserie *Stalin.Live* dienen, die 2007 auf dem russischen Fernsehsender NTV lief und erhitzte öffentliche Debatten provozierte. 2008 war Stalin anlässlich seines 130. Geburtstags intensiv in der russischen Medienöffentlichkeit diskutiert worden. Insbesondere das großangelegte Fernsehprojekt *Imja Rossija* (»Name Russlands«) führte zu offen geführten Polemiken, in deren Folge Stalin bei einer »Volks«-Abstimmung in Fernsehen und Internet den dritten Platz als kulturelle Identifikationsfigur der Russen belegte. Die Fernsehsendung *Sud vremeni* (»Gericht der Zeit«), die 2010 auf dem St. Petersburger Kulturkanal TV5³ lief und großes öffentliches Interesse hervorrief, führte schließlich zur Konsolidierung restaurativ eingestellter Intellektueller unter dem gemeinsamen Nenner Stalin. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch die Buchserie »Stalinist«, die seit 2010 in dem zweitgrößten russischen Verlag EKSMO erscheint und unter anderem Titel wie »Warum wird Stalin gehasst? Feinde Russlands gegen den Führer« oder »Das Handbuch des Stalinisten« führt.⁴

Die Fernsehsendungen, die im Rahmen des Beitrags besprochen werden sollen, wurden von weiterführenden Diskussionen der Zuschauer im russischen Internet, in der Blogosphäre und auf Youtube begleitet, die ebenfalls im Rahmen des Beitrags analysiert werden sollen. Das zentrale Vorhaben der vorliegenden Untersuchung bildet die Offenlegung der medialen Mechanismen des neuen Stalinkults und seiner ideologischen Implikationen zwischen Destalinisierung und Restalinisierung.

1 Siehe dazu: Balázs Apór (Hg.), *The leader cult in communist dictatorships. Stalin and the Eastern Bloc*. Basingstoke [u. a.] 2004.

2 Henri Barbusse prägte in seiner 1935 erschienenen Stalin-Biographie die Formel: »Stalin ist der Lenin von heute.«

3 TV5 gehört zur Mediaholding National Media Group (NMG), die von Jurij Kowalčuk – Aufsichtsratschef der Bank Rossija sowie Vladimir Putins Freund und Geschäftspartner – gegründet wurde.

4 <http://www.eksmo.ru/series/245979/> (30.04.2011).

Sören Keil

Democratization the European Way? Zur Rolle der Europäischen Union in Bosnien-Herzegowina, Kosovo und Mazedonien

Die Erweiterung der Europäischen Union (EU) hat schon in der Vergangenheit zu Demokratisierung und Stabilisierung von ehemals autoritären Staaten beigetragen. Dies ist nicht erst der Fall seit der Osterweiterung der EU 2004 und 2007, auch die relativ zügige Integration Griechenlands, Spaniens und Portugals nach dem Ende der dortigen Diktaturen kann als Zeichen für die Stabilisierungs- und Demokratisierungseffekte der EU gesehen werden.

In Bosnien und Herzegowina, Kosovo und Mazedonien versucht die EU durch den Anreiz einer Mitgliedschaft in der Union die politischen Eliten zu wichtigen politischen und wirtschaftlichen Reformen zu bewegen. Allerdings haben diese Staaten keine historischen Erfahrungen mit Unabhängigkeit und Demokratie und müssen gleichzeitig die Folgen der Konflikte in den verschiedenen Ländern bewältigen. Die oft als »weak states«¹ charakterisierten Länder zeichnen sich vor allem durch schwache Staatlichkeit aus, des Weiteren fehlen feste Rechtsstaatlichkeitsprinzipien und sowohl in Bosnien als auch im Kosovo wird der Staat offen durch die serbische Bevölkerung in Frage gestellt.

Die Europäische Union spielt deshalb eine besondere Rolle in diesen drei Ländern, weil die zukünftige Mitgliedschaft in der Union das erklärte außenpolitische Ziel aller wichtigen politischen Akteure ist und die Union dadurch Einfluss auf die jeweiligen Eliten hat, so dass der Demokratisierungsprozess extern gesteuert werden kann.² Dabei wird mit dem Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess ein komplett neuer rechtlicher Rahmen geschaffen, der die europäische Integration und die gleichzeitige Stabilisierung des westlichen Balkans garantieren soll.³ In den drei Ländern hat die EU verschiedene Instrumente zu ihrer Verfügung, um Demokratisierungsprozesse und entsprechende Reformen voranzutreiben. Dazu gehören neben finanziellen Anreizen und wichtigen politischen *incentives* (zum Beispiel Visa-Liberalisierung) auch direkte Interventionsmöglichkeiten. In Bosnien ist der EU-Sondergesandte gleichzeitig der Hohe Repräsentant der internationalen Gemeinschaft und hat weitreichende Befugnisse hinsichtlich des Erlassens von Gesetzen und des Entlassens von gewählten politischen Vertretern. Im Kosovo hat die EULEX-Mission weitreichende Befugnisse im Bereich der Rechtsstaatlichkeit sowie der Korruptionsbekämpfung. Weiterhin sind die EU und ihre Mitgliedsstaaten am International Civilian Office beteiligt. Dieses kann, ähnlich wie der Hohe Repräsentant in Bosnien, direkt in politische Entscheidungen eingreifen. In Mazedonien wird der Einfluss der EU vor allem durch den EU-Sondergesandten verkörpert, der an allen wichtigen politischen Entscheidungen im Land beteiligt ist.

Die EU hat als unmittelbares Ziel ihres Engagements in Bosnien, Kosovo und Mazedonien erklärt, dass diese Länder mittelfristig Teil der Union werden sollen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Länder allerdings die 1993 definierten Kopenhagener Kriterien erfüllen, die sowohl eine stabile Demokratie inklusive Minderheitenschutz als auch Rechtsstaatlichkeit, eine effiziente und wettbewerbsfähige Wirtschaft und eine funktionale Bürokratie als fundamentale Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft in der EU definieren.⁴ Allerdings lässt sich ein wesentlicher Widerspruch in der Europäischen Politik gegenüber

1 Bojicic-Dzelilovic, V. und Kostovicova, D. (eds.): *Persistent State Weakness in the Global Age*, London: Ashgate 2009.

2 Chandler, D. 'The EU and Southeastern Europe: The rise of post-liberal governance' in: *Third World Quarterly*, Vol. 31, No. 1, pp. 69–85.

3 Gordon, C.: 'The Stabilization and Association Process in the Western Balkans: An effective Instrument of Post-Conflict Management?' in: *Ethnopolitics*, Vol. 8, No. 3, pp. 325–340.

4 Diese Kriterien können eingesehen werden auf: http://ec.europa.eu/enlargement/enlargement_process/accession_process/criteria/index_en.htm

den Ländern des Westbalkans sofort feststellen. Obwohl die EU immer wieder die Wichtigkeit von Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Entscheidungen betont, sind es oft europäische Interventionen, die zu wichtigen politischen Entscheidungen führen. Diese Interventionen können unterschiedlich ausfallen, als politischer Druck aus Brüssel und den Hauptstädten der Mitgliedsländer, als Suspendierung des Integrationsprozesses oder als direkte Intervention in die politischen Strukturen der Länder. Dies kann durch externe Maßnahmen geschehen, wie im Falle der Wahlen in Serbien im Jahr 2008, kurz nachdem das Kosovo seine Unabhängigkeit erklärt hatte, als die EU offensiv pro-europäische Parteien unterstützte; aber die Europäische Union hat auch mehrfach direkt in die inneren Angelegenheiten der Staaten des Westlichen Balkans interveniert. In Bosnien war es die EU, die auf einer Reform der Polizei bestand, was zu einer der schwersten politischen Krisen im Land seit dem Daytoner Abkommen von 1995 führte.⁵

Die EU fördert Demokratie und Rechtstaatlichkeit oftmals durch undemokratische Maßnahmen. Die Vertreter der EU können dies tun, weil die EU einen so großen Einfluss auf die verschiedenen Länder hat und diese oftmals keine Alternative zur Erfüllung der europäischen Forderungen haben. Zwischen der EU und den Staaten des westlichen Balkans besteht kein Gleichgewicht hinsichtlich des Verhandlungspotentials. Es bleibt zu hinterfragen, ob Demokratie und Rechtstaatlichkeit tatsächlich durch illegitimen Druck und internationale Interventionen hergestellt werden können. Versteht man Demokratie im klassischen Sinne als »Herrschaft durch das Volk«, so kann dies bezweifelt werden, und die EU sollte sich stärker auf eine Unterstützung jener Kräfte konzentrieren, die offen eine Politik im Sinne der Bevölkerung fordern und somit eine »Demokratisierung von unten« anstreben.

5 Zur Rolle europäischer Politik während der Polizeireform in Bosnien und während den Wahlen in Serbien im Jahr 2008 siehe: Keil, S. und Arkan, Z.: 'Conceptualizing EU Enlargement Policy' in: María Fernández Martín, R. (Ed.): *Crisis, Lisbon, EU Policies, and Member States*, Coleccion Estudios Sobre Derecho Y Bienestar Social: Grenada 2011.

Eduard Klein

Die korrupte Universität: Über den Versuch, Korruption bei der Studienplatzvergabe in Russland und der Ukraine erfolgreich zu bekämpfen

Die Auflösung der Sowjetunion stellte für die Bildungspolitik der ehemals sozialistischen Staaten, und insbesondere für deren Hochschuleinrichtungen, eine Zäsur dar. Die finanziell angespannte Situation der Nachfolgestaaten führte in den 1990er Jahren zu einer drastischen Kürzung der staatlichen Bildungsausgaben. Die Einführung von Studiengebühren sowie die Zulassung von privaten Bildungseinrichtungen hielten den Lehrbetrieb notdürftig aufrecht. Diese Maßnahmen konnten die weggebrochenen Einnahmen jedoch nicht vollständig kompensieren, eine zunehmende Legitimierung informeller Finanzierungsquellen, wie z. B. Korruption, war die Folge. Unter Bildungskorruption und ihren Implikationen leiden vor allem einkommensärmere Familien, da ihre Kinder beim Studienzugang und/oder bei Prüfungsleistungen benachteiligt werden.

Im Jahr 2008 wurden in Russland allein 520 Mio. US\$ an Bestechungsgeldern für die Aufnahme an Universitäten gezahlt, diese Summe entspricht in etwa einem Zehntel des gesamten staatlichen Budgets für Hochschulen. Fast jeder zweite Student wird im Laufe seines Studiums mit Korruption konfrontiert. In der Ukraine macht in etwa jeder dritte Student persönliche Erfahrungen mit Hochschulkorruption.

Beide Länder haben den politischen Handlungsbedarf erkannt und Reformen eingeleitet, mit dem Ziel, Korruption bei der Studienplatzvergabe zu bekämpfen. In der Ukraine wurden 2008, in Russland ein Jahr später standardisierte Einheitsexamen eingeführt, die die vorherigen oftmals inkonsistenten und korruptionsanfälligen Zugangsprüfungen ersetzen. Dadurch wird der Aufnahmeprozess vereinheitlicht und transparenter und gerechter gestaltet. Die neuen Prüfungen – in Russland das *Edinyj gosudarstvennyj ekzamen*, Abk. EGĖ; in der Ukraine das *Zovnišnje nezaleže ocinjuvannja*, Abk. ZNO – finden am Ende der 11. Klasse statt. Ihr erfolgreicher Abschluss dient als Hochschulzugangsberechtigung. Zusätzliche Auswahlprüfungen fallen, mit Ausnahme bestimmter Fächer wie Kunst oder Journalismus, weg.

Angesichts erster Anzeichen dafür, dass auch die neuen Auswahlverfahren anfällig für Korruption sind, ist ihre Evaluierung und Optimierung zwingend erforderlich. Hier knüpft das soziologische Disserationsprojekt an. Im Zentrum stehen folgende Fragestellungen:

1. Welche Ursachen sind für das hohe Korruptionsaufkommen an Universitäten verantwortlich?
2. Welche konkreten Formen von Korruption treten während des EGE und ZNO auf?
3. Wie lief der Reformprozess im Einzelnen ab? Wie effizient sind die neuen Examen bei der Bekämpfung der Korruption? Tragen sie tatsächlich zu einer Reduzierung von Korruption bei oder kommt es lediglich zu einer Verlagerung der Korruption, z. B. an Schulen oder auf die administrative Ebene?
4. Wie lässt sich der Auswahlprozess optimieren?

Russland und die Ukraine wurden für die Forschung ausgewählt, da sie *most similar cases* darstellen: Sie weisen ähnliche Rahmenbedingungen vor den Reformen auf, wobei sich die Ergebnisse ihrer Antikorruptionsmaßnahmen ersten Untersuchungen zufolge signifikant unterscheiden. Während 2011 aus der Ukraine keine Korruptionsfälle im Zusammenhang mit dem ZNO gemeldet wurden, gab es in Russland zahlreiche Korruptionsskandale im Rahmen des EGĖ.

Der komparative Ansatz erlaubt Rückschlüsse darauf, weshalb die Einheitsexamensreform trotz der annähernd gleichen Ausgangsbedingungen unterschiedliche Erfolge erzielt, und ermöglicht es, Schwachstellen und Stärken beider Systeme herauszuarbeiten. Die Ergebnisse können nicht nur in den beiden

zu untersuchenden Ländern zur Bekämpfung von Bildungskorruption beitragen, sondern auch anderen postsowjetischen Staaten einen Erkenntnisgewinn für die Gestaltung ihrer Reformen liefern.

Als theoretischer Erklärungsansatz für die Entstehung von Korruption dient ein akteursspezifisches *Principal-Agent*-Modell nach Robert Klitgaard.¹ Für den Forschungskontext eignet sich diese Theorie deshalb, weil Klitgaard in seinen Überlegungen berücksichtigt, inwiefern sich die Präsenz ausgeprägter informeller Institutionen auf die Handlungen der Akteure auswirkt. Das trägt dem Umstand Rechnung, dass informelle Institutionen in Russland und der Ukraine fest verankert sind und ihre Allgegenwart die Bewertung und Akzeptanz korrupter Handlungen beeinflusst. Weiterhin bietet die Theorie Anhaltspunkte für korruptionseindämmende Maßnahmen, die bezüglich der Bildungssysteme in Russland und der Ukraine erörtert und diskutiert werden sollen.

Im Rahmen der empirischen Untersuchung dienen als Erhebungs- und Analysemethoden die Textanalyse, problemzentrierte Interviews und Gruppendiskussionen. Sie werden durch die Auswertung existierender repräsentativer Umfragen ergänzt. Es wurden bereits 51 Interviews durchgeführt, die momentan transkribiert und anschließend systematisch analysiert und ausgewertet werden.

1 Klitgaard, R. E. (1991): *Controlling Corruption*. Berkeley [u. a.]: University of California Press.

Janis Kluge

Über die Unsicherheit von Eigentumsrechten im Autoritarismus

Russlands Wirtschaft ist im Verlauf der Weltwirtschaftskrise 2009 deutlich stärker geschrumpft als von Beobachtern und Politikern im Vorfeld erwartet. Gängige Erklärungen hierfür sind die gefallenen Ölpreise und der Abzug ausländischen Kapitals.¹ Zweifellos steht der Einbruch der russischen Wirtschaft in engem Zusammenhang mit den Entwicklungen auf den internationalen Rohstoff- und Finanzmärkten. Dass Russland unter den G20-Staaten aber den stärksten Einbruch zu beklagen hat,² ist ein Hinweis auf hausgemachte Probleme der russischen Ökonomie.

North, Wallis und Weingast vertreten die These, dass empfindliche Reaktionen des Wirtschaftssystems auf externe Schocks für autoritär regierte Staaten charakteristisch sind.³ Ihr Argument beruht darauf, dass die wirtschaftliche und die politische Sphäre in Staaten wie Russland als ökonomisch-politischer Komplex verflochten sind (Logik des *natural state*). Auf diese Weise können Preisveränderungen zur Destabilisierung des politischen Machtgefüges führen:

All societies are subject to random and unexpected shocks. In natural states, the changes may affect the distribution of violence potential and require a renegotiation of the distribution of privileges and rents within the dominant coalition as well as changes in the membership of the coalition as new powerful interests arise and old interests weaken.⁴

Im Gegensatz zu den politökonomischen Modellen von Olson⁵ oder Acemoglu⁶ werden autoritäre Regime von North et al. nicht als einheitlicher Akteur (*single-actor state*) modelliert, sondern als eine Koalition verschiedener mächtiger Akteure, die durch ökonomische Interessen zusammengehalten wird. Fällt nun etwa der Ölpreis, bedroht das nicht nur die Gewinne in einzelnen Industrien. Die Verteilung ökonomischer Renten innerhalb der Elitenkoalition muss nachverhandelt werden. Damit können Veränderungen der gesamten Wirtschaftsordnung einhergehen, wie etwa eine zunehmende Verstaatlichung über mehrere Branchen hinweg.

Autoritäre Staaten sind also nicht in der Lage, die Sicherheit von privaten Eigentumsrechten zu garantieren, wobei die Gründe hierfür in ihrer Machstruktur liegen. Das macht einen Forschungsansatz notwendig, der die politische Ausgangslage mit berücksichtigt. In dieser Richtung argumentiert auch Frye:

Rather than viewing corruption and weak rule of law as driven by technical problems, moral failings of state officials, or the Soviet legacy, it is for more productive to recognize the underlying political nature of the problem.⁷

- 1 Gaddy, C. G.; Ickes, B. W. (2010): Russia after the Global Financial Crisis. In: Eurasian Geography and Economics 51 (3), S. 281–311.
- 2 Guriev, S., Tsyvinski, A. (2010): Challenges Facing the Russian Economy after the Crisis. In: A. Åslund, S. Guriev und A. Kuchins (Hg.): Russia after the global economic crisis. Washington, DC, S. 9–38, S. 9.
- 3 North, D. C.; Wallis, J. J.; Weingast, B. R. (2009): Violence and social orders. A conceptual framework for interpreting recorded human history. Cambridge: Cambridge University Press.
- 4 North, D. C.; Wallis, J. J.; Weingast, B. R. (2009): Violence and social orders. A conceptual framework for interpreting recorded human history. Cambridge: Cambridge University Press, S. 21.
- 5 Olson, M. (2000): Power and prosperity. Outgrowing communist and capitalist dictatorships. New York, NY: Basic Books.
- 6 Acemoglu, D.; Robinson, J. A. (2006): Economic origins of dictatorship and democracy. Cambridge: Cambridge University Press.
- 7 Frye, T. (2010): Corruption and Rule of Law. In: A. Åslund, S. Guriev und A. Kuchins (Hg.): Russia after the global economic crisis. Washington, DC, S. 79–94, S. 80.

North et al. veranschaulichen das Modell des *natural state* anhand der historischen Entwicklung west-europäischer Staaten und der USA. Eine Besonderheit gegenwärtiger *natural states* wie etwa Russlands ist das widersprüchliche Nebeneinander von Gesetzen, die das Eigentum schützen sollten, sowie informeller, klientelistischer Netzwerke. Die Politikwissenschaft liefert mit dem Neopatrimonialismus-Konzept einen Erklärungsansatz für diese Dualität und die daraus folgende Unsicherheit.⁸ Die Integration von Erkenntnissen dieser Forschungsrichtung mit der institutionenökonomischen Betrachtung bei North et al. ist daher für die Betrachtung der Sicherheit von Eigentumsrechten in Russland vielversprechend.

Auf welche Weise die Sicherheit von Eigentumsrechten politisch bedingt ist, soll in meinem Dissertationsvorhaben anhand von drei Fallstudien erarbeitet werden. Zunächst soll das Phänomen betrügerischer feindlicher Übernahmen (*corporate raids*) am Beispiel der Sverdlovsker Holding UGMK betrachtet werden, einem Fall, der die mangelnde Konsolidierung der russischen Staatsgewalt und die Bedeutung informeller Netzwerke für die Sicherung von Eigentum verdeutlicht. Weitere Fallstudien befassen sich mit der Entwicklung des russischen Bankrottgesetzes sowie der Reaktion des Kapitalmarkts auf die Yukos-Affäre.

8 Erdmann, G.; Engel, U. (2006): Neopatrimonialism Revisited—Beyond a Catch-All Concept. In: GIGA Working Paper Global and Area Studies 16.

Ina Kubbe

Politische Korruption in Europa

Während politische Korruption¹ in den 1960er Jahren noch als ein Tabuthema galt, ist es in den letzten 20 Jahren zu einem vielfach diskutierten Thema geworden. So wird im Gegensatz zur früheren Praxis des Geheimhaltens und Leugnens Korruption heute auf höchster Ebene von Staaten, internationalen Organisationen, Politik- und Wirtschaftsberatern als Problem erkannt. Trotz zahlreicher internationaler Konventionen und Programme, die Korruption zu verhindern versuchen, stellt sie jedoch immer noch ein großes Problem dar, mit dem autoritäre Staaten und junge, aber auch etablierte Demokratien gleichermaßen zu kämpfen haben.

Auch wenn nach der Ansicht von einigen wenigen Autoren² Korruption nicht zwingend negative Konsequenzen haben muss, besteht in der heutigen Forschungsgemeinschaft generell Einigkeit darüber, dass sie in vielerlei Hinsicht langfristig schädlich ist. Neben erheblichen ökonomischen Nachteilen (z. B. Mauro 1997, 1998) wird nun auch immer wieder auf die gesellschaftlichen Konsequenzen (Richey 2009; Uslaner 2002; Della Porta 2000) verwiesen. So kann durch Wahrnehmung der Korruption insbesondere die Unterstützung des politischen Systems durch die Bürger stark beeinträchtigt werden, was wiederum langfristige Folgen für die Legitimität des Regierungssystems vor allem junger Demokratien haben kann, denn die Unterstützung der Bevölkerung ist die zentrale Variable für die Stabilisierung des demokratischen Systems (Almond/Verba 1963; Della Porta 2000).

In diesem Zusammenhang ist es von Bedeutung, nach den Ursachen für das Auftreten von politischer Korruption zu forschen. Bislang sind diese noch nicht umfassend geklärt worden, d. h. es ist unklar, welche Faktoren als ursächlich für die Variation im Auftreten von Korruption gelten und wie sich deren Zusammenspiel untereinander gestaltet. Dies mündet in der knappen, aber umfassend zu beantwortenden Fragestellung des Arbeit: Was erklärt politische Korruption?

Mithilfe von qualitativen und insbesondere quantitativen Methoden werden im Dissertationsprojekt die Determinanten von Korruption in den Mitgliedsstaaten des Europarates für den Zeitraum von 1995 bis 2010 identifiziert. Korruption wird dabei als abhängige Variable und sowohl soziokulturelle als auch ökonomische und politisch-institutionelle Faktoren als unabhängige Variablen betrachtet und ländervergleichend untersucht. Der Schwerpunkt liegt auf dem Vergleich der Länder Osteuropas mit denen Westeuropas, da eine erste Analyse zeigt, dass hier erhebliche Unterschiede im Auftreten von Korruption existieren. Dies kann unter anderem mit der kommunistischen Vergangenheit (»communist legacies«) der osteuropäischen Länder erklärt werden.

Um einen systematischen Jahres- und Ländervergleich durchzuführen und die Gefahr des Zufallstreffers bei einer einzelnen Stichprobe auszuschließen, werden sowohl gepoolte Zeitreihenanalysen (time-series-cross-section analysis) als auch Mehrebenenanalysen durchgeführt. Zur Auswertung der qualitativen und quantitativen Daten werden deskriptive sowie angemessene multivariate statistische Analysemethoden verwendet und es wird ein entsprechendes Modell von Korruption (einschließlich

1 Korruption wird typischerweise definiert als der Missbrauch öffentlicher Macht zu privatem Nutzen, z. B. durch Bestechung öffentlich Bediensteter, Schmiergeldzahlungen, den Kauf von Wählerstimmen, Veruntreuung öffentlicher Gelder sowie Nepotismus (Gray/Kaufmann 1998: 7; Lambsdorff 2000: 49).

2 Einige Autoren argumentieren, dass in kommunistischen Ländern bestimmte Formen der Korruption zentral für das Funktionieren des Systems waren (z. B. Holmes 2000). Andere behaupten, dass in Gesellschaften mit ineffektiven Marktmechanismen und Verwaltungsstrukturen Korruption notwendig oder sogar positiv zu bewerten sei, um strenge Regulierungen zu umgehen und langwierige bürokratische Prozesse zu beschleunigen. Dieses »greasing the wheels«-Argument wird jedoch von zahlreichen Autoren zurückgewiesen (etwa Hessel/Murphy 2000).

Typologien mit entsprechenden Fallanalysen) entwickelt, mit dessen Hilfe Handlungsempfehlungen für Funktionsträger abgeleitet werden können.

Literatur

- Almond, G. A./Verba, S. (1963):* The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton.
- Della Porta, D. (2000):* Social Capital, Beliefs in Government, and Political Corruption, in: Pharr, S. J./Putnam, R. D. (Hrsg.): Disaffected Democracies: What's Troubling the Trilateral Countries? Princeton, S. 202–228.
- Gray, C. W./Kaufmann, D. (1998):* Corruption and Development, in: Finance & Development, 35 (1), S. 7–10.
- Hessel, M./Murphey, K. (2000):* Stealing the State, and Everything Else: a Survey of Corruption in the Postcommunist World. Transparency International issue- and country papers.
- Holmes, L. (2000):* Funktionen und Dysfunktionen der Korruption und ihrer Bekämpfung in Mittel- und Osteuropa, in: Zentrum für Europa- und Nordamerika-Studien (Hrsg.): Politische Korruption. Jahrbuch für Europa- und Nordamerika-Studien. Band 2, Opladen, S. 117–144.
- Mauro, P. (1997b):* The Effects of Corruption on Growth, Investment and Government Expenditure: A Cross-Country Analysis in Corruption and the Global Economy. Washington.
- Mauro, P. (1998):* Corruption and the composition of government expenditure, in: Journal of Public Economics 69, S. 263–279.
- Lambsdorff, J. G. (2000):* Wie lässt sich Korruption messen? Der Korruptionsindex von Transparency International, in: Zentrum für Europa- und Nordamerika-Studien (Hrsg.): Politische Korruption. Jahrbuch für Europa- und Nordamerika-Studien, Band 2, Opladen, S. 45–71.
- Richey, S. (2009):* The Impact of Corruption on Social Trust, in: American Politics Research 38 (4), S. 676–690.
- Uslaner, E. M. (2002):* Trust and Corruption. Prepared for presentation at the 2002 Annual Meetings of the American Political Science Association, Boston, August 29–September, 2002.

Robert Kusche

Die extreme Rechte in Russland

Einleitung

Moskau im Winter 2010: Viele Jugendliche sowie Unterstützer/innen aus dem Moskauer Fußballumfeld versammeln sich auf einem zentralen Platz in der Hauptstadt, um mit Parolen wie »Russland den Russen« gegen die Ermordung eines jungen Fußballfans durch »Kaukasier« zu demonstrieren. Der Hass auf »Kaukasier« und andere Ausländer hat sich bereits Tage zuvor in kleineren Aktionen der Fußballfans sowie im Anschluss an die Beerdigung entladen. In den darauf folgenden Tagen kommt es vermehrt zu Angriffen. Die Welle der Gewalt und des Hasses, die sich in Moskau nun ereignet, richtet sich nicht mehr »nur« gegen die vermeintlichen Täter, sondern gegen alle in Moskau lebenden Menschen, die nicht ins Weltbild der Angreifer passen und die als »Nicht-russen« ausgemacht werden. Die Demonstrationen werden vor allem unter Zuhilfenahme sozialer Netzwerke organisiert und die Angriffe können am Ende des Tages im Internet angeklickt werden – aufgenommen mit den Smartphones der Angreifer.

Aus der öffentlichen Berichterstattung geht hervor, dass die massiven Attacken mindestens drei Todesopfer und eine Vielzahl von (Schwerst-)Verletzten verursachten. So kam es zu einer Messerattacke auf einen Neuntklässler sowie zu Morden an einem Dagestaner und einem Kirgisen.¹

Am Ende der pogromartigen Ausschreitungen finden sich eher hilflose Erklärungsversuche von offizieller Seite. Expert/innen der russischen extremen Rechten interpretieren die Ereignisse als eine fortschreitende Stabilisierung der rassistischen Stimmung im Land. Premier Putin hingegen nutzt die aufgebrachte Stimmung, um härtere Registrierungsverfahren für Migrant/innen in den Großstädten zu implementieren und kommt damit einer zentralen Forderung der Moskoviter Fußballfans auf einem Sondertreffen mit Premier Putin nach.²

Fragestellung

Was diesmal eher zufällig in Moskau ausbrach, ist das Resultat einer Etablierung der extremen rechten Bewegung in Russland, die sich über Jahre hinweg vollzog. In meinem Beitrag für die JOE-Tagung 2011 analysiere ich diese Gruppierungen. Dazu stelle ich relevante Akteur/innen und Organisationen vor. Mein Fokus liegt weniger auf parteiförmigen Strukturen als vielmehr auf dem subkulturell geprägten Akteursbereich. Ferner gehe ich auf die Entstehungsgeschichte und auf aktuelle Modernisierungsdiskurse innerhalb der extrem rechten Bewegung in Russland ein. Zur Analyse nutze ich den Gelegenheitsstrukturansatz, um interne, externe sowie diskursive »opportunity structures« sichtbar zu machen. In der Arbeit spielt die Frage eine zentrale Rolle, ob die extreme Rechte in Russland (Osteuropa) tatsächlich ein Phänomen »sui generis« darstellt.

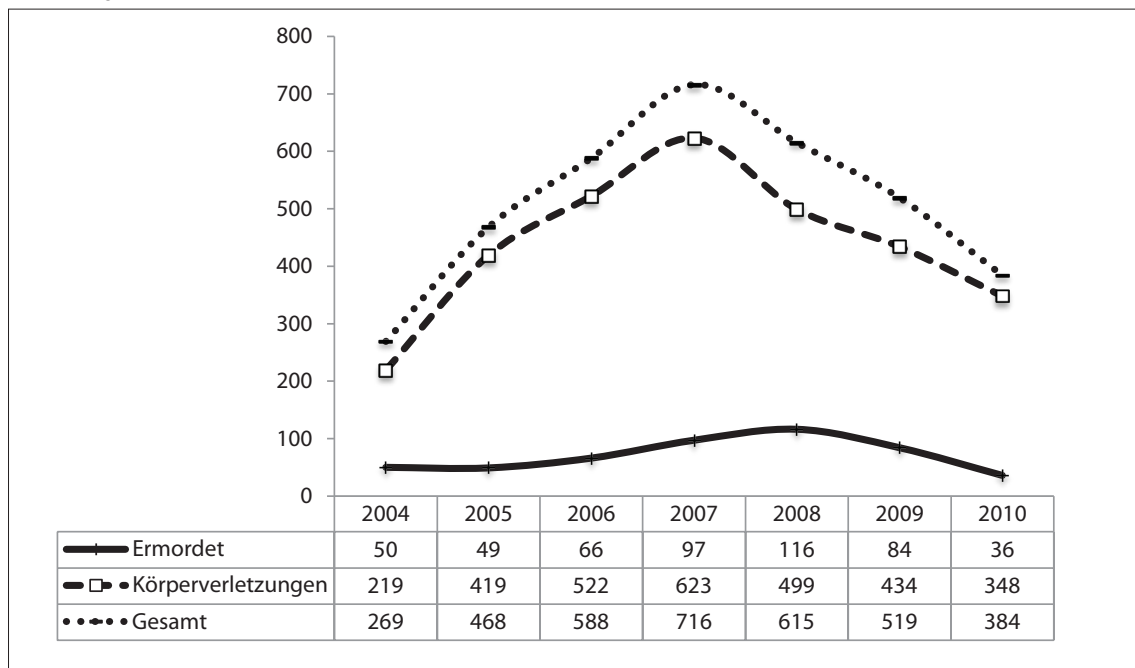
Problemaufriss – die modernisierte extreme Rechte in Russland?

Die Zahl der rassistischen Gewalt hat in Russland zunächst stark zugenommen und sich derzeit auf einem hohen Niveau eingepegelt (siehe Grafik und Tabelle).

1 <http://top.rbc.ru/incidents/17/12/2010/516704.shtml> (zuletzt gesehen 28. August 2011).

2 <http://de.rian.ru/politics/20101224/257969999.html> (zuletzt gesehen 28. August 2011).

Abbildung 1: Opfer rassistischer und extrem rechter Gewalt in Russland 2004–2010



Quelle: eigene Zusammenstellung, Daten von: SOVA 14.01.2011, <http://www.sova-center.ru/en/xenophobia/reports-analysis/2011/01/d20707/>

Nach den Zahlen von SOVA ereignet sich in Russland täglich mindestens ein Angriff.³ Darüber hinaus kommt es immer wieder zu pogromartigen Ausschreitungen, wie in Kondopoga 2005 sowie in Moskau 2010. Bombenanschläge, u. a. in Stawropol 2010, verdeutlichen ferner die Spannbreite extrem rechter Gewalt in Russland.

Die Taten ereignen sich in einem für die Täter/innen vorteilhaften gesellschaftlichen Klima, welches von Intoleranz gegenüber Minderheiten und von xenophoben Einstellungen geprägt ist (Lewada Zentrum nach Verkhovsky 2010: 94). Die extrem rechte Szene stellt eines der dynamischsten Segmente des russischen Nationalismus dar (Verkhovsky 2010) und wird russlandweit auf mehr als 100.000 Aktivisten geschätzt (Tarasov 1999, 2004 sowie Grishin 2007 nach Pilkington/Garifzianova/Omel'chenko et al. 2010: 8f.) Die Szene wird nicht von einer Organisation dominiert, sondern setzt sich aus verschiedenen Subkulturen (Skinheads, Hooligans sowie Autonomen Nationalisten), politischen Parteien und intellektuellen Zirkeln zusammen.

Trotzdem gehen Wissenschaftler/innen davon aus, dass sich die Mobilisierungs- und Erfolgsbedingungen der russischen extremen Rechten verschlechtert haben; einerseits, weil der Kreml einen nationalistischen Kurs eingeschlagen hat und damit Themen der extremen Rechten übernehmen konnte; ferner, weil die Möglichkeit der Organisation extrem rechter Organisationen und Parteien (sowie jeglicher anderer Oppositionsparteien) in Russland aus vielfachen Gründen durch das politische System limitiert ist (vgl. Varga 2008: 562; Laruelle 2010). Es ist anzunehmen, dass sich zwar die Handlungsmöglichkeiten und -felder der extremen Rechten verlagert haben, die Gefahr, welche von ihr ausgeht, aber keineswegs geringer geworden ist.

3 Beachtet werden muss, dass es sich hierbei lediglich um die Spitze des Eisberges handelt, da die meisten Übergriffe nicht zur Anzeige gebracht werden oder nicht recherchiert werden können (vgl. Golova/Kusche/Weinmann 2010).

Literatur

- Laruelle, Marlène (2010): The Ideological Shift on the Russian Radical Right From Demonizing the West to Fear of Migrants. In: *Problems of Post-Communism*, 57, 6, S. 19–31.
- Pilkington, H., Garifzianova, A., Omel'chenko, E. L. und Omel'chenko, E. (2010): Russia's skinheads: exploring and rethinking subcultural lives.
- Varga, Mihai (2008): How Political Opportunities Strengthen the Far Right: Understanding the Rise in Far-Right Militancy in Russia. In: *Europe–Asia Studies*, 60, 4, S. 561–579.
- Verkhovsky, Alexander (2010): Future prospects of contemporary Russian nationalism. In: Laruelle, Marlène (Hg.): *Russian nationalism and the national reassertion of Russia*, London (u. a.), S. 89–104.

Iveta Leitane

Hypokrisie, Kommunitarismus und Autoritarismus in den schwachen Demokratien des Postsozialismus

Was genau ist der postsozialistische Autoritarismus? Was sind seine systemischen Grundlagen? Wie ist er mit dem sozialistischen Kommunitarismus verbunden, den man in der Wendezeit auf vielfache Weise zu kritisieren suchte? Und welche Rolle spielt Hypokrisie in der Verbindung beider? Während sich die Schlüsselworte Kommunitarismus und Autoritarismus auf sozialtheoretische und politikwissenschaftliche Begriffe beziehen, spricht der Begriff Hypokrisie den Typus der moralischen Persönlichkeit an. Entsprechend versuche ich, politische und ethische Begrifflichkeiten in der Debatte aufeinander zu beziehen. Die wichtigste aus der Zeit des Sozialismus in den postsozialistischen Kommunitarismus übernommene Kontinuität ist das modifizierte Fortbestehen der sozialistischen Eliten und die weiterhin stattfindende Pflege bzw. Transformation sogenannter Blat/Networking-Mechanismen, die die neuen ideologischen und rechtlichen Restriktionen zu umgehen wissen. Nichtsdestotrotz hoffte man, dass die Blat-Mechanismen über ein Modernisierungspotenzial verfügen. Dem widerspreche ich. Mittels des Begriffs der Hypokrisie versuche ich, eine tiefe sozialpolitische Pathologie zu erfassen, die in der Sowjetzeit entstanden ist und den Regimebruch überlebt hat. Selbst wenn man die Counter-Elite (eine der sowjetischen Eliteformationen) betrachtet, sieht man, dass der Kritizismus der späten Sowjetzeit keine Massenerscheinung, sondern an einzelne hervorragende Persönlichkeiten gebunden und primär gegen das ideologische Regime und die Weltanschauung des Sozialismus gerichtet war. Selten bezog er sich auf alltägliche Verhaltensweisen und wenn er es tat, erwies er sich als konform mit verschiedenen innerhalb des Systems existierenden Formen der Devianz. Diese sozialistischen Devianzformen stilisierten sich selbst als nonkonform zum Regime. Durch seine Orientierung an diesen tolerierten Devianzformen hat der Kritizismus einen blinden Fleck, der Hypokrisie beförderte. Die starke Angewiesenheit der sozialistischen Subjekte auf eine Vernetzung über gegenseitige Dienstleistungen, die nicht kritisch reflektiert werden konnte und die Kooperationen durch Abhängigkeiten verzerrte, lebt in postsozialistischen Formen der Gemeinschaft fort. Das Gesetz verlor wegen der exekutiven Schwäche der postsozialistischen Ordnung die relative Selbständigkeit und Bedeutung als objektive Instanz, die es in der spätsozialistischen Zeit noch gehabt hatte und wurde zum Verhandlungsobjekt: Die einzige Regulationsinstanz für Konflikte bestand nun in deren Aushandlung durch die verschiedenen Gruppierungen. Die Gesetzhaltungen (>Spielregeln<) orientierten sich dabei an der internen Kohärenz des Systems, ohne auch nur im Geringsten dessen Sprengung zu beabsichtigen. Die sozialistische Hypokrisie expandierte also hinsichtlich ihrer Trägerschicht und wechselte ihr Objekt. Während die sozialistischen Träger der Devianz die Rede vom Gemeinwohl als geheuchelte Rhetorik geißelten, fand nun eine Transformation statt, in deren Rahmen Gruppeninteressen nur als behauptungsfähig galten (und dennoch gleichzeitig als zu verheimlichend), sofern sie *separateness* zuließen. Da das Gesetz nach der ideologischen Niederlage des Sozialismus aber wenig Zugkraft und mit dem postsozialistischen demokratischen Staat als Nachfolger der spätsozialistischen spontanen Demokratie einen eher schwachen Träger hatte, nahmen die Binnenstrukturen der Gruppen bald autoritäre Züge an. Ich sehe es als Aufgabe an aufzuzeigen, wie verschiedene Gemeinschaftsformen im Postsozialismus durch diese Art des Kommunitarismus verzerrt werden und welchen Typs von moralischer Persönlichkeit sie sich bedienen bzw. ihn ihrerseits hervorbringen.

Ich beziehe die Kommunitarismus-Liberalismus-Debatte in meine Untersuchung ein und prüfe, ob der Ansatz des späten Michael Walzer auf die postsozialistische moralische (Elite-)Persönlichkeit und ihre Vergemeinschaftungsformen unter den neuen Bedingungen zutrifft. Dieser methodische Ansatz ist ohne eine analytische Erfassung des Begriffs der Hypokrisie nicht möglich. Der Begriff des Kommunitarismus, der für die postsozialistischen Formen der Vernetzung verwendet wird, weicht von

seinem Standardgebrauch ab. Der Begriff des Autoritarismus ersetzt den des Totalitarismus, der die Perspektive des Kalten Kriegs wiedergab; er eignet sich, um anhand des Verhältnisses von persönlichen und unpersönlichen Aspekten der Pflicht spezielle Typen von Autorität und Loyalität im Postsozialismus zu erfassen, die möglicherweise von denjenigen abweichen, die unter den vertikalisierten Hierarchien des Staatsautoritarismus entstanden sind. Unter schwachen Demokratien des Postsozialismus verstehe ich vor allem jene Staaten mit einer schwachen Exekutive, in denen eine Kluft zwischen dem Recht und seiner Durchsetzbarkeit Hypokrisie sowohl nährt als auch von ihr zehrt. Der Kritizismus kann von seiner negativen Form (der Entlarvung bestehender Mängel) nicht erfolgreich zu seiner positiven Form (politischer Wille, *self-improvement* nach Walzer) übergehen und sich gleichzeitig mit dem *blackmailing* pathologischer Strukturen bedienen, um einen Ausgleich der Kräfteverhältnisse zu erreichen. Ein wirklicher Kommunitarismusbegriff droht dadurch untergraben zu werden.

René Lenz

Bologna an die Wolga: deutsche Organisationen als Mittler zwischen der Russischen Föderation und dem Europäischen Hochschulraum

Die Russische Föderation beteiligt sich seit 2003 am Bologna-Prozess. Schon vorher begann ein Wandel des postsowjetischen Hochschulsystems. Die derzeit stattfindenden Reformen orientieren sich an einem global dominierenden Modell der Hochschulentwicklung.¹ Diese unabhängig voneinander verlaufenden Prozesse lassen sich mit dem neoinstitutionalistischen Ansatz der World Polity erklären, der vor allem mit den Arbeiten von John W. Meyer verbunden wird. Die Internationalisierung der Bildungssysteme erfolgt in den nationalen Gesellschaften, wobei die institutionellen Folgen der Internationalisierung und der Einführung von New Public Management-Instrumenten hier untersucht werden können.²

Die deutsch-russischen Beziehungen haben sich nach 1990 gerade im Hochschulbereich besonders gut entwickelt.

Heute sind sowohl Mittlerorganisationen der bundesdeutschen Außenkulturpolitik (AKP) als auch deutsche Hochschulen und ihre Kooperationen aktiv an einem grenzüberschreitenden Modelltransfer in der Russischen Föderation beteiligt. Aufgrund ihrer relativ frühen Präsenz haben die deutschen Organisationen im osteuropäischen Hochschulraum eine Position erlangt, die ihnen die Diffusion von Ideen und Modellen erleichtert. Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) hat dabei durch seine diversen Förderprogramme auf allen Ebenen eine Schlüsselrolle inne. Er verfügt über ein im ganzen Land aktives Netz von lokal und regional tätigen Lektoren. Für die lokale Ebene sind zugleich Hochschul- und Institutspartnerschaften mit ausländischen Partnern von ebenso großer Bedeutung. Hier spielen deutsche Hochschulen eine wichtige Rolle, wobei sie häufig mit Geldern des DAAD unterstützt werden. Hinzu kommt die Präsenz diverser privater Akteure, die in der Mehrzahl Stiftungen bzw. deren lokale Vertreter sind. Als Beispiel sei hier die Robert Bosch Stiftung mit ihrem Lektorenprogramm genannt.³

Diese Organisationen und die dahinterstehenden individuellen Akteure bauen kommunikative Brücken und schaffen »weiche« Anreizsysteme, die als essentiell für die Anbindung der russischen Hochschulen an den Europäischen Hochschulraum gelten können, da sie das intrinsische Interesse der jeweiligen Einrichtung an einer Westausrichtung verstärken. Die Kooperationen mit externen Akteuren stellen für die russischen Hochschulen, aber auch für die deutschen Organisationen »Links« in ein anderes akademisches Milieu dar. Sie sind Kommunikationsnetzwerke und über sie werden schließlich Regeln der Zusammenarbeit vereinbart. Lokale Netzwerke sind so verbunden mit regionalen und internationalen Kontakten und begründen zugleich ein länderübergreifendes Netzwerk.⁴

Die deutschen Organisationen arbeiten im nationalen Kontext des russischen Hochschulsystems. Gleichzeitig ist die jeweilige Kooperation als soziale Praxis vor Ort an die dort gegebenen Bedingungen geknüpft, die sowohl von hierarchischen und autoritären Strukturen als auch von Offenheit und Professionalisierung der Hochschulverwaltung geprägt sein können.

1 Mohrman, Kathryn/Wanhua Ma/David Baker: The Research University in Transition: The Emerging Global Model. In: Higher Education Policy (2008) 21, S. 5–27.

2 Meyer, John W. (2005): Weltkultur. Wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdringen. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag. S. 213.

3 Lenz, René (2007): Externe bildungspolitische Akteure in der Russischen Föderation. Das Beispiel der Robert Bosch Stiftung. In: Forschungsstelle Osteuropa, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, Europäische Akademie Berlin (Hg.): Regimewechsel und Gesellschaftswandel in Osteuropa. Beiträge für die 15. Tagung Junger Osteuropa-Experten vom 23.–25. November 2007. S. 119–123.

4 Vgl. Crane, Diana (1971): Transnational Networks in Basic Science. In: International Organizations, Sonderband »Transnational Relations and World Politics«, Vol. 25, No. 3, Sommer 1971. S. 585–601.

Deutsche Organisationen transportieren in der Zusammenarbeit implizit ihre Vorstellungen einer akademischen Kultur, wobei die deutschen Hochschulen die Zusammenarbeit mit russischen Hochschulen vor allem als einen Teil ihrer jeweiligen Internationalisierungsstrategie nutzen. Durch die Bereitstellung von kommunikativen Handlungsmöglichkeiten haben sie entscheidenden Anteil an der Herstellung eines transnationalen europäischen Hochschulraumes in diesem nicht zur EU gehörenden Teil Europas. Der Bologna-Prozess kann hierbei jedoch nur einen Referenzrahmen darstellen, der Instrumente und Modelle zur Orientierung bereitstellt.

Maria Lichtenegger

Stalin und der Große Vaterländische Krieg. Autoritarismus im russischen Kino seit 1991

Mit dem Zerfall der Sowjetunion fiel die staatliche Unterstützung und Kontrolle der Filmindustrie weg. Während die Zeit Jelzins von Chaos um die Finanzierung geprägt war, erholte sie sich unter Putin, stabilisierte sich und wuchs zum fünftgrößten Filmmarkt im Jahr 2007 (vgl. Beumers 2009; 217 ff).

Zur Zeit der Sowjetunion war das Kino dezidiert als »von allen Künsten die wichtigste« ausgewiesen und galt als Mittel ideologischer Einflussnahme (Vgl. Karl 2007; 7f). Auch heute sind Film und Fernsehen unbestritten die »wichtigsten Medien der gesellschaftlichen Kommunikation« (Hickethier 2007; 1). In seiner Funktion als »Projektionsfläche für Sehnsüchte, Ängste und Stimmungen, als Träger kollektiver Erinnerungen ...« (Karl 2007; 8) erzeugt der Film eine starke Suggestionskraft und die damit verbundenen »vermeintlich oder tatsächlich vorhandenen Einflussmöglichkeiten« (Hickethier 2007; 14) führten im Verlauf der Geschichte immer wieder zur rigorosen Kontrolle und Überwachung der Filmproduktion durch den Staat, zu ideologischer Kontrolle und Zensur.

Hier wird vom Begriff Manipulation zugunsten des Terminus »Intention« Abstand genommen, welche jedem Film zugrunde liegt (vgl. ebd.; 17). Auch im postsowjetischen Filmschaffen ist ein bestimmtes Geschichts- und Selbstbild der Russen feststellbar, das von den Rezipienten unhinterfragt als Tatsache hingenommen werden soll.

Hierfür werden russische Spielfilme aus den Jahren 1991 bis 2011 herangezogen, die das heikle Thema des Stalinismus der 1930er Jahre und des Großen Vaterländischen Krieges behandeln. Sie werden auf ihre ideologische Message und auf die Darstellung der geschichtlichen Ereignisse hin untersucht. Ihr Umfang beschränkt sich auf zwei Regisseure und ihre auch international beachteten Filme.

Untersucht werden zum einen der oscargekrönte Film »Utomlennye solncem« und dessen umstrittener Nachfolger »Utomlennye solncem 2: Predstojanie« von Nikita Michalkov, der seit den 1990er Jahren politisch aktiv ist und seine ideologischen Ansichten filmisch verarbeitet, zum Teil mit der Tendenz, die Sowjetvergangenheit nicht immer wahrheitsgetreu darzustellen (vgl. Beumers 2005; 100). Zum anderen wird der ebenfalls mehrfach ausgezeichnete Film »Pop« von Vladimir Chotinenko analysiert, der wegen seiner Finanzierung heftig kritisiert wurde.

Utomlennye solncem (Burnt by the sun) 1994

In diesem Film stellt Michalkov die Ideale der »Weißen«, verkörpert durch Mitja, denen der »Roten«, die Kotov repräsentiert, gegenüber, wobei beide Seiten letztendlich Opfer des Systems darstellen. Mitja ist sich seiner Rolle als Handlanger Stalins bewusst. Er erfüllt seinen Auftrag, den Rotarmisten Kotov zu verraten, teilweise aus Rache, teilweise aus Angst. Kotov rühmt sich der Freundschaft Stalins und ist bis zum Schluss davon überzeugt, dass dieser ihn retten wird.

Michalkov präsentiert Stalin in einer Art Vaterrolle, dessen Gunst willkürlich ist und der Kotov alles nimmt, was ihm lieb ist. Sein totalitäres Regime wird als unvermeidlich dargestellt, wobei weder Kotov noch Mitja für das Geschehene verantwortlich sind und beide auf ihre Weise in eine Opferrolle schlüpfen.

Utomlënnyye solncem II: Predstojanie (Burnt by the sun 2: Exodus) 2010

Die (im Abspann des Vorgängers) totesagten Helden werden wieder zum Leben erweckt. Kotov wurde in ein Straflager gebracht, aus dem er bei Kriegsbeginn fliehen kann, um an der Front gegen die Deutschen zu kämpfen. Nadja nimmt zur Tarnung Mitjas Namen an und dient als Krankenschwester der Roten Armee. Mitja wird von Stalin persönlich auf die Suche nach dem totgeglaubten Kotov geschickt.

Die Kritiken für *Utomlënnyye solncem II* fielen überwiegend negativ aus: Nach dem *Guardian* (27. April 2010: »Russlands teuerster Flop«) wirft *Dima Bykov* dem Film Maß- und Geschmacklosigkeit und fehlende Logik vor und merkt an, dass er ganz dem der Putin-Epoche entsprechenden Stil gerecht wird.

Pop (The Priest) 2009

Vladimir Chotinenkos Film *Pop* orientiert sich an Aleksandr Segens gleichnamigem Roman, den dieser im Auftrag der Pravoslavnaia Ėnciklopedija schrieb, und basiert auf den Memoiren Aleksandr Ionovs, eines Geistlichen der Pskovskaja pravoslavnaia missija.

Der Film zeigt das Leben Aleksandr Ionins, der an der Orthodoxen Mission zur Zeit des Großen Vaterländischen Krieges teilnimmt und in Zusammenarbeit mit den deutschen Besatzern die von den Sowjets zerstörten Kirchen wiederaufbaut. Der Film versucht, die von der sowjetischen Geschichtsschreibung als Verrat dargestellte Mission wieder ins rechte Licht zu rücken und präsentiert die orthodoxe Kirche als wahren Befreier des russischen Volkes, das unter den deutschen Besatzern wie unter der »gottlosen« Sowjetmacht leidet. Der Titelheld schlägt, anders als in der Vorlage, das Angebot des deutschen Offiziers zur Flucht nach Deutschland aus und sitzt geduldig seine Zeit im Lager ab.

Chotinenkos *Pop* wurde unter der Schirmherrschaft von Medvedev, Putin und dem 2008 verstorbenen Patriarchen von Moskau Aleksej II. produziert und von der OAO Gazprom und anderen Unternehmen mitfinanziert. Kritiker, etwa Anthony Anemone von der Universität Berkeley, bezeichnen den Film deshalb als Beweis für die machtvolle Position der Orthodoxen Kirche im heutigen Russland und für die stärker werdende Verbindung zwischen Kirche, Regierung und Wirtschaft (vgl. <http://www.kinokultura.com/2010/30r-pop-aa.shtml>).

Literatur

- Bagdasarjan, Vardan (2004): »Obraz vruga v istoričeskich kinolentach 1930–1940-ch gg.« In: Sekirinskij, S. S. (Hrsg.) (2004): *Istorija cetrany – istorija kino*. Moskva: Znak, 115–146.
- Beumers, Birgit (2005): *Nikita Mikhalkov: between nostalgia and nationalism*. London, New York: I. B. Tauris.
- Beumers, Birgit (2009): *A History of Russian Cinema*. Oxford, New York: Berg.
- Beumers, B. et al. (Hrsg.) (2009): *The Post-Soviet Russian Media. Conflicting signals*. London, New York: Routledge.
- Engel, Christine (Hrsg.) (1999): *Geschichte des sowjetischen und russischen Films*. Stuttgart, Weimar: Metzler.
- Hickethier, Knut (2007): *Film- und Fernsehanalyse*. Stuttgart, Weimar: Metzler.
- Karl, Lars (Hrsg.) (2007): *Leinwand zwischen Tauwetter und Frost. Der osteuropäische Spiel- und Dokumentarfilm im Kalten Krieg*. Berlin: Metropolis.

Webseiten

<http://www.kinokultura.com/index.html> letzter Zugriff: 14.8.2011

<http://www.kinokultura.com/2010/30r-bbts2.shtml> letzter Zugriff: 14.8.2011

<http://www.kinokultura.com/2010/30r-pop-aa.shtml> letzter Zugriff: 14.8.2011

<http://www.kinokultura.com/2010/30r-pop-sg.shtml> letzter Zugriff: 14.8.2011

<http://www.guardian.co.uk/world/2010/apr/27/nikita-mikhalkov-russia-war-film>

Diana Lindner

Kollektive Identität und Spracheinstellungen der Mischsprachensprecher in Belarus

Die Mischsprache ist Folge des weißrussischen und russischen Sprachkontakts und existiert bereits seit circa 50 Jahren in Belarus. Sie wird vorwiegend in privaten und informellen Interaktionen verwendet und ist vor allem in den Städten weit verbreitet (vgl. Hentschel/Tesch 2006, Kittel et al. 2010). Sowohl von russischsprachiger als auch von weißrussischsprachiger Seite wurde in der Vergangenheit immer wieder der Vorwurf laut, dass die Mischsprache eine Bedrohung für die Zukunft der beiden Sprachen darstelle und dass ihre Sprecher »kulturlos« seien. Dahinter steht die Vorstellung, dass die Mischsprachensprecher diese Sprache bewusst verwenden, um sich gegenüber den beiden Staatssprachen Weißrussisch und Russisch abzugrenzen. Diese Abgrenzung kann mit Pierre Bourdieu als ein symbolischer Akt verstanden werden, der eine Ablehnung der an die Sprachen gekoppelten kollektiven Identität darstellt (vgl. Bourdieu 2005).

Die historische Entwicklung Belarus' hat jedoch zu einer besonderen Gestalt der kollektiven Identität geführt. Anders als andere ehemalige Sowjetländer wie die Ukraine, Lettland oder Litauen hat Belarus bis heute die Loslösung von Russland nicht vollzogen. Unter Lukašenka ist bis 2003 noch eine starke Politik der Resowjetisierung betrieben worden (vgl. Šybeka 2008). Die Oppositionellen arbeiten demgegenüber an der Konstruktion einer nationalen Identität, die sich stärker an westlichen demokratischen Standards orientiert. Beide Identitätskonzepte sind symbolisch an die Verwendung des Russischen bzw. des Weißrussischen gekoppelt, so dass kollektive Identität und Spracheinstellungen miteinander verschmelzen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die Verwendung der Mischsprache mit einer kollektiven Identität einhergeht, die sich gegen die beiden Konkurrenzmodelle positioniert. In der Literatur finden sich Ansätze, die davon ausgehen, dass die Mischsprachensprecher in Folge des Identitätskampfes eine neutrale Haltung entwickelt haben, die nur aus der Abgrenzung gegenüber beiden besteht (vgl. Ioffe 2008: 90). Andere Ansätze beschreiben diese Haltung als einen Akt der Identitätskonstruktion, der aktuell noch keine festen Formen angenommen hat und deshalb als hybrid bezeichnet wird (vgl. Woolhiser 2001: 114).

Angesichts dieser theoretischen Überlegungen zur Erfassung der kollektiven Identität der Mischsprachensprecher erfolgte in dem soziologischen Teilprojekt des von der VW-Stiftung geförderten Drittelprojektes »Die Trasjanka in Weißrussland – eine »Mischvarietät« als Produkt des weißrussisch-russischen Sprachkontakts. Sprachliche Strukturierung, soziologische Identifikationsmechanismen und Sprachökonomie« eine empirische Untersuchung, die in Form von leitfadengestützten Interviews dem Zusammenhang zwischen der kollektiven Identität und den Spracheinstellungen der Mischsprachensprecher zum Russischen, dem Weißrussischen und der Mischsprache nachgeht. Operationalisiert wird kollektive Identität über den Grad der nationalen und der kulturellen Identifikation. Die Auswertung der Daten erfolgte mit dem Ansatz der empirisch begründeten Typenbildung (vgl. Kelle/Kluge 2010).

Literatur

- Bourdieu, Pierre (2005): Was heißt sprechen? Zur Ökonomie des sprachlichen Tauschs. Wien, 1. Aufl. 1990
- Hentschel, Gerd; Tesch, Sviatlana (2006): »Trasjanka«: Eine Fallstudie zur Sprachmischung in Weißrussland. In: D. Stern; C. Voss (Hrsg.): *Marginal linguistic Identities. Studies in Slavic Contact and Borderland Varieties*. Wiesbaden: Harrasovitz Verlag; S. 213–243

- Ioffe, Grigory (2008): Understanding Belarus and how the western foreign policy misses the mark. Lanham: Rowman & Littlefield Publishers
- Kelle, Udo; Kluge, Susann (2010): Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung. Wiesbaden: VS Verlag
- Kittel, Bernhard; Lindner, Diana; Hentschel, Gerd; Tesch, Sviatlana (2010): Mixed Language Usage in Belarus. The Sociostructural Background of Language Choice. In: International Journal of the Sociology of Language, Berlin, New York: De Gruyter Mouton, Volume 6, S. 47–71
- Šybeka, Sachar (2008): Aktuelle Geschichtspolitik in Belarus (1994–2004). In: Zdzisław Krasnodębski; Stefan Garsztecki und Rüdiger Ritter (Hrsg.): Last der Geschichte? Kollektive Identität und Geschichte in Ostmitteleuropa. Belarus, Polen, Litauen und Ukraine. Verlag Dr. Kovac: Hamburg, S. 381–394
- Woolhiser, Curt (2001): Language ideology and language conflict in post-soviet Belarus. In: Language ethnicity and the state: Minority languages in eastern Europe post-1989, S. 91–122. New York: Palgrave Publishers Ltd.

Julia Lis

Antiwestliche Stereotype in der Orthodoxie im Balkan

Im Falle einer vergleichenden Untersuchung zu Bulgarien, Griechenland und Serbien fällt es schwer, von einem gemeinsamen postautoritären Kontext zu sprechen, wenn auch alle Länder Erfahrungen mit autoritären Systemen gemacht haben. Eine Gemeinsamkeit, die sich allerdings feststellen lässt, ist die Bedeutung der Orthodoxie für Prozesse der Identitätsbildung. Da zur Identitätsbildung auch immer die Abgrenzung vom Anderen gehört, soll hier versucht werden aufzuzeigen, wie Identitätsbildung in Abgrenzung vom Westen in den unterschiedlichen Kontexten in der Orthodoxen Kirche in allen drei Ländern vor sich geht.

Dass Erfahrungen mit autoritären Systemen für diese Prozesse der Identitätsbildung nicht unbedeutend sind, lässt sich zeigen, wenn man die Kontexte näher betrachtet, in denen die Diskurse um die eigene Identität und um die Abgrenzung vom Westen besonders virulent werden. So gibt es in Bulgarien nach dem Ende des kommunistischen Systems seit den 1990er Jahren Versuche, die Orthodoxie als Quelle spiritueller wie nationaler Integration zu nutzen.¹

In Serbien begann in den späten 1980er Jahren das Erstarken des serbischen Nationalismus in Abgrenzung zum vorher dominanten Jugoslawismus und parallel auch zu einer Strömung in der serbischen Kirche, die Orthodoxie und Serbentum eng miteinander verbunden sah und sich stark an den Schriften dezidiert antiwestlicher Autoren vom Beginn des 20. Jahrhunderts, wie Justin Popović oder Nikolaj Velimirović, orientierte.² In Griechenland war es die Bewegung der Neoorthodoxie, die in den 1980er Jahren nach der Zeit der Vereinnahmung des Christentums durch die Militärdiktatur nach einer Neubestimmung der Rolle der Orthodoxie für die griechische Identität suchte und zugleich eine Befreiung der Orthodoxie von der Verwestlichung forderte.³

Der Balkan als Brücke zwischen Ost und West?

Aus der westeuropäischen Außenperspektive wurde dem Balkan oft die Rolle einer Brücke zwischen Ost und West zugeschrieben.⁴ So bekommt der Balkan für Westeuropa den Status eines »Dazwischen« zwischen dem Eigenen und dem als ganz Anderem konstruierten Orient.⁵ Mit diesem Status geht allerdings eine Abwertung einher, die den Balkan im Vergleich zu Westeuropa als »weniger zivilisiert, weniger entwickelt, weniger fortschrittlich« charakterisiert. Auch aus der Eigenperspektive des Balkans wird jedoch das Bild von der Brücke verwendet, allerdings mit einer anderen Zielrichtung: Hier wird der Balkan, meist aber vor allem das eigene Land, in seiner besonderen Rolle hervorgehoben, die es für Europa spielt: als Erbe und Vermittler einer langen europäischen Tradition, als Retter Europas in der Zeit des Osmanischen Reiches oder auch als Bewahrer religiöser und kultureller Werte, die der Rest Europas verloren habe.

- 1 Vgl. Todorova, Nonka Bogomilova: Bulgarische Orthodoxie nach der »Wende«. Probleme des sozialen und religiösen Wandels, in: G2W 30, Nr. 2 (2002), S. 20f.
- 2 Vgl. Byford, Jovan: (2004). From "Traitor" to "Saint": Bishop Nikolaj Velimirović in Serbian Public Memory, in: Analysis of Current Trends in Antisemitism 22, 2004, S. 17.
- 3 Vgl. Makrides, Vasilios N.: Neoorthodoxie – eine religiöse Intellektuellenströmung im heutigen Griechenland, in: Antes, Peter/Pahnke, Donat: Die Religion von Oberschichten. Religion – Profession – Intellektualismus, Marburg 1989, S. 283.
- 4 Vgl. Todorova, Maria: Die Erfindung des Balkans. Europas bequemes Vorurteil, Darmstadt 1999, S. 34.
- 5 Vgl. Todorova, Maria: Die Erfindung des Balkans. Europas bequemes Vorurteil, Darmstadt 1999, S. 76.

Identitätsbildung im Spannungsfeld von Religion und Nation

All diese Funktionen verweisen bereits auf eine enge Verbindung von kulturellen, nationalen und religiösen Aspekten. Dies schlägt sich auch darin nieder, dass auf die byzantinische Zeit oder auf das Mittelalter rekurriert wird, um diese Zeiten als Modell für eine verloren gegangene harmonische und ganzheitliche Existenz von Staat und Kirche herauszustellen. Orthodoxie wird dann nicht allein als Religion, sondern als umfassendes Gesellschaftsmodell verstanden, das einem westlichen Modell entgegengesetzt wird. Auch der Westen wird so charakterisiert, dass immer wieder die Einheit von religiösen und politischen sowie kulturellen Entwicklungen betont wird: Dass der Westen theologisch von der Orthodoxie abgewichen ist, hatte schwerwiegende Folgen für seine gesamte weitere Entwicklung, so die Argumentation.

Der Westen als Bedrohung der eigenen Identität?

Wenn der Westen als bedrohlich für die eigene religiöse und kulturelle Identität empfunden wird, so geschieht das in dem Bewusstsein, dass die eigene Gesellschaft und auch die eigene Kirche ebenfalls von dem durchdrungen sind, was als westlich angesehen wird. Im Kontext von Theologie und Kirche zeigt sich das etwa in der Kritik an der Pseudomorphose der Orthodoxie, die erstmalig von dem russischen Theologen Florovsky vorgetragen wurde⁶ und, gerade auch in Griechenland, breit rezipiert wird. Zugleich äußert sich die Ablehnung einer Verwestlichung oft in einer starken Kulturkritik, in der der Westen als dekadent, vom Christentum abgefallen, allein dem Materiellen hingegeben, arrogant und verlogen, ja sogar als totalitär bezeichnet wird. Auch in gesellschaftspolitischen Debatten findet die empfundene Bedrohung der eigenen Identität durch den Westen ihren Ausdruck, wie sich etwa an den Diskussionen um das Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs im Zusammenhang mit dem Kirchensisma in Bulgarien oder am Streit um die Entfernung der Religionszugehörigkeit aus den Personalausweisen in Griechenland beispielhaft zeigen lässt.

6 Florovsky, Gregorji: Westliche Einflüsse in der russischen Theologie, In: Alivisatos, Hamilcar S. (Hg.): *Procès-Verbaux du Premier Congrès de Théologie Orthodoxe à Athènes*, Athènes 1939, S. 212–231.

Michael Mayer und Yury Ovseenko

Die Rückkehr des Autoritarismus in Russland aus Sicht der Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsprävention

Dieser Beitrag setzt sich im Rahmen dieser Konferenz mit der Thematik aus Sicht der Rechtsstaatlichkeit und der Korruptionsprävention auseinander. Ziel ist aufzuzeigen, dass die Abkehr von Demokratie hin zum Autoritarismus auf Korruption basiert und zwangsläufig das wichtigste Mittel zur Bekämpfung von Korruption durch Unternehmen ins Blicklicht zu rücken: Compliance. Dieser Beitrag stellt die These auf, dass eine Pflicht zur Compliance in Unternehmen in Russland geeignet und aus Sicht der Rechtsstaatlichkeit erforderlich ist, um die Rückkehr des Autoritarismus in Russland zu verhindern.

Korruption ist der Nährboden für Autoritarismus

Die Ziele einer korrupten Politik wandeln sich von dem Bestreben nach Entwicklung und allgemeinem Wohlstand hin zur Machtstabilisierung von oligarchischen Beziehungsnetzwerken.

Bei solchen vertraut die Bevölkerung mehr einzelnen Charakteren als einem demokratischen System, was wiederum den Autoritarismus stärkt.

Der politische Wettbewerb wird durch den Vertrauensverlust geschwächt. Die Bevölkerung sieht keinen Wert mehr in der Demokratie, die Grundinstitutionen einer pluralistischen Gesellschaft drohen aufgegeben oder ausgehöhlt zu werden.

Die erfolgreiche Bekämpfung von Korruption verhindert somit einen schleichenden Staatsformwechsel hin zum Autoritarismus

Nach einer Änderung des Strafgesetzbuches im Mai dieses Jahres erfüllt die russische Föderation jegliche internationale Standards wie jene der OECD oder der UN.

Dass die Korruption, obwohl deren Bekämpfung als eine der wichtigsten Aufgaben von Präsident Medwedew ausserkoren wurde, nicht durch harte Gesetze allein bekämpft werden kann, ist offensichtlich, vor allem wenn man bedenkt, dass Korruption in Russland in allen Gesellschaftsteilen Wurzeln geschlagen hat. Die Modernisierung in Russland kann nur Erfolg haben, wenn es eine gesellschaftliche Reformierung gibt und in diesem Zusammenhang auch Unternehmen und Wirtschaftswelt moderne Mittel einsetzen.

Compliance ist das wirksamste Mittel, um aus den Unternehmen heraus begangene Straftaten präventiv zu verhindern und somit die beste Maßnahme für private Unternehmen im Kampf gegen Korruption

Compliance ist die Gesamtheit aller Maßnahmen, die das regelkonforme Verhalten eines Unternehmens, seiner Leitungsorgane, seiner Führungskräfte und Mitarbeiter im Hinblick auf alle gesetzlichen Ge- und Verbote begründen, um dadurch Haftungsansprüche und Rechtsnachteile für das Unternehmen zu vermeiden. Insbesondere bedeutet das die Implementierung von speziellen Compliance-Strukturen in Unternehmen und die Schaffung eines eigenen Verantwortungsbereiches. Ihn organisiert ein Compliance Officer, der unabhängig von bestehenden Hierarchien unternehmensweite Verantwortung trägt.

Compliance als Mittel zur präventiven und langfristigen Korruptionsbekämpfung

Korruptionsbekämpfung kann restriktiv durch staatliche Rechtsnormen und Sanktionen erfolgen. Für Unternehmen sind vom Gesetzgeber zivil- und öffentlich-rechtliche Regulierungen vorgesehen, korrupte Unternehmen sind durch Bußgeld, Schadenersatzpflicht, Gewinnabschöpfung sowie den Ausschluss von öffentlichen Aufträgen bedroht.

Gerade in autoritären Staaten gestaltet sich der Kampf gegen die Korruption als schwierig, weil solche Systeme mit einem immanenten Mangel an Legitimität und Massenloyalität zu kämpfen haben und damit nur repressiv von außen eingreifen können.

Eine Förderung des Aufbaus von Compliance-Strukturen oder deren gesetzliche Anordnung bietet dem Staat Chancen im Kampf gegen Korruption. Die Unternehmen agieren nicht mehr länger gegen den Staat, sondern haben ein Interesse an Kooperation.

In der Folge ist eine Pflicht zur Implementierung von Compliance sowie eines Rahmens für die Umsetzung in Russland ein geeignetes Mittel, um die Korruption einzudämmen. Eine fehlende Implementierung kann beispielsweise dazu führen, dass Unternehmen nicht an Ausschreibungen teilnehmen dürfen oder Lizenzen für gewisse Tätigkeiten nicht erhalten.

Der Dreistufenplan ist dementsprechend:

- Pflicht zur Einführung von *Compliance*, führt zu
- weniger *Korruption*, führt zu
- *Antiautoritarismus*.

Der Beitrag hat insbesondere Compliance-Richtlinien in verschiedenen internationalen Unternehmen in Russland anhand der internationalen Korruptionsgesetzgebung geprüft. Die Geschichte von Korruption aus Sicht der Wirtschaft sowie die Untersuchung des bekanntesten Korruptionsfalles der Rechtsgeschichte finden ebenfalls Berücksichtigung.

Die Ergebnisse zeigen, dass der in dem Beitrag dargestellte Dreistufenplan geeignet ist, die Rückkehr des Autoritarismus mitzuverhindern.

Inna Melnykovska

Explaining the Dynamics of Post-Soviet Hybrid Regimes from the Perspective of Political Economy: Business Clans and Institutional Change in Ukraine and Russia

The Puzzle

Besides democracies and autocracies, so called hybrid regimes, which combine democratic rules with authoritarian governance, belong to the tentative outcomes of the post-Soviet transformation. These hybrid regimes continue to undergo transformation and are instable. More specifically, two contrasting dynamics can be observed: on the one hand, that some of the post-Soviet states have changed during the course of the colour revolutions into hybrid regimes situated closer to democracy,¹ and, on the other hand, that other post-Soviet states have developed into hybrid regimes closer to autocracy.²

Analytical Pillars

Research Question

Why have some of the post-Soviet states changed in a revolutionary way into hybrid regimes closer to democracy and others in a more evolutionary way into hybrid regimes closer to autocracy?

Theoretical Background and Hypotheses

Drawing on previous research, which has revealed that economic structure and business interests have had a particularly strong impact on regime changes (Radnitz 2010), this paper seeks to examine the following causal mechanisms further:³

1. The re-orientation—following international pressure demanding good corporate governance and full accountability and transparency—of business clans from a focus on capital accumulation to a focus on capital security.
To this end, the paper assumes that international pressure and the resultant change in domestic business preferences depended on
 - a. The ceiling that existed for capital accumulation and the availability of rents; and
 - b. The degree to which business clans were integrated into the global markets.
2. The strategies business clans pursued to implement their business preferences in politics and see the type of hybrid regime installed that would best serve their preferences.

1 The term ‘colour revolutions’ describes the discontinuous regime change towards democracy despite the fact that the colour revolutions erupted out of different structural contexts, followed different models of electoral breakthrough, and produced different transformative outcomes (Bunce and Wolchik 2010).

2 The incumbents in the post-Soviet countries today closer to autocracy could either withstand the challenge of a colour revolution or were simply re-elected as president. Though not revolutionary, institutional change also took place in these countries: in general, respective presidents consolidated state power and their hybrid regimes moved closer towards autocracy. To describe these hybrid regimes, new terms were coined, such as ‘competitive authoritarianism’ (Levitsky and Way 2002) and ‘electoral authoritarianism’ (Schedler 2006).

3 The hypotheses presented here draw on theoretical approaches: historical neo-institutionalism (e.g. North 1990) and rent-seeking theories (Olson 2000).

To this end, the paper assumes that the choice of a strategy was determined by cost-benefit calculations, which depended on the following path-dependent factors:

- a. The characteristics of respective business clans;
- b. Their channels into politics; and
- c. The predicted costs/risks of defection.

Case Studies:

Revolutionary Change in Ukraine and Evolutionary Change in Russia

This paper compares and contrasts revolutionary Ukraine with evolutionary Russia. Until the late 1990s, the two countries followed a similar transitional trajectory. Both were states with strong presidential power, but weak parliamentary oversight, where business clans had captured state authority and where civil society was by and large absent. The economies of the two countries suffered from inefficient over-industrialization, energy intensive production and serious market distortions. In response, they both implemented economic reforms, resulting in similar outcomes. However, since the late 1990s, when business clans came to focus on capital security rather than just capital accumulation, the business clans started to pursue different political interests in the two countries. In Russia, the business clans chose to co-operate with the political regime and supported Putin's reforms to strengthen 'power vertically'. As a result, Russia's hybrid regime moved closer to autocracy. In Ukraine, by contrast, the business clans opted to challenge the political regime. They decisively contributed to the Orange Revolution of 2004, which led Ukraine's hybrid regime to move closer to democracy—at least electoral democracy.

References

- Bunce, V. J. & Wolchik, S. L. (2010): 'Defeating Dictators. Electoral Change and Stability in Competitive Authoritarian Regimes', *World Politics*, 62, 1, 43–86.
- Levitsky, S. & Way, L. A. (2002): 'The Rise of Competitive Authoritarianism', *Journal of Democracy*, 13, 2, 51–65.
- North, D. C. (1990): *Institutions, Institutional Change and Economic Performance* (Cambridge: Cambridge University Press).
- Olson, M. (2000): *Power and Prosperity: Outgrowing Communist and Capitalist Dictatorship* (New York: Basic Books).
- Radnitz, S. (2010): 'The Color of Money: Privatization, Economic Dispersion, and the Post-Soviet "Revolutions"', *Comparative Politics*, 42, 2, 127–146.
- Schedler, A. (2006): *Electoral Authoritarianism: The Dynamics of Unfree Competition* (Boulder, Lynne Rienner Publishers).

Elisabeth Militz

Zivilgesellschaftliche Freiräume in Umwelt-NGOs in Aserbaidshan. Eine Netzwerkanalyse

Experten und Autoren (vgl. Abbasov 2008 und 2010; Brach von Gumpenberg 2009; Freedom House 2009; Grono 2010) sind sich einig, dass sich Demokratisierungsbestrebungen in Aserbaidshan seit einigen Jahren eher im Abwärts- als im Aufwärtstrend befinden. Vor allem zivilgesellschaftliche Initiativen wie NGOs sehen sich mit repressiven Maßnahmen und staatlichen Kontrollmechanismen konfrontiert. Hinzu kommt, dass internationale Geldgeberorganisationen in Aserbaidshan eher in verhaltenem Ausmaß Fördertöpfe bereitstellen (vgl. Zinnes/Bell 2003) und die Gesellschaft hinsichtlich zivilen und freiwilligen Engagements als zunehmend »passiv und apathisch« (vgl. Freedom House 2009) charakterisiert wird. Internationale und nationale Organisationen werfen NGOs in Aserbaidshan darüber hinaus eine Reihe von internen Unzulänglichkeiten vor, etwa mangelnde Qualifikationen, steile interne Hierarchien und eine unzureichende Ressourcenverfügbarkeit vieler NGOs. Nichtsdestotrotz gibt es im Umweltbereich rund 60 aktive NGOs in Aserbaidshan, die sich auf unterschiedliche Art und Weise ihre eigenen Handlungsspielräume und Überlebensstrategien vor diesen Hintergründen geschaffen haben.

Im Zentrum des Vortrags steht die Frage nach der Entstehung und Ausgestaltung dieser Handlungsspielräume und wie in diesem Zusammenhang »Räume zivilgesellschaftlicher Freiheit« in Aserbaidshan entstanden sind bzw. entstehen. Konzeptionelle Grundlage für die Analyse bilden Giddens (1984) Strukturationstheorie und Werlens (1993) handlungsorientierte Sozialgeographie. Das vordergründige Interesse liegt auf der Analyse von Handeln in gesellschaftlichen Netzwerken und Strukturen. Die Arbeit liefert dadurch auch einen Beitrag zur Erweiterung der handlungsorientierten Forschung. Für die Analyse von »Räumen zivilgesellschaftlicher Freiheit« sind im Rahmen eines Forschungsaufenthaltes im Winter 2009/2010 zahlreiche Experteninterviews und eine qualitative Netzwerkanalyse mit Umwelt-NGOs in Aserbaidshan durchgeführt worden.

Die erhobenen Netzwerke bzw. Beziehungsgeflechte und Akteursverbindungen der NGOs zeigen, dass sich vier idealtypische Modelle von NGO-Netzwerken ableiten lassen. Sie unterscheiden sich sowohl bezüglich der involvierten Akteursgruppen aus der internationalen und nationalen Gemeinschaft, dem Staat und der Privatwirtschaft in Aserbaidshan als auch hinsichtlich der Verbindungen zwischen den einzelnen NGOs und den entsprechenden staatlichen und privatwirtschaftlichen Akteursgruppen. Im Ergebnis zeigen die vier Netzwerktypen, dass Umwelt-NGOs in Aserbaidshan unterschiedliche Strategien verfolgen, um ihre Ziele zu erreichen. Hierbei spielen unter anderem der Grad der Vernetzung mit anderen Organisationen und öffentlichen Einrichtungen auf der lokalen Ebene eine Rolle. Zentral ist für viele NGOs auch das Verhältnis zu Regierungsinstitutionen und die Kooperationsfähigkeit und -bereitschaft mit staatlichen Einrichtungen. Nicht zuletzt sind auch die Beziehungs- und Abhängigkeitsstrukturen zu Geberinstitutionen vielseitig, das heißt vor allem das Ausmaß, in dem auf mehrere Geberquellen von staatlicher und privatwirtschaftlicher Seite auf nationaler und internationaler Ebene zurückgegriffen wird.

In einem handlungsorientierten Verständnis, wobei die sozialen Beziehungen zwischen den Akteuren den sozialen »Raum zivilgesellschaftlicher Freiheit« aufspannen, manifestieren sich in den Netzwerken die Handlungsstrategien der Umweltorganisationen. In diesem Zusammenhang wird gleichzeitig deutlich, wie durch das Beziehungsgeflecht in den Netzwerken zivilgesellschaftliche Freiräume entstehen. Es gibt demnach keinen notwendigen Zusammenhang zwischen politisch und gesellschaftlich initiiertem Restriktion und der Handlungsfähigkeit von Umwelt-NGOs. Trotz der Präsidialdiktatur unter Ilham Aliyev schaffen sich die NGOs die Freiheit, ein vielseitiges, produktives und informatives Beziehungsgeflecht

auf internationaler und nationaler Ebene aufzubauen und finanzielle Mittel nicht nur aus staatlich kontrollierten (leeren) Töpfen zu erhalten. In Aserbaidshan konstituieren damit Umwelt-NGOs »Räume zivilgesellschaftlicher Freiheit«.

Literatur

- Abbasov, S. (2008): Presidential Elections and the Democratization Process in Azerbaijan. In: Fokus Südkaukasus 1/08, Tbilisi, Bonn, Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Südkaukasus, 1–5. Online unter <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/georgien/05810.pdf> (aufgerufen am 21.05.2010).
- Abbasov, S. (2010): Civil Society in Azerbaijan: Under Fire but Still Resisting. In: Caucasus Analytical Digest 12/10, 13–15. Online unter <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/details.cfm?lng=en&id=111716> (aufgerufen am 21.08.2011).
- Brach von Gumpenberg, M. (2009): Der Kaukasus: Symptome einer Krisenregion. In: WeltTrends: Zeitschrift für internationale Politik, 64 (2009), 29–40.
- Freedom House (2009): Azerbaijan. In: Freedom House (Hg.): Nations in Transit 2009. Washington: Freedom House, 83–98. Online unter <http://www.freedomhouse.hu/images/nit2009/azerbaijan.pdf> (aufgerufen am 10.07.2010).
- Grono, M. F. (2010): Azerbaijan. In: Freedom House (Hg.): Nations in Transit 2010. Washington: Freedom House, 81–99. Online unter <http://www.freedomhouse.eu/images/nit2010/NIT-2010Azerbaijan-proof-II.pdf> (aufgerufen am 11.07.2010).
- Giddens, A. (1984): The Constitution of Society: Outline of the Theory of Structuration. Cambridge: Polity Press.
- Werlen, B. (1993): Society, Action and Space: An alternative Human Geography. London, New York: Routledge.
- Zinnes, C./Bell, S. (2003): NGO growth in transition economies: a cause or effect of legal reform and donor aid? In: Journal of Human Rights 2 (3), 379–392.

Birgitte Beck Pristed

Neue Russische Buchkultur – Die Rückkehr der Sammelwerke und des monumentalen Buchdesigns

Wie wird die Autorität der nationalen literarischen Klassiker und des Autorenbildes in zeitgenössischen russischen Buchumschlägen dargestellt und wiederhergestellt? Was ist mit der materiellen Form, dem Layout und dem ideologischen Verständnis der russischen Klassiker in der Transition von der sowjetischen Buchkultur zu einer postsozialistischen kommerziellen Kulturindustrie geschehen?

Inspiziert von Word-und-Image-Studien von Mitchell¹ und von buchwissenschaftlichen Zugängen zur Soziologie und Materialität des Texts wie beispielsweise von McKenzie oder McGann,² wird der Wandel von Hierarchien im Verhältnis von Bild, Text und Material in postsowjetischen russischen Buchumschlägen analysiert. Dabei wird gefragt, in welcher Weise der Buchumschlag die gewandelte Wahrnehmung der literarischen Klassiker auf dem russischen Buchmarkt beeinflusst und widerspiegelt.

Die Editions politik der Staatsverlage in Bezug auf Literatur war in der textorientierten sowjetischen Buchkultur stark auf Massenaufgaben alter und neuer kanonisierter Klassikerreihen ausgerichtet. Der literarische Text wurde als symbolisches Kunstwerk rezipiert, die Hauptfunktion der standardisierten einfarbigen und festen Einbände war der Schutz der autorisierten Texte. Als Gegenmodell zu der sogenannten westlichen »Paperback Revolution« (1935–1965),³ die Literatur zu billiger Verbrauchsware umwandelte und damit demokratisierte, wird im Vortrag argumentiert, dass die sowjetische Buchkultur der Nachkriegszeit ihren materiellen Ausdruck in einer »Hardcover Evolution« fand, die das Buch zwar in ein serielles Massenprodukt verwandelte, dabei jedoch Solidität und Status der literarischen Klassiker hervorhob und bewahrte.

Mit der postsozialistischen Privatisierung des Verlagswesens und dem Einzug von übersetzter westlicher Populärliteratur wurden starke visuelle Ausdrucksformen ein wichtiges strategisches Mittel auf dem neuen russischen Buchmarkt, um das Buch als Ware zu präsentieren und zu verkaufen. Buchdesigner, Verleger und Buchwissenschaftler nahmen diese Entwicklung als Ausverkauf und Verfall der Buchkultur wahr.

Innerhalb des letzten Jahrzehnts zeigt sich neben einer zunehmenden Monopolisierung des russischen Verlagswesens auch eine deutliche Tendenz zur Wiederherstellung des verlorenen Prestiges des Buchs, etwa durch eine Wiederbelebung der autorisierten sowjetischen Buchreihen und die Rückkehr des monumentalen Buchdesigns.

Im Vortrag soll anhand der Analyse einer Auswahl von Buchumschlägen von Anton Čechovs (1860–1904) klassischer Kurzgeschichte »Dama s sobakoj« (1899) (Die Dame mit dem Hündchen) die post-sowjetische russische De- und Rekonstruktion von literarischer Autorität diskutiert werden, wie sie in der visuellen und materiellen Einrahmung des Texts zum Ausdruck kommt. Die postsozialistische Umgestaltung des Autorenimages, die am Unterschied der Jubiläumsausgaben zum 125. und zum

1 Mitchell, William J. Thomas: *Iconology. Image, text, ideology* 1986; Ders.: *Picture Theory. Essays on verbal and visual representation* 1994; Ders.: "There are no visual Media". In: *Journal of Visual Culture* 4.2 (August 2005). S. 257–266.

2 McKenzie, Donald F.: "The book as an expressive form". In: Ders.: *Bibliography and the sociology of texts* 1986; McGann, Jerome J.: *The Textual Condition* 1991.

3 McCleery, Alistair: "The Paperback Evolution—Taunitz, Albatross and Penguin". In: *Judging a book by its cover. Fans, publishers, designers, and the marketing of fiction*. Ed. by Nicole Matthews and Nickianne Moody. Hampshire 2007. S. 3–17; Schmoller, Hans: "The Paperback Revolution". In: *Essays in the history of publishing*. Ed. by Asa Briggs 1974. S. 283–318.

150. Geburtstag von Čechov (1985 und 2010) beobachtet werden kann, und die Wandlung des Bilds der Čechovschen Heldin fordern traditionelle Dichotomien zwischen populärer und Klassikerliteratur und Dichotomien bezüglich der Hierarchie von Wort und Bild heraus. Im Spannungsfeld zwischen Kanonisierung und Trivialisierung, Remonumentalisierung und Sentimentalisierung entstehen Mischformen von Hoch- und Massenkultur, die zu einer Travestie des Klassikers führen.

Hannes Püschel

Versammlungsrecht und Versammlungsfreiheit in Georgien: die kodifizierte Angst vor der (Konter-)Revolution?

Die Versammlungsfreiheit, d. h. das Recht, sich friedlich zu versammeln, ist eines der Kerngrundrechte demokratischer Verfassungen. Seine herausragende rechtspolitische Bedeutung gewinnt es aus dem Fakt, dass – wie aktuell z. B. in Nordafrika zu beobachten – Versammlungen »die Brut- und Geburtsstätten von Revolutionen« sind.¹ Die Versammlungsfreiheit hingegen stellt tatsächlich »the constitutional substitute for revolution« (A. Lincoln) dar, ihre Kodifizierung und Verrechtlichung in Form von Versammlungsgesetzen und rechtsetzenden Gerichtsentscheidungen (z. B. von Verfassungsgerichten, des EGMR o. ä.) dient sowohl der Einhegung des (tatsächlichen oder angenommenen) revolutionären Potentials sich versammelnder Massen durch deren Disziplinierung als auch der Integration (im weitesten Sinne) oppositioneller Milieus, Schichten, Bewegungen etc. in die jeweilige Rechtsordnung und den gesamtgesellschaftlichen politischen Diskurs. Damit sind auch die zwei Aspekte benannt, deren Gewichtung und Verhältnis zueinander den Regelungsgehalt des Versammlungsrechts einer bestimmten Rechtsordnung determinieren. Die konkrete Ausgestaltung der Versammlungsfreiheit durch das einfachgesetzliche Versammlungsrecht und die an der Rechtsrealität zu messende Verwirklichung dieser geben so Auskunft über die demokratische Verfasstheit eines Staatswesens und können als Maßstab für die Möglichkeiten und Grenzen der öffentlichen und transparenten Austragung gesellschaftlicher Konflikte herangezogen werden.

Das georgische Versammlungsrecht ist durch extrem kleinteilige und restriktive Regelungen geprägt. Nach den Protestdemonstrationen und Straßenbesetzungen in Folge des Augustkrieges 2008 ist das Versammlungsrecht 2009 massiv verschärft worden. Ebenso wurden nach den Demonstrationen im Mai 2011 erneut Schritte zur engeren Reglementierung der Versammlungsfreiheit unternommen. Gleichzeitig unterliegt das georgische Versammlungsrecht intensiven Versuchen internationaler Einflussnahme mit dem Ziel der Etablierung und Durchsetzung europäischer Grundrechtsstandards. Tatsächlich findet die Auseinandersetzung darum, wie liberal oder repressiv das georgische Versammlungsrecht ausgestaltet wird, v. a. zwischen der an der Unterbindung eines möglichen Umsturzes interessierten Regierung und internationalen Institutionen und deren georgischen Partnern, die »europäische Standards« zu implementieren suchen, statt. Umstritten sind dabei insbesondere die extensiven Bannmeilenvorschriften des georgischen Versammlungsrechtes, bei denen es sich um ein klassisches notständiges Rechtsinstrument handelt.²

Die Rechtsrealität des Versammlungsrechtes ist vor allem durch das (oft mit Bezug auf den Präsidenten personalisierte) System der Herrschaft des United National Movement geprägt. Die sich selbst auf einen revolutionären Ursprung, die Rosenrevolution, berufende Regierung unter Präsident Mikhail Saakashvili, wohl das einzige Erfolgsmodell der aus den »colourful revolutions« im post-sozialistischen Raum hervorgegangenen Regierungen, spricht einerseits Protesten gegen ihren autoritären Modernisierungskurs und ihre militante Westbindung jegliche Legitimität und Notwendigkeit ab. Andererseits versucht sie, mit verschiedenen gesetzlichen und außergesetzlichen Maßnahmen jede – in der Realität von der Opposition auch tatsächlich versuchte – »revolutionäre« Ablösung ihrer selbst zu unterbinden. Dabei fällt auf, dass seitens der Regierung versucht wird, die Gesetzgebung der politischen und juristischen Realität anzupassen, d. h. die gegen Versammlungen ausgeübte exekutive Gewalt rechtlich zu legitimieren. Damit unterscheidet sich Georgien von Staaten, in denen bei zwar

1 Ridder, Helmut u. a., Versammlungsrecht – Kommentar, Baden-Baden 1992, S. 72.

2 Breitbach, Michael, Die Bannmeile als Ort von Versammlungen. Gesetzgebungsgeschichte, verfassungsrechtliche Voraussetzungen und ihre verfahrens- und materiellrechtlichen Folgen, Baden-Baden 1994, S. 58ff.

formal garantierter Versammlungsfreiheit tatsächlich oppositionelle Versammlungen durch rechtlich nicht legitimierte exekutive Gewalt unterbunden werden. Dies scheint die Verlautbarungen der Regierung, die als Entwicklungsziel Georgiens einen autoritären Rechtsstaat (»das neue Singapur«) propagiert, zu bestätigen.

Für große Teile der Opposition wiederum hat die Eroberung der politischen Macht Vorrang vor der Thematisierung oder Überwindung sozialer Missstände. Folgerichtig setzen sie zwar auf Demonstrationen als Mittel des Machtwechsels, kämpfen aber nicht für ein liberales Versammlungsrecht als Grundlage legaler und ungehinderter oppositioneller Betätigung. Die sich für ein an europäischen Grundrechtsstandards angelehntes Versammlungsrecht einsetzenden NGOs wiederum verstehen sich meist nicht als Vertretung gesellschaftlicher Partikularinteressen. Die Probleme bei der Verwirklichung der Versammlungsfreiheit in Georgien resultieren so aus der Verfasstheit einer Gesellschaft, in der starke durchsetzungsfähige Interessengruppen fehlen, für die die Versammlungsfreiheit unverzichtbares Mittel und Voraussetzung ihrer Teilhabe am politischen Diskurs ist.

Nele Quecke

Funktionen von dominanten Parteien in postsowjetischen autoritären Systemen. Kasachstan und die Russländische Föderation im Vergleich

Während sich das Parteiensystem in der Russländischen Föderation und Kasachstan während der Neunziger Jahre durch hohe Volatilität, hohe Fragmentierung und geringen Organisationsgrad der Parteien auszeichnete, setzte ab dem Jahrtausendwechsel eine Stabilisierung der Parteiensysteme ein, deren wichtigstes Merkmal die Institutionalisierung von dominanten Parteien ist. Diese fand ihren bisherigen Höhepunkt in den Wahlen zur Duma bzw. zum Majilis im Jahr 2007, in denen Edinaja Rossiya (ER) 70 Prozent und Nur Otan (NO) sogar 100 Prozent der verfügbaren Sitze erlangte. Diese beeindruckenden Siege kamen nicht nur durch das erstmals zur Anwendung gekommene Verhältniswahlrecht zustande, durch das die Nominierung durch Parteien zur einzigen Möglichkeit geworden war, ein Mandat zu erhalten, sie waren das Ergebnis eines mehrere Jahre dauernden Institutionalisierungsprozesses.

Das Phänomen der dominanten Partei ER in der Russländischen Föderation findet in der Forschung viel Beachtung,¹ was in geringerem Maße auch auf NO zutrifft.² Während in der Forschung über Parteien in postsowjetischen autoritären Systemen der Fokus in der Regel auf den Defiziten liegt, die diese Parteien im Vergleich zu ihren demokratischen Gegenstücken haben, betont die vergleichende Autoritarismusforschung, die verstärkt nach der Bedeutung von scheinbar demokratischen Institutionen – wie Parteien – in autoritären Systemen fragt, die stabilisierenden Funktionen dominanter Parteien.³

Dieser Blickwinkel zeigt, dass beide Parteien systemstabilisierende Funktionen erfüllen: Sie stellen die Formalisierung eines klientelistischen Netzwerks dar, durch das materielle Ressourcen, das Mitspracherecht für Politikinhalt und der Zugang zu Ämtern unter den Angehörigen der Eliten verteilt werden, um so deren Loyalität zu sichern. Zudem sind beide Parteien in der Lage, die Bevölkerung zu mobilisieren, um beispielsweise bei Wahlen die Unterstützung für das Regime zu inszenieren. Dies schreckt potentielle Herausforderer des Herrschers ab, da so eine Massenmobilisierung gegen die herrschende Elite als wenig erfolgreich erscheint. Während aber die vergleichende Autoritarismusforschung die Eigenständigkeit von Parteien bei der Verteilung von Ämtern in den Mittelpunkt stellt, wodurch das – für die Stabilität von autoritären Systemen zentrale – *Commitment*-Problem zwischen Herrscher und Eliten gelöst werden kann, ist diese Eigenständigkeit bisher in Russland und Kasachstan kaum erkennbar. Es ist allerdings zu vermuten, dass der Institutionalisierungsprozess der dominanten Parteien noch nicht abgeschlossen ist, so dass offen ist, ob ER oder NO diese Funktion in Zukunft erfüllen können.

- 1 Gelman, Vladimir (2008): Party Politics in Russia: From Competition to Hierarchy. In: *Europe-Asia Studies*, Jg. 60, H. 6, S. 913–930; Hale, Henry E. (2004): The Origins of United Russia and the Putin Presidency. The Role of Contingency in Party-System Development. In: *Demokratizatsiya*, Jg. 12, H. 2, S. 169–194; Reuter, Ora J./Remington, Thomas F. (2009): Dominant Party Regimes and the Commitment Problem: The Case of United Russia. In: *Comparative Political Studies*, Jg. 42, H. 4, S. 501–526; Smyth, Regina/Lowry, Anna/Wilkening, Brandon (2007): Engineering Victory: Institutional Reform, Informal Institutions, and the Formation of a Hegemonic Party Regime in the Russian Federation. In: *Post-Soviet Affairs*, Jg. 23, H. 2, S. 118–137; Stykow, Petra (2008): Die Transformation des russischen Parteiensystems: Regimestabilisierung durch personalisierte Institutionalisierung. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Jg. 4, H. 39, S. 772–794.
- 2 Bader, Max (2011): Hegemonic political parties in post-Soviet Eurasia: Towards party-based authoritarianism? Online first published on August 6, 2011 as doi: 10.1016/j.postcomstud.2011.07.002. In: *Communist and Post-Communist Studies*; Bowyer, Anthony Clive (2008): Parliament and Political Parties in Kazakhstan. *Silk Road Paper*; Karmazina, Lydia (2008): Institutionalization of the Party System in Kazakhstan and Russia: A Comparative Analysis. In: *Central Asia and the Caucasus*, Jg. 6, H. 54, S. 141–164.
- 3 Geddes, Barbara (2008): Party Creation as an Autocratic Survival Strategy. Presented at Conference: Dictatorships: Their Governance and Social Consequences, Princeton; Magaloni, Beatriz (2008): Credible Power-Sharing and the Longevity of Authoritarian Rule. In: *Comparative Political Studies*, Jg. 41, H. 4–5, S. 715–741; Magaloni, Beatriz/Kricheli, Ruth (2010): Political Order and One-Party Rule. In: *Annual Review of Political Science*, Jg. 13, S. 123–143.

Peter Rassek

»Das preußische Geschäft«: Die Geheimdiplomatie Adam Jerzy Czartoryskis gegenüber Preußen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Adam Jerzy Czartoryski verkörpert wie kaum eine andere Person in der polnischen Geschichte des 19. Jahrhunderts das Ideal eines Politikers, dessen gesamtes Leben nur einem Ziel gewidmet war: der Wiederherstellung Polens. Dieses Ziel verfolgte er auch, als er mit 61 Jahren nach der Niederlage des polnischen Aufstands von 1830/31 ins Exil ging. Als früherer russischer Außenminister unter Zar Alexander I. und Teilnehmer am Wiener Kongress 1815 war Czartoryski ein international anerkannter Diplomat und ein Staatsmann mit weitverzweigten persönlichen Beziehungen in der europäischen Politik – ein Umstand, der dem von ihm angeführten und unter dem Namen »Hôtel Lambert« bekannten politischen Lager der polnischen Emigration erlaubte, eigene außenpolitische Aktivitäten als Vertreter polnischer Interessen zu entwickeln. Als politischer Emigrant und Vertreter einer Nation ohne eigenen Staat betrieb Czartoryski eine »Diplomatie ohne Akkreditiv«,¹ indem er über Beziehungen zu westeuropäischen (französischen und englischen) Parlamentariern und politisch aktiven Polenfreunden Einfluss auf die Polenpolitik der jeweiligen Regierungen zu nehmen versuchte. Das Ziel dieser Bemühungen war klar definiert: Die Wiederherstellung polnischer Staatlichkeit durch grundlegende Veränderung im europäischen Staatensystem und einen europäischen Krieg um Polen. Das Hôtel Lambert mit Czartoryski an der Spitze galt trotz der fehlenden staatlichen Existenz inoffiziell als Vertreter polnischer Interessen im Exil und spielte zugleich quasi die Rolle einer Auslandsvertretung, eines Außenministeriums und einer Exilregierung.

Preußen wurde von Hôtel Lambert für das schwächste Glied der Heiligen Allianz gehalten, doch der Stillstand in der konstitutionellen Frage Preußens machte bis 1840 kaum Hoffnungen auf politische Veränderungen, die einen Keil in dieses Dreierbündnis hätten treiben können. Die Wende kam mit der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. im Jahre 1840, als die Verfassungsfrage in Preußen neu belebt und die bis dahin repressive Germanisierungspolitik im Großherzogtum Posen aufgegeben wurde. Czartoryski hoffte auf einen politischen Kurswechsel in Preußen und eine Annäherung an die Westmächte und widmete der Situation in Preußen mehr Aufmerksamkeit, indem er einen preußenfreundlichen Kurs in seiner Politik einschlug. Seine auf den König gesetzten Hoffnungen haben sich zwar nicht erfüllt, dafür erhielt der Fürst im Jahre 1846 aber ein geheimes Angebot zur Zusammenarbeit von den preußischen Liberalen, die auf dem evolutionären Weg eine Transformation Preußens in eine konstitutionelle Monarchie vorantreiben wollten. Sie erkannten in Czartoryskis Hôtel Lambert die einzige politische Kraft, mit der über ein preußisch-polnisches Bündnis verhandelt werden konnte, und verknüpften die deutsche Frage eng mit der Lösung der polnischen Frage. Für beide Seiten stand fest, dass jegliche Liberalisierungsbewegung in Preußen eine Intervention Russlands auslösen werde. Davon ausgehend wurde Czartoryski ein politisches Geschäft vorgeschlagen: Verzicht Preußens auf das Großherzogtum Posen als Gegenleistung für polnische Unterstützung im Fall eines Krieges Preußens mit Russland. Es war der Beginn einer Phase intensiver geheimdiplomatischer Kontakte und Gespräche, die von Czartoryskis Agenten in den Jahren 1846 bis 1848 in Preußen geführt wurden. Eine besondere Form von Zusammenarbeit kam während des Ersten Vereinigten Landtags von Preußen 1847 zustande, als ein Agent Czartoryskis als Beobachter nach Berlin entsandt wurde und informell die Rolle eines Botschafters des Hôtel Lambert bei den preußischen Liberalen spielte, indem er enge Beziehung besonders zu zwei Wortführern der liberalen Opposition, David Hansemann und Hermann von Beckerath, knüpfte, sie beriet und zwischen ihnen und den polnischen Deputierten aus Posen vermittelte.

1 Hahn, H. H.: *Dyplomacja bez listów uwierzytelniających: polityka zagraniczna Adama Jerzego Czartoryskiego 1830–1840*, Warszawa 1987.

Diese geheimdiplomatische Initiative widerspricht dem durch die Forschung vermittelten Eindruck, dass zwischen der deutschen Polenfreundschaft der 1830er Jahre und der Revolution von 1848 in den deutsch-polnischen Beziehungen ein Entfremdungsprozess eingesetzt hatte, dessen Schlusspunkt die Rede von Wilhelm Jordan in der Frankfurter Paulskirche markierte. Sie zeigt, dass im Vormärz beide Seiten an einer Verständigung arbeiteten und sie als realistisch ansahen.

Miriam Schmitz

Interethnische Kooperation und Unterwanderung vorherrschender Machtverhältnisse in populären Musikformen in der Republik Makedonien

Einführung

Grundlegend für diesen kulturwissenschaftlichen Beitrag ist die Annahme, dass gesellschaftspolitische Entwicklungen und Diskurse in Musik als allgegenwärtigem sozialem Phänomen und erlebter kultureller Praxis ausgedrückt sowie widergespiegelt werden und eine bedeutsame Rolle in Prozessen der musikalischen Entstehung, Vermittlung und Aneignung spielen. 'Music is socially meaningful not entirely but largely because it provides means by which people recognise identities and places, and the boundaries which separate them.'¹

Insbesondere populäre Musikformen können aufgrund ihres Aktualitätsbezuges, ihres vermehrt digitalen Verbreitungsgrades und ihrer Massentauglichkeit – unter bestimmten Gegebenheiten – als subversiv und als ein mächtiges Instrument betrachtet werden, um autoritäre Strukturen und Ideologien anzufechten, wie Stuart Hall und Tony Jefferson bereits 1976 in Bezug auf Reggae-Musik konstatierten.² Vor diesem Hintergrund interessiert zum einen, wie Musiker und Produzenten mit vorgesetzten Strukturen umgehen, diese hinterfragen sowie unterwandern und zum anderen, wie unterschiedlich Musik von ihren Rezipienten aufgenommen, interpretiert bzw. mit Bedeutungen versehen und gesellschaftlich konstituiert wird. Eine wichtige Rolle spielen dabei technologische Verbreitungs- sowie Vervielfältigungsformen, da sie ein stetig neues Klangobjekt erschaffen, das wechselnden soziokulturellen Codes über Musik entspricht.

Zielsetzung

Der Tagungsbeitrag möchte sich diesen Wechselbeziehungen und Mechanismen zwischen Musikern und Rezipienten in der Republik Makedonien³ zuwenden, in der Musik als ein bedeutendes Identifikationsmittel jeder einzelnen ethnischen Gruppe besteht.⁴ Vor dem Hintergrund, dass in den Staaten des ehemaligen Jugoslawien – und aufgrund komplexer gesellschaftspolitischer Entwicklungen bzw. Spezifika, etwa der multiethnischen Gesellschaftsstruktur, paradigmatisch in der Republik Makedonien – die Konstruktion des »Eigenen« und des »Anderen« verstärkt in den Vordergrund tritt bzw. bewusst agitiert wird, kann beobachtet werden, dass Musik einerseits als Untermauerung, andererseits jedoch als Unterwanderung nationalistischer Strömungen sowie vorherrschender Machtkonfigurationen agiert. Während vorzugsweise traditionelle Formen als Mittel der (ethno-)nationalen Selbstvergewisserung und der Segregation gesehen werden, sind populäre Musikformen, auch kraft ihrer Vermischung mit

1 Stokes, Martin (1994): *Ethnicity, Identity and Music. The Musical Construction of Place*, Oxford: Berg, S. 5.

2 Hall, Stuart/Jefferson, Tony (1976): *Resistance Through Rituals. Youth Subcultures in Post-War Britain*, London: Hutchinson.

3 Gemäß UN-Sprachregelung *Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien*. Im Textverlauf wird jedoch zur Vereinfachung ausschließlich der Name *Republik Makedonien* verwendet.

4 S. Stojkova, Velika (2004): *The Problem of Multiethnicism in the Musical Folklore of the Republic of Macedonia*. In: *Vereintes Europa – Vereinte Musik? Vielfalt und soziale Dimensionen in Mittel- und Südosteuropa*, hrsg. von Bruno B. Reuer, Berlin: Weidler, S. 156.

Elementen der transnationalen Populärmusikindustrie bzw. des kontinuierlichen Inspirierens und Borgens der Musiker untereinander, imstande, diese Tendenzen zu kritisieren bzw. zu durchbrechen.

Die alternative Skopjoter Musikszene und Kanal 103

In diesem Rahmen interessiert insbesondere die alternative Populärmusikszene in der Hauptstadt Skopje. Bereits 1992 wurde deren »Plattform«, der progressive und einzige unabhängige Radiosender des Landes, *Kanal 103*, gegründet – angegliedert an *Makedonska Radio Televizija*, die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt Makedoniens. Aufgrund der teils äußerst regierungskritischen Inhalte war er zwischenzeitlich von diversen Restriktionen betroffen. Nichtsdestotrotz können *Kanal 103* sowie die von ihm propagierten Musiker und ihre alternative, zumeist elektronische Musik als ein Sprachrohr angesehen werden, um gesellschaftspolitische Entwicklungen und Machtmechanismen widerzuspiegeln und zu kritisieren, was etwa während der hauptsächlich von Studenten angetriebenen Demonstrationen im Anschluss an die Wahlen sowie nach der Ermordung eines Jugendlichen im Juni 2011 beobachtet werden konnte. Welche Problematiken und Beschränkungen treten dabei zum Vorschein, welche Perspektiven bestehen für *Kanal 103* sowie die kritische Meinungsbildung des Landes?

Musikalische Interkulturalität

Daneben kann in den letzten Jahren eine Zunahme der individuellen Kooperationen zwischen Musikern verschiedener Ethnien und eine dementsprechende Beeinflussung des Hör(er)verhaltens konstatiert werden – in bewusster Abkehr von staatlicher Förderung und deren restriktiver Einflussnahme. Dennoch ist die grenzüberschreitende Interaktion zwischen makedonischen und albanischen Musikern aufgrund diverser Faktoren noch vergleichsweise gering.

At present, the greatest hindrances to the healthy operation for such a [new, cultural] zone are the political antagonisms that remain and the pattern of thinking on all sides that have created those antagonisms.⁵

Die These soll anhand ausgewählter Beispiele beleuchtet und weitergeführt werden.

Einbettung des Beitrages

Der musikethnologische Ansatz des Beitrages bezieht sich auf Schriften von Stokes (1994), Hamm (1995), Lundberg/Malm/Ronström (2003), Frith (2004), Middleton (2006), Sugarman (2006) und Turino (2008). Das methodische Vorgehen erfolgte mittels ethnographischer Interviews und Datenerhebungen durch teilnehmende Beobachtung, die während zweier Feldforschungsaufenthalte in Skopje im Mai/Juni 2010 sowie 2011 durchgeführt wurden.

5 Sugarman, Jane (2006): Inter-Ethnic Borrowing and Musical Modernity in 'Balkan' Popular Musics Past and Present. In: *Urban Music in the Balkans: Drop-Out Ethnic Identities or a Historical Case of Tolerance and Global Thinking?*, hrsg. von Sokol Shupo, Tirana: Documentation and Communication Center for Regional Music, S. 73.

Ina Shakhrai

The Impact of External Factors on Political Regime Development: The Case of Belarus

Konferenzpapier. Bitte nicht zitieren.

Following independence, some of the former Soviet republics have undergone considerable change. The Baltic States, for example, became consolidated democracies and joined the EU. Others, like Armenia, Georgia and Ukraine, entered a kind of 'grey zone' and tried to combine features of both authoritarianism and capitalism in their political regimes. Other still, like Azerbaijan, Belarus and Turkmenistan, successfully resisted democratization and market liberalization and continue to be governed by autocratic regimes. This landscape is further complicated by the fact that there exist, next to governmental actors more or less loyal to government policy, numerous non-governmental actors who pursue particular interests in the region and thereby influence the domestic policies of the post-Soviet states. Whereas some of them promote democracy, others support the authoritarian status quo, both at the national and international level. The question one therefore has to ask is under which conditions and in what way do external actors impact on political regime development?

Belarus provides a revealing case as its domestic policy is highly dependent on two external actors with two very different identities and interests, namely the EU and Russia. The latter seeks to keep Belarus within its sphere of economic interests. For that reason it has pressed Belarus to transform its economy from a 'social market economy' to a 'post-Soviet capitalist economy', allowing Russian oligarchs to access assets and resources in Belarus. Whether Belarus will become a more democratic state has played a secondary role in this context. The EU, by contrast, has placed much greater emphasis on the political transformation of Belarus. To this end it has positioned itself as a merely normative actor in the region. For the EU the transition to and consolidation of liberal democratic structures remains the most important policy objective in the post-Soviet space.

Incidentally, Russia and the EU both use rationalist and constructivist mechanisms in their policy towards Belarus: leverage for 'bargaining about conditions and rewards' (Schimmelfennig/Sedelmeier, 2005:9) and linkage to achieve a high degree of 'density of international interaction' (Burnell/Schlumberger, 2010:5). The effectiveness of these instruments varies depending on the particular conditions.

Thus, Belarus is subject to the economic determinism of Russia, resulting from Russia's regional power status, clear economic and geo-strategic interests in Belarus, and the absence of the EU as a counter-actor in the post-Soviet region. However close yet incoherent the relationship between Russia and Belarus may be, it also is an indicator of Russia's isolation in the CIS region. The influence of the EU on the Belarusian political system, on the other hand, is weak, resulting from its status as a soft power, its contradictions in its normative policy and geopolitical and energy interests, and the continuation of Russian hegemony in the post-Soviet space. Following the introduction of the Eastern Partnership policy (EaP) in 2009, however, the EU may well become more assertive in the post-Soviet space.

The Bertelsmann Transformation Index provides the basis for assessing the impact external actors have had on Belarus. Analysis shows that Russia contributed to the economic liberalization and maintenance of the political status quo in Belarus, whereas the EU has brought about gradual political and social change. The impact of the latter has been limited to date.

To conclude, one can argue that Russian hegemony over and economic interests in Belarus can lead to the establishment of a typical post-Soviet social-economic order, lending itself to the consolidation of authoritarianism. The EU could counterbalance this development by investing in Belarus and by supporting its

civil society. Given its relative weak influence on Belarus to date, one can only hope that the European Neighbourhood Policy (ENP), developed in 2004, and the EaP policy will soon have a greater impact.

References

- Burnell, Peter/Schlumberger, Oliver (2010): 'Promoting Democracy—Promoting Autocracy? International Politics and National Political Regimes'. In: *Contemporary Politics* 16(1): 1–15.
- Schimmelfennig, Frank/Sedelmeier, Ulrich (eds.) (2005). *The Europeanization of Central and Eastern Europe*. Ithaca & London: Cornell University Press.

Adam Slaby

Nationalistisches *agenda setting* und dessen Einfluss auf die Qualität der Demokratie in der Tschechischen Republik

Das Ziel des vorliegenden Papers ist es, die Verknüpfung zwischen nationalistischem *agenda setting* und der Qualität der Demokratie in Tschechien zu erörtern. Um dieses Forschungsvorhaben adäquat und erfolgreich zu bewältigen, wird das Paper wie folgt strukturiert: Als erstes werden die einzelnen Leitbegriffe des Papers – *agenda setting*, Nationalismus, Qualität der Demokratie – definiert.

Das *agenda setting* wird anhand des auf Lasswell zurückgehenden und in der Politikwissenschaft sukzessiv weiterentwickelten Konzepts der Policy-Prozesse, im vorliegenden Fall am Beispiel des Zyklus-Modells von Jann/Wegrich (2003),¹ erörtert. Das Attribut »nationalistisch« geht vom konstruktivistischen Verständnis des Nationalismus aus, nämlich als eines soziokulturellen Prozesses der Schaffung und Erhaltung nationaler Realitäten – vordergründig der Nationalgemeinschaft selbst, als weiteres seien die nationalen Geschichtsbilder und die staatspolitischen Konzepte der Nation genannt. Unter nationalistischem *agenda setting* sollen folglich jene Handlungen und Aussagen verstanden werden, die im Namen der Nation oder mit Berufung auf sie getätigt werden. Letztlich werden, im theoretischen Teil, die Wendung »Qualität der Demokratie« sowie die Möglichkeiten von deren Untersuchung und Messung erörtert. Hierbei soll vor allem die Verknüpfung des *agenda settings* und der Erhebung der Demokratiequalität berücksichtigt werden.

Um den Ansprüchen an den Umfang des Beitrags gerecht zu werden, erfolgt die Untersuchung des Leitthemas des Papers am Beispiel der deutsch-tschechischen Beziehungen bzw. dem damit verbundenen Diskurs. Im ersten empirischen Teil wird durch eine historische Skizze die vorhandene und nicht vorhandene Verknüpfung zwischen nationalistischen Handlungen der Politik und der Qualität der Demokratie erörtert und gleichzeitig eine kurze Übersicht der deutsch-tschechischen Problematik vorgestellt.² Im Anschluss daran wird dann die gegenwärtige Situation erläutert. Als Quellengrundlage dienen dazu Parteiprogramme, politische Reden und Standpunkte sowie anderweitige mediale Aussagen von Politikern. Jedoch wird nicht nur die politische Diskursebene berücksichtigt, sondern auch entsprechende Aussagen anderer gesellschaftlicher Akteure, die mit den Aussagen auf politischer Diskursebene interagieren.

Der Tenor des Artikels ist, dass das Setzen der nationalistischen Politagenda nicht einen typischen Maßstab zur Feststellung der Qualität der Demokratie in Tschechien darstellt, sie jedoch durchaus als ein Faktor agiert, der sie beeinträchtigt. Als Beispiele sind an vorderster Stelle die Setzung normativer Geschichtsbilder, das Blockieren von thematischen Diskussionen in der Gesellschaft und die Diffamierung von Trägern anderer Meinungen zu nennen.

1 Jann, Werner/Wegrich, Kai (2003): Phasenmodelle und Politikprozesse: Der Policy Cycle, in: Schubert/Bandelow (2003): Lehrbuch der Politikfeldanalyse, S. 71–104.

2 Diese historische Skizze umfasst die Zeit ab der politischen Phase der tschechischen Nationalbewegung um das Jahr 1848 bis hin zur Gegenwart.

Kateryna Stetsevych

Ukrainische Literatur und Politik: Analyse eines zwiespältigen Verhältnisses

Die Orange Revolution, die die Ukraine 2004 binnen weniger Wochen ins europäische Bewusstsein brachte,¹ ist längst vergangen, ihre Mitstreiter sind enttäuscht, ihre Helden verblasst oder von der politischen Bühne verschwunden. Seit Januar 2010 regiert der neu gewählte Präsident Viktor Janukowyč, der seine Konkurrentin Julija Tymoschenko bei der letzten Wahl besiegte. Die Bilanz der neuen Regierung fällt nach dem ersten Jahr ernüchternd aus.² Die Ukraine ist vom Weg einer parlamentarischen Republik abgekommen, nachdem die alte Verfassung von 1996 wieder in Kraft getreten ist und eine Machtvertikale mit weitreichenden Präsidentenbefugnissen etabliert wurde. Die ukrainische nationale Identität, die vom ehemaligen Präsidenten Viktor Juščenko auf sicherlich nicht unproblematische Weise besonders gefördert wurde, wird diskreditiert. Presse- und Meinungsfreiheit existieren nur noch in der politischen Rhetorik der Regierenden.³

Auch der Kulturbereich bleibt von den sich immer stärker abzeichnenden autoritären Tendenzen im Land nicht verschont und ist von Veränderungen in der Gesetzgebung betroffen. Die Facette kultureller Praktiken, mit der sich ukrainische Autoren zum politischen Geschehen äußern, ist breit und umfasst Instrumente wie offene Briefe, Demonstrationen, kritische Interviews, eigene Kolumnen in der digitalen und der Printpresse, Verweigerung von staatlichen Preisen und künstlerische Aktionen wie Flashmobs oder Lesungen zu bestimmten symbolbehafteten Ereignissen. Autoren werden in diesem Beitrag nicht nur als Zeitzeugen einer bestimmten Epoche begriffen, sondern besitzen »eine besondere Sensibilität [...] für neue gesellschaftliche Entwicklungen«⁴ und fungieren somit als Träger einer »reflexive[n] Kompetenz«⁵ bzw. als »deutungskulturelle Elite«.⁶ Pierre Bourdieu erarbeitet in zahlreichen Werken den Begriff eines »kollektiven« Intellektuellen, worunter er »Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler«⁷ subsumiert, die zwei Dimensionen aufweisen: Zum einen »eine spezifische Autorität«, die in einer Zugehörigkeit zu »der relativ autonomen Welt der Kunst, Wissenschaft und Literatur« gründet. Zum anderen setzt sich der Intellektuelle im Bourdieuschen Sinne für politische Belange ein, um die Autonomie der kulturellen Produktion zu bewahren.⁸ Durch das Verkünden von Vorstellungen der Intellektuellen – durch »kognitive Subversion« und »performative Vorhersage« – wird die Realität beeinflusst. Als Grund dieses Engagements nennt Bourdieu die Bedrohung der künstlerischen Autonomie durch die ökonomische Macht.

In diesem Beitrag wird davon ausgegangen, dass im Fall der Ukraine die künstlerische Autonomie im literarischen Feld durch das Feld der Macht bedroht wird. Die wirtschaftlichen Gründe, das Diktat des Marktes wie profitorientierte Verlagspolitik, die zweifelsohne auch im literarischen Feld der Ukraine

- 1 Vgl. Anders Åslund, Michael McFaul: *Revolution in Orange. The Origins of Ukraine's Democratic Breakthrough*. Washington 2006.
- 2 Vgl. Ukraine-Analysen Nr. 80 (12.10.2010), <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen80.pdf>, Nr. 88 (08.03.2011), <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen88.pdf>.
- 3 Vgl. <http://www.reporter-ohne-grenzen.de/publikationen/laenderberichte/news-laenderberichte-single/article/rog-bericht-zu-verstoessen-gegen-pressefreiheit-unter-praesident-janukowitsch.html>.
- 4 Helmut Kuzmics und Gerald Mozetič (Hg.): *Literatur als Soziologie*. Konstanz 2003, S. 32.
- 5 Ebd., S. 34.
- 6 Andreas Dörner, Ludgera Vogt: *Literatursoziologie. Literatur, Gesellschaft, Politische Kultur*. Opladen 1994, S. 168f.
- 7 Pierre Bourdieu: *Die Regeln der Kunst*. Frankfurt am Main 2001, S. 524, nachfolgende Zitate ebd.
- 8 Vgl. Ingrid Gilcher-Holtey: *Zwischen den Fronten. Positionskämpfe europäischer Intellektueller im 20. Jahrhundert*. Berlin 2006, S. 14f.

eine Rolle spielen, treten in den Hintergrund, sobald die schriftstellerische Existenz unter Zensur leidet. Um sie zu behaupten, so die zweite These, mobilisieren sich ukrainische Autoren und treten mit gemeinsamen Aktionen auf, um ihre Positionen nach außen sowie innerhalb des literarischen Feldes zu stärken. Dabei spielen ästhetische Komponenten nur eine zweitrangige Rolle, da die Autoren nicht mit literarischen Werken auf das unmittelbare Geschehen im politischen Feld reagieren, sondern mit performativen Elementen.

Im Beitrag wird darauf eingegangen, wie Autoren wie Juri Andruhovych und Serhij Zadan auf die aktuellen Ereignisse im politischen Feld reagieren bzw. welche Strategien in der Interaktion mit dem Feld der Macht⁹ eingesetzt werden. Am Beispiel des in der ukrainischen Gesetzgebung umstrittenen Gesetzes »Zum Schutz der öffentlichen Moral« werden die Positionen beider Autoren in der Auseinandersetzung mit dem Feld der Macht analysiert.

9 Der Beitrag orientiert sich an der Theorie des literarischen Feldes von Pierre Bourdieu: *Die Regeln der Kunst. Genese und Struktur des literarischen Feldes*. Frankfurt am Main 2001.

Claudia Stubler

Die Situation der Roma-Minderheit in der Tschechischen Republik

Einleitung

Die in Europa lebende Roma-Minderheit rückte aufgrund des Roma-Schwerpunktes des ungarischen EU-Ratsvorsitzes verstärkt in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Im Folgenden wird ein kurzer Überblick über die Roma in der Tschechischen Republik gegeben, wobei insbesondere das Kernproblem des erschwerten Bildungszuganges analysiert wird.

Neben allgemeiner Literatur- und Internetrecherchen wurden für diese Arbeit, die im Zuge eines Grundsatzberichtes für die Österreichische Botschaft in Prag entstanden ist, auch Interviews mit Vertretern von öffentlichen Institutionen und der Zivilgesellschaft geführt.¹

Jüngerer historischer Abriss

Die Geschichte der Roma in Europa geht bis ins Mittelalter zurück und ist gezeichnet von Unterdrückung und Ausgrenzung. Vor allem die Verfolgung unter dem nationalsozialistischen Regime war prägend, so gab es etwa im Protektorat Böhmen und Mähren zwei spezielle Roma-KZs. Im Zuge der kommunistischen Machtübernahme wurde versucht, tschechoslowakische Roma durch Arbeitspflicht und Ansiedlung in sudetendeutsche Gebiete zu assimilieren. Nach 1989 wurden jene Industriegebiete mit zahlenmäßig starker Roma-Minderheit von den marktwirtschaftlichen Restrukturierungen der tschechoslowakischen Industrie besonders hart getroffen. Die Diskriminierung der Roma, vor allem im Bildungsbereich, blieb anfangs noch unter der Oberfläche verborgen. Erst Mitte der 1990er Jahre wurde die Ausgrenzung durch die Entstehung von Roma-Ghettos und die damit einhergehenden sozialen Probleme für die breite Bevölkerung sichtbar.

Zahlen und Fakten

Laut Volkszählung aus dem Jahr 2001 leben rund 12.000 Roma in der Tschechischen Republik. Es ist aber davon auszugehen, dass der tatsächliche Roma-Anteil weit höher ist. Einer Schätzung der Abteilung für Roma und fahrende Völker des Europarates zufolge leben tatsächlich rund 200.000 Roma in der Tschechischen Republik.² Sie stellen mit 1,96 Prozent der Gesamtbevölkerung die größte ethnische Minderheit dar.

- 1 Interviewpartner:
Kateřiná Hrubá, Anwältin für die tschechische NGO *Zvůle Práva*, die Roma dabei unterstützt, ihre Rechte gegen Diskriminierung durchzusetzen.
Stanislav Daniel, Research Officer für der Sektion Tschechische Republik für das European Roma Rights Center
Gabriela Hrabánová, Leiterin des tschechischen Regierungsrates für die Roma-Minderheit betreffende Angelegenheiten
Martin Šimaček, Leiter der tschechischen Agentur für soziale Inklusion in Roma-Lokalitäten
Josef Mudra, Koordinator für Europapolitik des tschechischen Regierungsrates
Petr Matyáš, Koordinator für Europapolitik des tschechischen Außenministeriums.
- 2 Vgl. Council of Europe Roma and Travellers Division, *Romani Population in Council of Europe Member States* (2010), URL: <http://www.coe.int/t/dg3/romatravellers/Source/documents/stats.xls> [Stand: 18.08.2011].

Die Volksgruppe der Roma ist in der tschechischen Mehrheitsgesellschaft ausgesprochen unpopulär.³ Die interviewten Vertreter der Zivilgesellschaft sind sich darüber einig, dass vor allem die Medien hierfür verantwortlich seien. Die befragten Vertreter öffentlicher Institutionen geben an, dass sich die tschechische Regierung mit allgemein gehaltenen Antirassismus-Kampagnen zwar bemühe, diesem Trend entgegenzuwirken, jedoch stelle es ein schwieriges Unterfangen dar, die Vorurteile gegen die Roma zu entkräften.

Bildung

Roma haben in der Tschechischen Republik schlechtere Bildungschancen als Nicht-Roma. Die Ausgrenzung von Roma-Kindern im tschechischen Schulsystem findet auf vielfältige Art und Weise statt. Der erschwerte Zugang zu Bildung hängt auch eng mit den Kernproblemen Arbeitslosigkeit und prekäre Wohnverhältnisse zusammen.

Segregation von Roma-Kindern in Sonderschulen

Laut offiziellen Statistiken sind landesweit derzeit zwölfmal mehr Roma-Kinder in Sonderschulen eingeschrieben als Nicht-Roma-Kinder. In manchen Regionen kommen auf einen Nicht-Roma-Sonderschüler sogar 27 Roma-Sonderschüler.⁴

Die Gründe, warum Roma-Kinder an Sonderschulen überrepräsentiert sind, sind vielfältig: Ein zentrales Problem ist die fehlende Validität der Intelligenztests: Diese werden in tschechischer Sprache abgehalten, was insofern problematisch ist, als viele Roma-Kinder zuhause nur Romanes sprechen. Ein weiterer Knackpunkt ist, dass Roma-Kinder in allgemeinen Schulen häufig sowohl von ihren Mitschülern als auch von den Lehrkräften diskriminiert werden. So werden sie etwa von ihren Lehrern nicht dazu angehalten, sich aktiv am Unterricht zu beteiligen. Daher geben viele Roma ihre Kinder von sich aus in Sonderschulen, da für sie eine geringwertige Bildung ein kleineres Übel darstellt als gar keine Bildung. Viele Roma sind auch über die Bildungsmöglichkeiten ihrer Kinder nicht genügend informiert, da sie selbst nur eine geringwertige Bildung erhalten haben. Sie laufen in Gefahr, sich von Schulorganen überreden zu lassen, ihre Kinder in Sonderschulen einschreiben zu lassen. Oft versuchen Direktoren von allgemeinen Schulen, Roma-Kinder aus ihren Schulen fern zu halten, da ein hoher Anteil schädlich für das Prestige der Schule ist.⁵

2007 wurde die Tschechische Republik vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wegen dieser Segregation von Roma-Kindern in Sonderschulen im Fall *D. H. and Others vs. the Czech Republic* verurteilt, da ein Muster an rassistischer Diskriminierung vorliegt. Der EGMR gab in seiner Entscheidung einen Maßnahmenkatalog vor, der bis 2011 umzusetzen gewesen wäre.

Nach wie vor ist die Tschechische Republik jedoch mit der Umsetzung säumig. Im März 2010 wurde im Parlament zwar ein Nationaler Aktionsplan für Inklusive Erziehung beschlossen, allerdings scheitert dessen Implementierung am politischen Willen der neuen Regierung, wobei insbesondere Unterrichtsminister Dobeš negativ hervorsticht.⁶

3 Eine im Mai 2011 veröffentlichte repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes STEM ergab, dass jeder dritte Tscheche keine Roma als Nachbarn haben möchte. Nur 14 Prozent der Gesamtbevölkerung können sich laut dieser Umfrage vorstellen, einen Roma als Nachbarn problemlos zu akzeptieren; vgl. <http://praguemonitor.com/2011/05/06/poll-every-third-czech-finds-roma-neighbour-unacceptable> [Stand: 18.08.2011].

4 Vgl. European Roma Rights Center et al, Submission to the Committee of Ministers: The continued segregation of Romani schoolchildren (2010), S. 1f, URL: <http://www.soros.org/initiatives/justice/litigation/czechrepublic/committee-of-ministers-20101110.pdf> [Stand: 18.08.2011].

5 Vgl. European Roma Rights Center, Stigmata, Segregated Schooling of Roma in Central and Eastern Europe (2004), S. 34ff.

6 Vgl. Council of Europe, Report by Thomas Hammarberg, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe, following his visit to the Czech Republic from 17 to 19 November 2010 (2010), URL: <https://wcd.coe.int/wcd/ViewDoc.jsp?id=1754217> [Stand: 18.08.2011].

Segregation von Roma in allgemeinen Schulen und Ghettoschulen

Auch innerhalb von allgemeinen Schulen werden Roma-Kinder systematisch ausgegrenzt. Schuldirektoren in Gebieten, in denen viele Roma leben, haben eigene Strategien entwickelt: Sie richten eigene Klassen ausschließlich für Roma-Kinder ein. Wenn es das Schulareal zulässt, werden diese Roma-Klassen in einem separaten Gebäude untergebracht. Es existieren auch Fälle, wo zusätzliche »Containerklassen« auf dem Schulareal errichtet wurden, um Roma-Kinder vom »Normalbetrieb« der Schule räumlich auszugrenzen. Diese Vorgehensweise ist insofern problematisch, als es in fast allen Fällen Roma-Klassen sind, die in baufällige oder provisorische Gebäude ausweichen müssen.⁷

Sogenannte Ghettoschulen, die hauptsächlich von Roma-Kindern besucht werden, sind an die allgemeine räumliche Exklusion von Roma geknüpft: In Ortschaften, in denen der Anteil der Roma sehr hoch ist, gibt es meist zwei Schulen, eine für Nicht-Roma-Kinder und eine zweite für Roma-Kinder. Obwohl Roma-Schulen und Nicht-Roma-Schulen vom Gesetz her nicht verschieden behandelt werden, lassen sich de facto viele Unterschiede feststellen. Roma-Schulen gehen zumeist einher mit veraltetem Unterrichtsmaterial, wenig qualifizierten Lehrkräften und heruntergekommen Schulgebäuden.⁸

Fazit

Bemühungen zur Integration von Roma seitens der Tschechischen Republik sind grundsätzlich zu begrüßen, allerdings stellen sie nach derzeitigem Stand der Dinge nur leere Worthülsen dar. So wird der Tschechischen Republik im neuesten Jahresbericht von Amnesty International kein gutes Zeugnis ausgestellt, da immer noch Ungleichbehandlung, vor allem in den Bereichen Bildung und Zugang zum Wohnungsmarkt, vorherrschend ist.⁹ Aufgrund ihrer rudimentären Bildung haben Roma eigentlich nur im Niedriglohnsektor Chancen, Arbeit zu finden, was nicht gerade dazu motiviert, einer regelmäßigen Beschäftigung nachzugehen. Die hohe Arbeitslosenquote und der Bezug von staatlichen Beihilfen verschärfen bei der Mehrheitsbevölkerung die Feindseligkeit gegen Roma. Vertreter der Zivilgesellschaft sind sich dahingehend einig, dass sich die Situation der Roma in den letzten zehn Jahren kontinuierlich verschlimmert habe und prognostizieren eine weitere Verschlechterung. Mittlerweile ist eine offene Rhetorik gegen Roma vorherrschend, insbesondere Lokalpolitiker instrumentalisieren die Roma-Problematik und versuchen, damit mehr Wählerstimmen zu gewinnen. Druck von außen ist jedenfalls von Nöten, damit sich an der Situation endlich etwas ändert und eine Integration der Roma in allen Bereichen des Lebens stattfindet.

7 Vgl. European Roma Rights Center, *Stigmata, Segregated Schooling in Central and Eastern Europe* (2004), S. 55ff.

8 Vgl. European Roma Rights Center, *Stigmata, Segregated Schooling in Central and Eastern Europe* (2004), S. 67ff.

9 Vgl. Amnesty International, *Annual Report 2011 on Czech Republic* (2011), URL: <http://www.amnesty.org/en/region/czech-republic/report-2011#section-36-3> [Stand : 18.08.2011].

Maria Tagangaeva

Unter neuer Herrschaft? Burjatische Künstler heute

Die burjatische bildende Kunst vor 1917 existierte fast ausschließlich im Rahmen des religiösen Kanons, weswegen sie stark von der russischen bzw. der europäischen Kunsttradition abwich. Trotz der Säkularisierung und der Integration Burjatiens ins sowjetische System nach 1917 blieb die Distanz zwischen der sowjetischen Leitkultur und der burjatischen Kultur bestehen.

Diese hierarchische Differenz zeichnete sich in der bildenden Kunst durch mehrere Orientalisierungspraktiken aus. Zum einen sollte die burjatische Kultur als das Andere der sowjetischen Leitkultur fungieren, indem ihr aus der sowjetischen Perspektive »ein echter Wesenskern«, eine homogene Identität zugeschrieben wurde. Zum anderen wurden alle Formen der künstlerischen Praxis auf diese konstruierte Identität der Burjaten reduziert. Zu den typischen Merkmalen der burjatischen bildenden Kunst zählten Ethnographismus, Animalismus, dekorative Züge, Darstellung des ländlichen Lebens, und von Frauen und Kindern, die automatisch auf den Ausdruck der als natürlich burjatisch essentialisierten Identität zurückgeführt wurden. So pflegten sowjetische Kunstkritiker oft »Samobytnost'« (dt.: Urwüchsigkeit) und »nationale Eigenart« der burjatischen Kunst zu fördern und hochzupreisen.¹

Die aktuelle Situation in der Kunstszene Russlands zeugt davon, dass die Rezeption der Werke der Kunstschaffenden aus Burjatien in Russland immer noch vor der Folie des Orientalismus erfolgt. Gleichzeitig lassen sich aber auch solche Entwicklungen wie der Selbstorientalismus beobachten. Der Selbstorientalismus, von den Forschern als Erweiterung des Orientalismus betrachtet,² legt nahe, dass der Orientalismus nicht allein vom Westen erschaffen wurde, sondern dass der »Orient« selbst aktiv bei der Konstruktion und der Verbreitung der orientalistischen Sichtweise mitwirke.³ Dies zeigt sich häufig daran, dass das vom Westen produzierte Orientwissen von asiatischen Völkern verinnerlicht und als das Eigene wahrgenommen wird.⁴ Im Zuge des fortschreitenden globalen Tourismus und der wachsenden Notwendigkeit, die Konkurrenzfähigkeit des Landes auf dem globalen Markt aufrechtzuerhalten, werden immer mehr asiatische Kulturen der Selbstorientalisierung ausgeliefert.⁵

Dashi Namdakov ist der Künstler, der heute für die zeitgenössische burjatische Kunst steht. Bei der Analyse seiner Kunstproduktion und -rezeption werden Orientalisierungs-, aber auch Selbstorientalisierungspraktiken besonders evident, die auch entscheidende Impulse für das Branding Burjatiens als touristische Destination liefern.

Mythen und Legenden sind ein wichtiger Teil seiner Selbstvermarktungsstrategie. Zum einen inszeniert sich Dashi als Vermittler zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart. In zahlreichen Interviews gibt er sich als Nachkomme von Schamanen und Buddhisten, die es in seiner Familie gab. Zum anderen stellt sich Dashi Namdakov als Medium zwischen der realen Welt und dem Jenseits dar.

- 1 Soktojeva, Inessa, Batorova, E. (2004): *Iskusstvo. Živopis'. Skul'ptura*. In: Abajeva, Ljubov', Žukovskaja, Nadežda (Hg.): Burjaty. Moskva: Nauka. S. 536–551. – S. 541f.
- 2 Yan, Grace, Santos, Carla Almeida (2009): "China, Forever" Tourism Discourse and Self-Orientalism. *Annals of Tourism Research*, Vol. 36. No. 2, S. 295–315. – S. 297.
- 3 Dirlik, Arif (1996): Chinese History and the Question of Orientalism. *History and Theory* 35 (4), S. 96–118.
- 4 Dirlik, Arif (1996): Chinese History and the Question of Orientalism. *History and Theory* 35 (4), S. 96–118.
- 5 Yan, Grace, Santos, Carla Almeida (2009): "China, Forever" Tourism Discourse and Self-Orientalism. *Annals of Tourism Research*, Vol. 36. No. 2, S. 295–315. – S. 300f.

Ich spüre überhaupt keine Spannung, um etwas auszudenken, zu entwerfen. Manchmal irritiert das, als ob nicht ich die Gestalten ausdenken würde, sondern jemand von jenseits würde sie für mich kreieren, und ich wäre nur ein Vermittler, ein Medium.⁶

Zur Orientalisierung seines öffentlichen Images tragen auch die Medien und Kunstinstitutionen maßgeblich bei, die ihn als Nomaden und Halbschamanen diskursivieren.

Dashi Namdakov repräsentiert Burjatien. Das ist sehr wichtig. Er repräsentiert die Kunst einer großen Tradition, Steppenkunst, die Kunst einer besonderen Zivilisation, die wir wenig kennen.⁷

Die breite Rezeption seiner Kunst in Russland trägt offensichtlich zum positiven Image Burjatiens bei und hat den Künstler nahezu zum Werbeträger und Nationalhelden Burjatiens gemacht. Die Burjatische Republik, die sich im regionalen Brandingprozess als eine attraktive touristische Destination behaupten will, bedient sich seiner Bildsprache, die die burjatische kollektive Kultur visuell repräsentieren soll.

6 Vitte, Maria (2004): Bronzovaja misterija. In: Mir kul'tury Rossii, 09.09.2004. Text online unter: <http://www.sirin.co.uk/docs/namdakor.htm>.

7 Zitat aus dem Videointerview von Margarita Morozova mit Ljudmila Marc, Kunstkritikerin der Tretjakow-Galerie, Sender Tivikom, 07.03. 2008.

Alexander Vorbrugg

Zivilgesellschaft (regierbar) machen? Das Konzept der Zivilgesellschaft in der Praxis einer deutschen politischen Stiftung in der Ukraine

Der Begriff der Zivilgesellschaft hat Konjunktur in Diskussionen in den und um die sogenannten »jungen Demokratien« Osteuropas. In politischen Verlautbarungen, öffentlichen Debatten und der Argumentation unterschiedlicher Organisationen wird Zivilgesellschaft als eine Art Allheilmittel gegen Probleme und Missstände verschiedenster Art hochgehalten und allgemeiner zum Fundament der Demokratisierung erklärt. In solcher Weise taucht es auch in Programmen und Strategien verschiedener externer Akteure auf, die mit dem erklärten Ziel der »Demokratieförderung« große Bemühungen und Gelder in den Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen und Initiativen in den postsozialistischen Staaten Osteuropas investieren.

Die Folie, vor der solche Projekte des »Aufbaus« von Zivilgesellschaft Plausibilität und Legitimität gewinnen, ist die Vorstellung eines historisch bedingten »Mangels an Zivilgesellschaft« in post-sowjetischen Gesellschaften. Atomisierung, Passivität, Hilflosigkeit den herrschenden Verhältnissen gegenüber und ein tiefer Graben zwischen Gesellschaft und Staat sind erklärte Kennzeichen dieses in die Gegenwart fortwirkenden historischen Erbes, gegen das das »Projekt Zivilgesellschaft« gerichtet wird.

Von Gegebenheiten zu politischen Projekten

“Democratic subjects” is also meant to signify that democracy is a form of government that requires a new kind of subject rather than a form of government that liberates the subject from under the sovereign. (Cruikshank 1999: 22)

In meinem Beitrag schlage ich eine Umkehrung der oben beschriebenen Perspektive in mehrerer Hinsicht vor. Fernab des Versuchs, ein »authentisches« Bild über den Zustand der Zivilgesellschaft in der Ukraine liefern zu wollen, rücke ich die Frage in den Mittelpunkt, was im Namen von Zivilgesellschaft unternommen wird und geschieht. Dabei stütze ich mich auf die Ergebnisse einer ethnographischen Studie bei einer deutschen politischen Stiftung in der Ukraine, die den Versuch darstellt, dem Konzept »Zivilgesellschaft« in der politischen Praxis nachzuspüren. Anstelle von Zivilgesellschaft als Gegenstand geht es mir dabei um Zivilgesellschaft als Idee.

Zweitens verlagert sich damit das Interesse weg von der Frage, was die (erklärte) Unzulänglichkeit oder gar Abwesenheit von Zivilgesellschaft verhindert, und hin zur Frage, was durch die Konstatierung dieses Defizits und den daran anschließenden positiven Bezug auf »Zivilgesellschaft« als Ideal ermöglicht und wie der erklärte Mangel produktiv gemacht wird.

Drittens verstehe ich hier Zivilgesellschaft nicht als Sphäre jenseits des Politischen, als gegebenes oder zu schaffendes Gegengewicht zu Staatsapparat und Regierung, sondern als Korrelat einer bestimmten politischen Rationalität beziehungsweise eines politischen Projektes (vgl. Rose 1999: 168f).

Dieser Perspektivenwechsel hat eine kontextsensible und kritische Analyse des häufig abstrakt und normativ gebrauchten Konzeptes Zivilgesellschaft zum Ziel. Entgegen der Vorstellung »aktiver Teilhabe« als Selbstzweck und der »Einbeziehung der Zivilgesellschaft« als Universallösung will ich einige der ambivalenten Potentiale und Effekte des Konzeptes »in Aktion« nachzeichnen – in der Praxis konkreter Akteure dient es beispielsweise als Argument, um politische Agenden plausibel zu machen und ihnen einen allgemeinen Geltungsanspruch zu verleihen, katalysiert Zusammenschlüsse und ermöglicht heterogene Allianzen. Statt es zum ex ante gesetzten Ausgangspunkt zu erklären, soll durch die Denaturalisierung des »Projekts Zivilgesellschaft« letztlich eine Perspektive eröffnet werden,

die nicht blind ist für die Machtbeziehungen, in denen es verortet ist und die es (re)produziert, für Wahrheiten und Wirklichkeiten, die dadurch geschaffen werden, für die Abgrenzungen des Möglichen und Legitimen, die dabei vorgenommen werden, und für praktische Ein- und Ausschlüsse, die damit einhergehen.

Literatur

Cruikshank, Barbara (1999): *The Will to Empower. Democratic Citizens and other Subjects*. Ithaca – London: Cornell.

Rose, Nikolas (1999): *Powers of Freedom: Reframing Political Thought*. Cambridge u. a.: Cambridge University Press.

Orsolya Vorzsák

Szekler Identitätskonstruktionen in Lehr- und Reisebüchern des 19. Jahrhunderts

Wie verschiedene Nationen einander sehen, wie sie übereinander denken und einander beurteilen, geht u. a. auf ihre gemeinsam erlebte Geschichte zurück, wobei das äußere Bild der jeweils anderen Nation stark zur eigenen Identitätskonstruktion der Nation beiträgt. Diese Arbeit ist Teil einer geplanten Dissertation, die den Spuren der kulturellen Einflüsse der Österreichischen Monarchie auf das Szekler Bildungs- und Militärwesen im Stuhl Csík nachgeht.¹ In dieser Studie werden – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – Elemente der Szekler Identität beleuchtet, die sich in gymnasialen Lehrbüchern und Reisebeschreibungen des 19. Jahrhunderts finden lassen. Darüber hinaus werden die unterschiedlichen Perspektiven der Autoren und ihre Folgen thematisiert. Da die Wirkung der einzelnen österreichischen und siebenbürgischen Sprachverordnungen im Stuhl Csík schon im Mittelpunkt einer früheren Publikation steht,² fokussieren wir hier die schriftlichen Identitätskonstruktionen der Szekler. Dies geschieht auf der Grundlage der theoretischen Arbeiten von Ernst Bruckmüller³ und Hayden White.⁴ Als historische Kontrollquelle wird Béla Köpeczis *Geschichte Siebenbürgens*⁵ verwendet.

Folgende Lehr- und Reisebücher werden untersucht:

- József MÁRTON, a Bétsi Universitasban a Magyar Nyelvnek és Literatúrájának Profeszszora: Német grammatika, ahozvaló gyakorlóssal és szókönyvel együtt a németül tanuló ifjúság számára, [Deutsche Grammatik] Bétsben 1825.
- Nep. János MATUSIK, Erdély történelme alsóbbrendű iskolákszáma, [Geschichte Siebenbürgens für die unteren Klassen], Kolosvár 1860.
- Elek, PEREGRINY: Magyarország története az ifjúság használatára [Geschichte Ungarns für Jugendliche], Pest, 1861.
- Siebenbürgen in Wort und Bild, Vollständiger Nachdruck von »Die österreichisch-ungarische Monarchie in Wort und Bild«, Band 23. Böhlau Verlag Köln, Weimar, Wien, (Ungarn, Band VI, Wien 1902).
- Balázs ORBÁN: A Székelyföld [Das Szekler Land], Budapest, 1982.
- Balázs ORBÁN: A Székelyföld leírása történelmi, régészeti és népismereti szempontból. [Beschreibung des Szekler Landes unter historischen, archäologischen und ethnologischem Gesichtspunkten], Pest, 1868. <http://mek.niif.hu/04800/04804/html/4.html> (abgerufen am 21.3.2011).

1 Der Stuhl Csík ist einer der sieben Szekler Stühle (historische Verwaltungslandschaften), die heute zu Rumänien gehören. Das Kulturzentrum der Region war schon seit der Mitte des 17. Jahrhunderts die Franziskanerschule in Schomlenberg (Csíksomlyó, Șumuleu). Während den Österreichern im 19. Jahrhundert nicht immer die größte Sympathie entgegengebracht wurde, ist die Zeit der Habsburger Herrschaft heute bei der Szekler Bevölkerung sehr positiv besetzt. Die Wurzeln dieser zwiespältigen Haltung sind am Ende des 18. und am Anfang des 19. Jahrhunderts zu suchen, als die absolutistische Herrschaft mit Hilfe des Militärs gesichert wurde. Die Errichtung der militärischen Grenze gestaltete sich höchst problematisch: Sie wurde teils im Szekler Land, teils in der Umgebung von Fogarasch und teils im Komitat Hunyad und in einigen Gebieten des Königsbodens vorgenommen. Bei den Szeklern war durch die im Diploma Leopoldinum (1691) festgelegte Verpflichtung zum Militärdienst eine gewisse Rechtsbasis für den Einsatz gegeben, im Stuhl Csík stellte das zur Eidesleistung der Grenzsicherung aufgerufene Volk jedoch alte, etwas präzisere und erweiterte Forderungen: Es wollte unter eigenen Offizieren dienen und nicht in fremden Ländern kämpfen. Vgl. Béla KÖPECZI (Hg.), *Geschichte Siebenbürgens*, Budapest 2008, 424.

2 Vgl. Orsolya VORZSÁK, Schnittpunkte der österreichischen Unterrichtspolitik und der Schulkultur im Stuhl Csík (1781–1853): in RODOSZ Konferenzband, Kolozsvár 2010, 261–277.

3 Ernst BRUCKMÜLLER, *Nation Österreich. Kulturelles Bewusstsein und gesellschaftlich-politische Prozesse*, Wien, Köln, Graz, 1996.

4 White HAYDEN, *Metahistory*, London, 1973.

5 Béla KÖPECZI (Hg.), *Geschichte Siebenbürgens*, Budapest 2008.

Ruben Werchan

Belarus, Russland und der soziale Faktor

Fragestellung

Das autoritäre Regime von Präsident Aljaksandr Lukaschenka in Belarus gilt vielfach als »letzte Diktatur Europas«. Bei den Präsidentschaftswahlen am 19. Dezember 2010 sicherte sich Lukaschenka, der das Land seit 1994 regiert, mit einem offiziellen Wahlergebnis von ca. 80 % eine vierte Amtszeit. Laut internationalen Beobachtern kam es bei den Wahlen zu massiven Unregelmäßigkeiten.

Für die Langlebigkeit des autoritären Regimes gibt es verschiedene Erklärungen: Während man sich insbesondere in der EU häufig auf den staatlichen Unterdrückungsapparat und den »präemptiven Autoritarismus«¹ konzentriert, wird vor allem in russischen Betrachtungen vermehrt auf die vermeintliche soziale Stabilität im westlichen Nachbarland abgestellt. Gleichzeitig sympathisieren viele Menschen in Russland und der Ukraine, offenbar vor dem Hintergrund der eigenen Transformationserfahrungen, mit dem belarussischen Politikmodell, das eng mit dem Namen Aljaksandr Lukaschenkas verbunden ist. Die verschiedenen positiven Attribute, die diesem zugeschrieben werden, sind in folgendem Zitat aus der russischen Nesawisimaja gaseta gut zusammengefasst:

Die Russen denken, in Belarus sei ein wirkliches soziales und ökonomisches Wunder geschaffen worden. Sie sind davon entzückt, dass es keine Korruption, keine Oligarchen und kein Verbrechen gibt, dass die Straßen in gutem Zustand sind und eine wunderbare Ordnung herrscht.²

Der »soziale Faktor« spielt im Falle Belarus eine doppelte Rolle: Einmal kann er helfen, die bislang verzeichnete Regimestabilität im Land selbst zu erklären. Zweitens könnte die Wahrnehmung hoher sozialstaatlicher Leistung eine Ursache für die Popularität autoritärer Entwicklungsmodelle in Russland selbst sein. Aus diesem Grund sollen in dieser Arbeit Antworten auf die zwei folgenden Fragen gesucht werden:

1. Liefert das belarussische sozialstaatliche Modell in quantitativer und qualitativer Hinsicht bessere Ergebnisse als die russischen Systeme der sozialen Sicherung?
2. Welche weiteren Faktoren können die nach wie vor hohe Popularität Lukaschenkas in Russland und Belarus erklären?

Ansatz

Die Arbeit folgt einem empirisch-analytischen Ansatz. Zur Beantwortung der ersten Frage werden die Sozialsysteme Russlands und Belarus' sowohl im Hinblick auf ihre normativen Grundlagen als auch auf ihre reale Ausprägung verglichen. Hier kommt neben der Auswertung einschlägiger Literatur insbesondere die Analyse statistischer Daten zum Einsatz. Schwerpunkte werden dabei auf die Beschäftigungssituation, die Gesundheitsversorgung und das Rentensystem gelegt. Untersucht wurde der Zeitraum bis Ende 2010. Somit sind die Auswirkungen der Abwertung des belarussischen Rubels seit Mai 2011 nicht berücksichtigt. Zur Beantwortung der zweiten Frage werden insbesondere Meinungsumfragen und Zeitungsbeiträge ausgewertet, die einen Einblick in die öffentliche Wahrnehmung erlauben.

1 Vgl. Silitski, Vitali: »Sonderfall Lukaschenko« in: APuZ Aus Politik und Zeitgeschichte 8–9/2007, S. 8–15, hier: S. 9, <http://www.bpb.de/files/DKONPH.pdf>.

2 Romantschuk, Jaroslaw: »Belorussija i Rossija posle Lukaschenko« [Belarus und Russland nach Lukaschenko], in: Nesawisimaja gaseta vom 18.10.2010, http://www.ng.ru/courier/2010-10-18/11_belorussia.html.

Ergebnisse

1. Der Vergleich der Effektivität der sozialen Sicherungssysteme in Russland und Belarus zeigt typische Unterschiede zwischen einem Staat mit staatlich gelenkter Wirtschaft und einem in höherem Maße marktwirtschaftlichen Modell. Während das Durchschnittseinkommen in Russland wesentlich höher ist als in Belarus, sind die Einkommen in Belarus gleichmäßiger verteilt. Belarussische Renten sind im Durchschnitt höher als russische. Arbeitslosigkeit existiert in Belarus offiziell fast nicht. Dadurch erklärt sich die Popularität Lukaschenkas in sozial schlechter gestellten Bevölkerungsschichten und bei Rentnern.
2. Insgesamt bestätigen die objektiven Zahlen aber keine bessere Lebenssituation der Menschen in Belarus. Es muss also davon ausgegangen werden, dass die Unterstützung für Lukaschenka noch andere, subjektive Ursachen hat. Als zentral zu nennen ist hier das Kontinuitätsversprechen, das von der Politik in Belarus ausgeht. Da im Minsker Modell soziale Gerechtigkeit und Unabhängigkeit von westlicher Macht und Kapital gesehen werden, spielt der »belarussische Faktor« vielfach in Russlands innenpolitischen Diskussionen eine Rolle, in denen der belarussische Weg als Antipode zu liberalen Reformvorstellungen innerhalb der Moskauer Elite genutzt wird.

Angesichts der jüngsten Entwicklungen in Belarus, der Währungskrise, der Verteuerung der Lebensmittel und des Anschlags auf die Minsker Metro, ist allerdings fraglich, wie lange Lukaschenka das Versprechen von wirtschaftlicher Stabilität und Kontinuität und von öffentlicher Sicherheit noch halten kann. Es ist daher davon auszugehen, dass sich der »belarussische Faktor« in der russischen Innenpolitik in Zukunft abschwächt.

Susann Worschech

Imitierte Zivilgesellschaft zwischen Demokratisierung und Re-Autokratisierung

Mein Promotionsprojekt geht der Frage nach den Charakteristika von imitierter Zivilgesellschaft zwischen Demokratisierung und Autokratisierung am Beispiel der Ukraine nach. Den zentralen Aspekt stellt die Erhebung der Kooperationsmuster im Prozess bzw. Feld der externen Zivilgesellschaftsförderung dar. Mittels einer Netzwerkanalyse sollen Bestrebungen der Demokratieförderung hinsichtlich ihrer organisationalen und ideellen Auswirkungen auf zivilgesellschaftliches Handeln im Transformationsprozess untersucht werden.

Zivilgesellschaft als theoretisches und praktisches Konzept der Demokratieförderung

Die Unterstützung von Zivilgesellschaft in postsozialistischen Gesellschaften ist ein zentraler Bestandteil westlicher Demokratieförderung. Dies gilt insbesondere für Länder wie die Ukraine, deren Demokratisierungsprozess starken Re-Autokratisierungstendenzen gegenübersteht. Der zivilgesellschaftsorientierten Demokratieförderung durch externe Geber liegt die Annahme zu Grunde, dass Zivilgesellschaft zu demokratischer Entwicklung beiträgt und autokratischen Tendenzen entgegenwirken kann, indem politische Prozesse kritisch begleitet und Anwaltschaftsfunktionen für bestimmte Gruppen oder Themen wahrgenommen würden. Zugleich gilt Zivilgesellschaft seit den Studien Tocquevilles als »Schule der Demokratie«, da Individuen durch ehrenamtliches gemeinsames Handeln für die Herstellung von Kollektivgütern demokratische Verhaltensweisen internalisierten (vgl. Alexander 1998; Edwards et al. 2001; Kneer 1997; Rucht 2004).

Die empirische Existenz einer Zivilgesellschaft, die diesen Charakteristika entspricht, erscheint in post-sowjetischen Gesellschaften jedoch fragwürdig. Studien zur Rolle und Struktur der Zivilgesellschaft in postkommunistischen Gesellschaften konstatieren oftmals deren Schwäche und ihre geringe Bedeutung im Prozess der Demokratisierung (Howard 2002; Carothers 1999).

Empirische Phänomene wie die Farbrevolutionen in mehreren postsozialistischen Ländern und die Förderung von »Zivilgesellschaft« verweisen darauf, dass eine Zivilgesellschaft als soziales Artefakt existiert, aber nur bedingt den vorherrschenden Konzepten entspricht (Mandel 2002; Ishkanian 2007; Börzel 2010). Es ist anzunehmen, dass sich im Zuge der Förderung von Zivilgesellschaft nach westlichem Maßstab in postsozialistischen Gesellschaften eine Art »imitierte« Zivilgesellschaft entwickelt hat. Diese beinhaltet stark professionalisierte Organisationen, die inhaltlich mit Zielen und Grundsätzen externer Demokratieförderung übereinstimmen und als deren Umsetzungsorganisationen bzw. als »politische Dienstleister« agieren. Häufig sind diese Strukturen durch die hauptamtliche Mitarbeit junger, gut gebildeter AkademikerInnen bei gleichzeitig sehr starkem Mangel an ehrenamtlichen AktivistInnen gekennzeichnet. Die gesellschaftliche Anbindung dieser Gruppen und eine Rückwirkung auf gesellschaftliche Diskurse kann bezweifelt werden.

Angeichts dieser Ambivalenz zivilgesellschaftsorientierter Demokratieförderung stellt sich die Frage, inwiefern demokratische Ideen und entsprechende Handlungsweisen überhaupt extern gefördert werden können und welche Art von Zivilgesellschaft die stattfindende Förderung hervorbringt. Die Grundannahme der Arbeit ist, dass externe Demokratieförderer, indem sie in der inhaltlichen Zielsetzung der Programme, in der Auswahl ihrer Kooperationspartner und in den Strategien der Förderung vom westlich geprägten Idealtypus von Zivilgesellschaft ausgehen, eine »imitierte Zivilgesellschaft«

schaffen. Insbesondere in der Kooperation mit weiteren Akteuren – Adressaten der zivilgesellschaftlichen Arbeit wie bestimmte gesellschaftliche Gruppen oder politische Akteure – kann die Funktionslogik von Zivilgesellschaft nach dem »westlichen« Idealtypus nicht aufrechterhalten werden. Aus diesem Spannungsfeld der Förderung einer idealtypischen Zivilgesellschaft in einem nicht adäquaten Umfeld sollen daher Charakteristika und Handlungsmuster dieses spezifischen Typus von Zivilgesellschaft herausgefunden werden, indem Akteurskonstellationen und Handlungsbedingungen der Externen Demokratieförderung analysiert werden und ihr Einfluss auf die Struktur von Zivilgesellschaft und deren Beitrag zur Demokratisierung nachvollzogen werden. Damit wird ein relationaler und konstruktivistischer Ansatz zur Erklärung von Zivilgesellschaft verfolgt (vgl. Mützel/Fuhse 2010; Emirbayer 1997; Anheier/Katz 2004; Eder 2009).

Methodik und Vorgehensweise

Um die Prozesse der Entwicklung von geförderter Zivilgesellschaft verstehen zu können, ist es notwendig, die einzelnen Akteure im Feld der externen Demokratieförderung sowie die der Interaktion zu Grunde liegenden Muster zu identifizieren. In der empirischen Analyse wird dies durch eine Kombination aus qualitativen Leitfadeninterviews mit Demokratieförderern in der Ukraine mit einer quantitativen Netzwerkanalyse bearbeitet. »Demokratieförderung« wird dabei als Soziales Feld (im Sinne Bourdieus) verstanden, das durch die Erhebung eines Gesamtnetzwerks dargestellt und analysiert werden soll (vgl. Jansen 2003; Holstein/Straus 2010).

Dazu wurden 35 VertreterInnen von Botschaften, Entwicklungsorganisationen, politischen Stiftungen und Kulturinstituten in der Ukraine (alle ansässig in Kiew) in ca. einstündigen Interviews zum Förderansatz, der Motivation und den Zielen sowie Strategien der Zusammenarbeit wie z. B. Kriterien der Auswahl von Kooperationspartnern befragt. Zusätzlich wurden die Gesprächspartner gebeten, mittels eines Fragebogens oder der eigenen Projektlisten über ihre zivilgesellschaftlichen Kooperationspartner und die geförderten Projekte Auskunft zu geben.

Die so erhobenen Relationen lassen sich wie folgt kategorisieren: Einerseits wurden die Beziehungen von »Gebern« zu »Nehmern« hinsichtlich der Art der Förderung sowie der Inhalte und Umsetzung der Förderung bzw. Kooperation erhoben; zudem wurde nach besonders innovativen oder interessanten zivilgesellschaftlichen Organisationen aus Sicht des »Gebers« gefragt, um eine Art geberspezifischen »Idealtypus« von Zivilgesellschaft zu identifizieren. Weiterhin wurden auch die Beziehungen der Geber untereinander wie z. B. Projektkooperation und informeller bzw. formeller Austausch erfragt.

In der Netzwerkanalyse werden hierarchische Strukturen, einflussreiche Positionen einzelner Akteure und Cluster offengelegt. Kombiniert mit attributionalen Daten und später auch den in den qualitativen Interviews gewonnenen Informationen, lässt sich herausfinden, welche Aspekte der Förderung welchen Typus von Zivilgesellschaft und zivilgesellschaftlichem Handeln zur Folge haben. Die Geberstrategien und -motivationen weisen dabei eine sehr hohe Varianz auf, die auf komplexe Interaktionsmuster und aus dem spezifischen Fördertypus resultierende Einflüsse und Positionen der Akteure im Netzwerk schließen lassen.

Literatur

- Alexander, Jeffrey C. 1998. *Real civil societies: dilemmas of institutionalization*. 1. Ausgabe. London [u. a.]: Sage.
- Anheier, Helmut, and Hagai Katz. 2004. "Network approaches to Global Civil Society." *Global Civil Society Yearbook* 206–221.
- Börzel, Tanja A. 2010. "Why you don't always get what you want: EU enlargement and civil society in Central and Eastern Europe." In: *Acta Politica* 45(1–2):1–10. Abgerufen 15.06.2010.

- Carothers, Thomas. 1999. "Western Civil-Society Aid to Eastern Europe and the Former Soviet Union." *East European Constitutional Review* 8(4).
- Eder, Klaus. 2009. "The making of a European civil society: 'Imagined', 'practised' and 'staged'." *Policy and Society* 22–33(28).
- Edwards, Bob, Michael W. Foley, und Mario Diani. 2001. *Beyond Tocqueville: Civil Society and the Social Capital Debate in Comparative Perspective*. University Press of New England.
- Emirbayer, Mustafa. 1997. "Manifesto for a relational sociology." *American Journal of Sociology* (103):281–317.
- Hollstein, Betina, und Florian Straus. 2010. *Qualitative Netzwerkanalyse: Konzepte, Methoden, Anwendungen*. 1. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag.
- Howard, Marc Morjé. 2002. "The Weakness of Postcommunist Civil Society." In: *Journal of Democracy* 13(1):157–169.
- Ishkanian, Armine. 2007. "Democracy Promotion and Civil Society." S. 58–85. In: *Global civil society: communicative power and democracy*, vol. 2007/8, Hg. Helmut Anheier, Marlies Glasius, und Mary Kaldor. London: Sage Publications.
- Jansen, Dorothea. 2003. *Einführung in die Netzwerkanalyse: Grundlagen, Methoden, Forschungsbeispiele*. 2. Auflage. Opladen: Leske + Budrich u. a.
- Kneer, Georg. 1997. »Zivilgesellschaft.« S. 228–251. In: *Soziologische Gesellschaftsbegriffe*, Hg. Georg Kneer u. a.. Stuttgart.
- Mandel, Ruth. 2002. "Seeding Civil Society." In: *Postsocialism. Ideals, Ideologies and Practices in Eurasia*. London: Routledge.
- Mützel, Sophie, und Jan Arendt Fuhse, eds. 2010. *Relationale Soziologie. Zur kulturellen Wende der Netzwerkforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Rucht, Dieter. 2004. »History meets Sociology: Zivilgesellschaft als Prozess.« in *Zivilgesellschaft – national und transnational*, WZB Jahrbuch 2003. Berlin: edition sigma.

Agnieszka Zagańczyk-Neufeld

Postkommunistische Kontingenzerfahrung und Kontingenzbewältigung

Der polnische Philosoph Leszek Kołakowski schrieb über den Kommunismus:

Er ist die Auflösung des Rätsels der Geschichte und ist das Ende der Geschichte im bisherigen Sinn, d. h. das Ende der Zufälligkeit des individuellen und gemeinschaftlichen Lebens. [...] Der Mensch hat den Status des zufälligen Seins hinter sich gelassen.¹

Der Kommunismus hat in einer Mischung von Utopie und Gewalt der Gesellschaft paradoxerweise eine gewisse politische Sicherheit – im Sinne einer Vorhersehbarkeit (u. a. auch einer Vorhersehbarkeit von Gewalt und Repressionen) – angeboten. Die gegebene Ordnung war zwar einerseits fremd, lästig und alternativlos, auf der anderen Seite war sie jedoch auch berechenbar, stabil und selbstverständlich. Nicht nur der ausgebaute Sozialstaat, sondern auch die allen vertraute Routine und Ritualisierung der realsozialistischen Wirklichkeit brachten dem Leben des Homo Sovieticus eine identitätsstiftende Orientierungssicherheit.

Nachdem die marxistisch-leninistische Ideologie nach 1956 in eine immer tiefere Krise geraten war, strahlte die politische Führung keine besonderen Kompetenzen mehr aus für die Rolle, die sie selbst usurpiert hat. Der Lebensstandard sank, die Proteste gegen die illegitime Herrschaft wurden immer größer. Die Menschen schienen zu glauben, dass das Verbesserungsrezept ganz einfach wäre: Demokratisierung, Liberalisierung, Öffnung und eine neue politische Elite, die die Interessen der Nationen und nicht der Kommunisten repräsentiert. Obwohl die Demokratisierungsprozesse in manchen Ostblockländern schon vor 1989 begannen, gehörten die wirtschaftliche Krise und die Unzufriedenheit der Menschen zu den konstanten und für alle Beteiligten selbstverständlichen Merkmalen des Realsozialismus, da man sich sicher war, wer für die Missstände verantwortlich war.

Nach 1989 wurden die Gesellschaften mit der Liberalisierung der Wirtschaft sowie mit einer immer schmaleren sozialen Sicherheit konfrontiert. Die öffentliche Sprache veränderte sich. Zu einem der wichtigsten Begriffe des öffentlichen Diskurses wurde in allen Lebensbereichen »Flexibilität«. Der Staat zog sich zurück, die demokratische, aber instabile Herrschaft bot keine politische Sicherheit. Der Homo Sovieticus wurde sich selbst überlassen, sein – mit Kołakowskis Worten – »zufälliges Sein« wurde ihm plötzlich bewusst.

Diese Entwicklung ist bekannt, doch es fehlt uns an wissenschaftlichem Werkzeug zur Erforschung der postsozialistischen Gesellschaften. Die Totalitarismusdebatte stellt die Eigenschaften eines Regimes in den Vordergrund, während die Veränderungen und Kontinuitäten der politischen Kultur methodisch und theoretisch eher schwer greifbar sind. In meinem Beitrag möchte ich – vom polnischen Beispiel ausgehend – die These aufstellen, dass der Zusammenbruch der realsozialistischen Wirklichkeit in Osteuropa, der noch vor 1989 angefangen hat, zu einer für die Gesellschaften »sowjetischen Typs«² neuen Erfahrung der Kontingenz geführt hat. Diese Kontingenzerfahrung wurde besonders nach der Wende nicht als Chance, sondern als Gefahr empfunden. In vielen Gesellschaften ließ sich folglich die Sehnsucht nach autoritären Herrschaftsformen sowie nach vereinfachten Erklärungen der komplexen kontingenten Wirklichkeit, die z. B. der nationale oder der kirchlich-religiöse Diskurs angeboten haben, beobachten. Die postkommunistische Erfahrung musste bewältigt werden.

1 Leszek Kołakowski, *Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung, Entwicklung, Zerfall. Erster Band*, München 1977, S. 206.

2 Der Begriff stammt aus: Gábor T. Rittersporn/Malte Rolf/Jan C. Behrends (Hrsg.), *Zwischen partei-staatlicher Selbstinszenierung und kirchlichen Gegenwelten: Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs/Between the Great Show of the Party-State and Religious Counter-Cultures: Public Spheres in Soviet-Type Societies*, Frankfurt/Main 2003.

Woher kommt aber diese starke Tendenz zur Kontingenzbewältigung? Warum konnten sich diese Gesellschaften ihrer lang ersehnten Freiheit und der demokratischen Mechanismen nicht erfreuen? Meine These ist: Der Homo Sovieticus starb 1991 nicht. Die als Bedrohung empfundene Kontingenzerfahrung war das Ergebnis einer starken und über 1989 hinaus identitätsstiftenden Rolle der kommunistischen bzw. der sozialistischen Ideologie.

»In modernen Gesellschaften ist Kontingenzbewältigung institutionalisiert«³, schrieb der deutsche Philosoph Hermann Lübbe. Osteuropa ist auf dem Weg dahin.

3 Hermann Lübbe, Kontingenzerfahrung und Kontingenzbewältigung, in: Gerhart v. Graevenitz/Odo Marquard (Hrsg.), Kontingenz, München 1998, S. 35.

Alphabetisches Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Agnieszka Balcerzak	Ludwig-Maximilians-Universität München Institut für Volkskunde/Europäische Ethnologie Agnieszka.Balcerzak@campus.lmu.de
Mensur Bašić	Friedrich-Schiller-Universität Jena mensur.basic@gmx.de
Björn Buß	Bjoern.Buss@gmx.de
Ewa Dąbrowska	Universität Erfurt Staatswissenschaftliche Fakultät Hamburgisches Weltwirtschaftsinstitut Zweigniederlassung Thüringen Kompetenznetz Institutionen und institutioneller Wandel im Postsozialismus (KomPost) ewa.a.dabrowska@hotmail.com
Hella Dietz	Georg-August-Universität Göttingen Institut für Soziologie hella.dietz@sowi.uni-goettingen.de
Rosanna Dom	Freie Universität Berlin Friedrich-Meinecke-Institut rosannadom@zedat.fu-berlin.de
Nadja Douglas	Humboldt-Universität zu Berlin nadja.douglas@gmail.com
Regina Elsner	Ökumenisches Institut an der Katholisch-Theologischen Fakultät Münster Kompetenznetz Institutionen und institutioneller Wandel im Postsozialismus (KomPost) regina.elsner@web.de
Evgeniya Gataulina	Freie Universität Berlin e.gataulina@googlemail.com
Sonja Grimm	Departments of Politics and Management University of Konstanz sonja.grimm@uni-konstanz.de
Lisa Maria Groß	Departments of Politics and Management University of Konstanz lisa.gross@uni-konstanz.de

Denis Gruber	Fakultät für Soziologie an der Staatlichen Universität St. Petersburg Zentrum für Deutschland- und Europastudien dgspb@gmx.de
Matthias Guttke	Deutscher Akademischer Austauschdienst, Bonn matthias.guttke@gmail.com
Konstantin Kaminskij	Universität Konstanz konstantin.kaminskij@uni-konstanz.de
Sören Keil	Canterbury Christ Church University, UK soeren.keil@canterbury.ac.uk
Eduard Klein	Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen eklein@uni-bremen.de
Janis Kluge	Universität Erfurt Staatswissenschaftliche Fakultät janiskluge@gmail.com
Ina Kubbe	Leuphana Universität Lüneburg Zentrum für Demokratieforschung kubbe@leuphana.de
Robert Kusche	Freie Universität Berlin robert.kusche@gmx.net
Iveta Leitane	Universität zu Köln ileitane@uni-koeln.de
René Lenz	Universität Erfurt rene.lenz@uni-erfurt.de
Maria Lichtenegger	Karl-Franzens-Universität Graz m.lichtenegger@edu.uni-graz.at
Diana Lindner	Carl von Ossietzky Universität Oldenburg Zentrum für Methoden der Sozialwissenschaften diana.lindner@uni-oldenburg.de
Julia Lis	Westfälische Wilhelms-Universität Münster Katholisch-Theologische Fakultät Ökumenisches Institut julia.lis@uni-muenster.de
Michael Mayer	ZAO Zalans, Moskau Mmayer@salans.com

Inna Melnykovska	Freie Universität Berlin Osteuropa-Institut Abteilung Politik Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft & Christian-Albrechts-Universität Kiel Institut für Sozialwissenschaften Fachbereich Politische Wissenschaft melinna@gmx.de
Elisabeth Militz	Friedrich-Schiller-Universität Jena elisabeth.militz@googlemail.com
Yury Ovseenko	Russische Akademie der Wissenschaften Wirtschaftsinstitut Universität Konstanz yury.ovseenko@gmail.com
Birgitte Beck Pristed	Johannes-Gutenberg-Universität Mainz Fachbereich Translations-, Sprach-, und Kulturwissenschaft Germersheim bpristed@students.uni-mainz.de
Hannes Püschel	Staatliche Ivane Javakhishvili Universität Tbilissi hannespueschel@aol.com
Nele Quecke	Ludwigs-Maximilians-Universität München Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft nele.quecke@gsi.uni-muenchen.de
Peter Rassek	Carl von Ossietzky Universität Oldenburg p.rassek@uni-oldenburg.de
Miriam Schmitz	Humboldt-Universität zu Berlin miriam.schmitz@gmx.net
Ina Shakhrai	Gemeinsamer Studiengang der Freien Universität Berlin, Humboldt Universität Berlin, Universität Potsdam und des MGIMO (Moskau) shakhrai@uni-potsdam.de
Adam Slaby	TU Chemnitz Philosophische Fakultät Institut für Europäische Studien Adam.slaby@phil.tu-chemnitz.de
Kateryna Stetsevykh	Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) Kulturwissenschaftliche Fakultät Lehrstuhl für Literaturwissenschaft: osteuropäische Literaturen stetsevykh@gmx.de
Claudia Stubler	mathematik2@hotmail.com

Maria Tagangaeva	Universität St. Gallen School of Humanities and Social Sciences Doktoratsprogramm Organisation und Kultur maria.tagangaeva@unisg.ch
Alexander Vorbrugg	Goethe-Universität Frankfurt am Main Institut für Humangeographie alvo@stud.uni-frankfurt.de
Orsolya Vorzsák	Andrássy Gyula Deutschsprachige Universität, Budapest orsolja8@yahoo.com
Ruben Werchan	Westfälische Wilhelms-Universität Münster rubenwerchan@web.de
Susann Worschech	Europa-Universität Viadrina Promotionskolleg »Externe Demokratisierung und Zivilgesellschaft im postsozialistischen Europa« worschech@europa-uni.de
Agnieszka Zagańczyk-Neufeld	Ruhr-Universität Bochum Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte zaganczyk-neufeld@web.de

Alphabetisches Verzeichnis der Organisatorinnen und Organisatoren der 19. Tagung Junger Osteuropa-Experten

Beate Apelt	Freie Universität Berlin, Osteuropa-Institut beate.apelt@fu-berlin.de
Martin Brusis	Kompetenznetz Institutionen und institutioneller Wandel im Postsozialismus Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft Universität München M.Brusis@lmu.de
Gabriele Freitag	Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. freitag@dgo-online.org
Irene Hahn	Europa-Universität Viadrina / Frankfurt (Oder) hahn@europa-uni.de
Heiko Pleines	Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen pleines@uni-bremen.de
Hans-Henning Schröder	Freie Universität Berlin, Osteuropa-Institut Stiftung Wissenschaft und Politik hhs@t-online.de

Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa

ISSN 1616-7384

- Nr. 115 **Rückkehr zum Autoritarismus?**
Vormoderne, Moderne und Postmoderne im postsozialistischen Europa
Beiträge für die 19. Tagung Junger Osteuropa-Experten
Von Beate Apelt und Irene Hahn (Hg.)
(September 2011)
- No. 114 **Challenges of a Resource Boom: Review of the Literature**
By Andreas Heinrich
(April 2011)
- Nr. 113 **Die russische Erdöl- und Erdgaswirtschaft**
Aktuelle Entwicklungen im Überblick
Von Heiko Pleines (Hg.)
(April 2011)
- Nr. 112 **Vom ukrainischen DP zum heimatlosen Deutschen**
Ukrainer und ihre Nachfahren in Westdeutschland nach 1945
Von Anne-Kathrin Topp
(Dezember 2010)
- Nr. 111 **Postkommunismus, Ressourcenreichtum und Autoritarismus: eine mögliche Korrelation?**
Der »resource curse« und seine Folgen für die demokratischen Strukturen der ehemals
kommunistischen Staaten in Europa und Asien
Von Hauke Feil
(Dezember 2010)
- Nr. 110 **Zur muslimischen Identität von Jugendlichen in der Republik Tatarstan
(Russische Föderation) in den 2000er Jahren**
Von Ekaterina Khodzhaeva
(November 2010)
- Nr. 109 **Staat oder privat?**
Akteure und Prozesse zwischen Staaten und Gesellschaften in Osteuropa
Beiträge für die 18. Tagung Junger Osteuropa-Experten
Veranstaltet von: Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, Berlin,
Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Europäische Akademie Berlin
(September 2010)
- Nr. 108 **Korruption im russischen Hochschulwesen**
Von Eduard Klein
(Juli 2010)
- Sonderheft **Der Gulag im russischen Gedächtnis.**
Forschungsergebnisse einer deutsch-russischen Spurensuche in der Region Perm
Von Manuela Putz und Ulrike Huhn (Hg.)
(April 2010)
- No. 107 **The Formal Political System in Azerbaijan and Kazakhstan. A Background Study**
By Andreas Heinrich
(March 2010)
- Nr. 106 **»Das große Abenteuer ihres Lebens«**
Geschichtsbilder und Symbolik der Armija Krajowa und des Warschauer Aufstandes
im polnischen »Zweiten Umlauf« (1980–1989)
Von Florian Peters
(Dezember 2009)

Die Arbeitspapiere erscheinen sechs Mal jährlich und können als PDF-Datei von der Website der
Forschungsstelle Osteuropa (www.forschungsstelle.uni-bremen.de) heruntergeladen werden.
Die Druckfassung ist nur im Abonnement für Bibliotheken erhältlich und kostet pro Jahr € 25,- zzgl. Versandkosten.

Aktuelle Bücher aus der Forschungsstelle Osteuropa

Analysen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa

- Bd. 21 **Isabelle de Kegel:**
Die Staatssymbolik des neuen Russland.
Traditionen – Integrationsstrategien – Identitätsdiskurse
LIT-Verlag (Münster) 2008, 256 S., br., ISBN 3-8258-8862-2, € 24,90

Archiv zur Zeitgeschichte und Kultur Osteuropas. Quellen – Bestände – Analysen

- Bd. 2 **Forschungsstelle Osteuropa (Hg.):**
Monographien im Zweiten Umlauf Polens
1976 – 1989
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2008, 506 S., Hardcover, ISBN 978-3-89821-883-2, € 89,90
- Bd. 1 **Wolfgang Eichwede (Hg.):**
Das Archiv der Forschungsstelle Osteuropa.
Sowjetunion, Russland, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, DDR
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2009, 178 S., Hardcover, ISBN 978-3-89821-983-9, € 79,90

Changing Europe

- Bd. 8 **Zdenka Mansfeldová, Heiko Pleines (eds.):**
Informal Relations from Democratic Representation to Corruption
Case Studies from Central and Eastern Europe
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2011, 314 S., br., ISBN 978-3-83832-0173-3, € 34,90 (im Druck)
- Bd. 7 **Sabine Fischer, Heiko Pleines (eds.):**
Civil Society in Central and Eastern Europe
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2010, 174 S., br., ISBN 978-3-83820-041-5, € 29,90
- Bd. 6 **Sabine Fischer, Heiko Pleines (eds.):**
The EU and Central & Eastern Europe.
Successes and Failures of Europeanization in Politics and Society
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2009, 165 S., br., ISBN 978-3-89821-948-8, € 24,90
- Bd. 5 **Julia Kusznir, Heiko Pleines (eds.):**
Trade Unions from Post-Socialist Member States in EU Governance.
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2008, 196 S., br., ISBN 978-3-89821-857-3, € 24,90

Das andere Osteuropa. Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur von den 1960er–1980er Jahren. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte

- Bd. 1 **Ivo Bock (Hg.):**
Scharf überwachte Kommunikation.
Zensursysteme in Mittel- und Osteuropa
LIT-Verlag (Münster), 2011, 480 S., br., ISBN 978-3-643-11181-4, € 49,90

Soviet and Post-Soviet Politics and Society (SPPS)

- Bd. 75 **Heiko Pleines (Hg.):**
Corporate Governance in post-sozialistischen Volkswirtschaften
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2008, 240 S., br., ISBN 978-3-89821-766-8, € 34,90
- Bd. 73 **Julia Kusznir:**
Der politische Einfluss von Wirtschaftseliten in russischen Regionen.
Eine Analyse am Beispiel der Erdöl- und Erdgasindustrie, 1992-2005
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2008, 354 S., br., ISBN 978-3-89821-821-4, € 34,90

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de